



Landtag von Baden-Württemberg

80. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 4. Februar 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 17:13 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6365	Abg. Göschel SPD	6400
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Kiefl.	6365	Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen	6402
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01)		Abg. Beate Fauser FDP/DVP.	6404
a) Einzelplan 08: Ministerium Ländlicher Raum		Abg. Krisch REP	6406
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4808	6365	Minister Ulrich Müller	6407
Abg. Göbel CDU	6365	Beschluss	6415
Abg. Teßmer SPD	6367	c) Einzelplan 06: Finanzministerium	
Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen	6369	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4806	
Abg. Drautz FDP/DVP	6372	d) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	
Abg. Dagenbach REP	6374	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4812	
Abg. Hauk CDU	6375	e) Staatshaushaltsgesetz 2000/01	
Abg. Dr. Caroli SPD	6378	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4813	
Ministerin Gerdi Staiblin	6379	f) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1999 bis 2003 – Drucksache 12/4815	6417
Beschluss	6385	Abg. Winckler CDU	6417
b) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr		Abg. Moser SPD	6418, 6436
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4810	6387	Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen	6421
Abg. Scheuermann CDU	6387	Abg. Kiel FDP/DVP	6424
Abg. Dr. Caroli SPD	6390	Abg. Huchler REP	6427
Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen	6392	Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	6429, 6437
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	6394	Minister Stratthaus	6432
Abg. Eigenthaler REP	6397	Beschluss	6437
Abg. Gerd Scheffold CDU	6398	Nächste Sitzung	6442

Protokoll

über die 80. Sitzung vom 4. Februar 2000

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 80. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Carla Bregenzer, Frau Abg. Christine Rudolf und Herrn Abg. Dr. Hildebrandt erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Dr. Döring und Hofer.

Dienstlich verhindert sind heute der Herr Ministerpräsident und Herr Staatssekretär Stächele.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Kiefl Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses möchte ich Herrn Kiefl sehr herzlich gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01)

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** auf:

Einzelplan 08: Ministerium Ländlicher Raum

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4808

Berichterstatter: Abg. Kleinmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für den Einzelplan 08 – Ministerium Ländlicher Raum – eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Rededzeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Göbel.

Abg. Göbel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen herzlich einen schönen guten Morgen und einen guten Einstieg in den letzten Tag unserer Haushaltsrunde. Ich denke, die Diskussionen waren bis jetzt sehr sachlich, und ich gehe davon aus, dass auch die noch anstehenden Punkte in aller Sachlichkeit abgewickelt und in der nächsten Woche verabschiedet werden können.

Ich denke, der Haushaltsansatz im Einzelplan 08 zeigt, dass wir, die CDU-Fraktion und ihr Koalitionspartner, unsere Grundgedanken in der Landwirtschaftspolitik, in der Politik für den ländlichen Raum nicht aufgegeben haben, sondern fortsetzen wollen, ganz einfach weil wir wissen, dass die Familien im ländlichen Raum verlässliche Aussagen brauchen, um ihre Entscheidungen zu treffen, die bekanntlich nicht von einem Tag auf den anderen und nicht von einem Jahr auf das andere, sondern in Generationsfolge getroffen werden müssen.

Sie wissen alle, dass die Verunsicherungen, die von außen auf die Landwirtschaft und auf die Bevölkerung im ländlichen Raum einströmen, beachtlich sind. Ich denke, dass wir es trotzdem weiterhin schaffen wollen und schaffen müssen, die Strukturen im ländlichen Raum zwar weiterzuentwickeln, aber im Grundbestand zu erhalten.

Wir wissen, dass wir die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und damit in der Landwirtschaft nicht gleichartig wie in Ballungsräumen gestalten können. Wir gehen aber nach wie vor davon aus, dass wir halbwegs gleichwertige Lebens- und Zukunftsbedingungen erhalten wissen wollen.

Wir sind stolz darauf und auch dankbar dafür, dass wir dies in der Vergangenheit weitestgehend erreichen konnten. Wir haben dabei vielseitige Unterstützung erfahren. Wir brauchen sie auch weiterhin. Diese Unterstützung ist einfach notwendig, weil der Strukturwandel in unserer heimischen Landwirtschaft, wie wir alle wissen, noch lange nicht abgeschlossen ist. Die jüngsten Zeitungsberichte zeigen auf, dass sich der Strukturwandel und die Entwicklung der Betriebsaufgabe zahlen in den vergangenen Jahren fortgesetzt haben. Wir müssen bei den Einflüssen, die auf unsere Landwirte zukommen, damit rechnen, dass sich dies weiter fortsetzt.

Ich denke, wir haben in Baden-Württemberg – das wissen alle – nicht unbedingt die günstigsten Betriebsgrößenstrukturen. Das ist durch die Erbfolge bedingt. Ich denke aber auch, dass wir auf der anderen Seite Produktionsbedingungen haben, die sehr vielseitig sind. Darin liegt natürlich auch eine Chance. Anbaumöglichkeiten für Sonderkulturen wie Wein, Obst und Gemüse sind gewisse Möglichkeiten für unsere Betriebe, eine Existenz zu finden.

Ich glaube, dass wir es geschafft haben, dass die Bevölkerungsdichte im Lande erhalten geblieben ist. Wir haben im Land Baden-Württemberg einen ständigen Zuzug, und wir haben die erfreuliche Erscheinung, dass die Landbevölkerung, zumindest der Zahl nach, weitestgehend erhalten werden kann. Das war und ist nicht ganz einfach und

(Göbel)

macht es notwendig, eine Strukturpolitik beizubehalten wie seither, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft, die das Wohnen im ländlichen Raum attraktiv sein lässt und die damit die Infrastruktur stützt, die notwendig ist, um im Bildungs- und Ausbildungsbereich entsprechende Bedingungen zu haben.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist alles noch Vorrede!)

– Herr Schäfer, das sind wichtige Bedingungen, die Ziel und gleichzeitig Grundlage unserer Landwirtschaftspolitik sind.

Ich denke, wir haben es durch die Hilfen unseres Landes, die wir fortsetzen wollen, erreicht, dass wir die gegebenen Hilfsangebote vonseiten des Bundes und der EU immer wieder ausnutzen konnten. Ich nenne nur das Strukturprogramm Ländlicher Raum. Wir sind fest entschlossen, diese Angebote weiterhin zu nutzen. Es wäre schön, wenn wir die notwendige Unterstützung vonseiten des Landes, aber auch vonseiten des Bundes und der EU auch für die Zukunft verlässlich hätten.

Wir wollen nämlich einer möglichst großen Zahl von Familien die Erhaltung und die Weiterentwicklung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe ermöglichen. Das sind die Lebensgrundlagen und die Grundlagen für die Entscheidung der nächsten, der jungen Generation. Wir haben im Lande dazu beigetragen und werden das weiter tun.

Wir wissen, dass unsere Betriebe im Augenblick – darauf komme ich nachher noch einmal zu sprechen – beachtliche Einkommenseinbußen haben. Wir brauchen Förderprogramme. Sie können diese Einbußen aber nicht ausgleichen. Es ist relativ leicht zu beweisen bzw. allen hier im Raum bekannt, dass die Ausgleichszahlungen durch die EU die Einbußen im Verkaufsbereich in keiner Weise ausgleichen. Dass es dadurch schwierig wird, zukunftssichere Betriebe zu entwickeln, ist, glaube ich, allen klar.

Wie gesagt, wir wollen möglichst viele Arbeitsplätze, möglichst viele Unternehmen, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe im ländlichen Bereich erhalten. Wir wollen das tun, weil wir davon überzeugt sind, dass wir eine Grundversorgung der Verbraucher mit hochwertiger Qualität brauchen. Ich meine, das ist ein Markenzeichen unserer heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft.

Dass die unterschiedlichen Produktionsbedingungen durch Hilfen vonseiten der öffentlichen Hand nicht ausgeglichen werden können, ist klar. Das ist in der Natur bedingt. Ich denke aber, die Chancen, die darin liegen, sollten wir wirklich nutzen.

Ich bin deshalb dankbar, dass wir im Land alles tun, um frei werdende Flächen in der Bewirtschaftung zu halten.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Nicht alles!)

Damit haben wir, denke ich, große Erfolge. In Baden-Württemberg liegt zum Glück fast nichts brach. Das erspart unseren Kommunen und unserer Gesellschaft einen erheblichen Aufwand, der von der Landwirtschaft, wenn Sie so wollen, im Rahmen der betrieblichen Arbeit übernommen wird.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie einmal in den Haushalt hineingeschaut?)

– Herr Schäfer, Sie haben den Haushalt vor sich liegen. Ich könnte die Zahlen vorbeten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie das doch mal!)

– Soll ich ihn holen, Herr Kuhn? Ich habe mir andere Schwerpunkte vorgenommen, weil ich begründen will, warum wir unsere Politik so betreiben, wie sie ist.

Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir mit der SchALVO und dem MEKA den Betrieben unter die Arme greifen. Wir wollen damit – das gilt gerade für die SchALVO – vor allem den Betrieben, die wir mit öffentlichen Auflagen besonders belasten, Entschädigungen dafür geben, dass sie das sicher wertvollste Gut, das Grundwasser, in Ordnung halten oder dort, wo es bereits teilweise belastet ist, wieder in Ordnung bringen.

Mit dem MEKA wollen wir den Betrieben helfen, möglichst umweltfreundlich zu wirtschaften.

(Abg. Teßmer SPD: Tuts doch!)

– Das taten wir und tun wir weiter, Herr Kollege. – Ich denke, dass der Weg, den wir gehen wollen, richtig ist. Dass er etwas schwierig ist bei der Ausweitung des Programmes, das haben Sie in den letzten Monaten gemerkt. Ich denke trotzdem, dass unser Ziel richtig ist, aus dem Wasserschutz frei werdende Mittel verstärkt in das MEKA zu bringen, weil damit mehr Betrieben auch in schwierigen Lagen geholfen werden kann, umweltfreundliche Wirtschaftsweisen zu praktizieren.

Ich gehe davon aus, dass wir im nächsten Jahr, sprich 2001, erheblich mehr Mittel im MEKA haben werden.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin aber auch froh, dass wir in diesem Jahr schon zusätzlich rund 30 Millionen DM, 20 bis 30 Millionen DM – ich sage es überschlägig – im MEKA II haben. Ich denke, das ist ein Signal für die Praxis, dass wir ernsthaft auf diesem Weg sind und den Betrieben damit eine gute Stütze geben.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Dass wir unsere Landwirtschaftsverwaltung teilweise verändern, das wissen Sie. Das ist kein einfaches Unterfangen, aber ich meine, wir sind auf dem richtigen Weg. Leider – das sage ich ganz bewusst – brauchen wir für die Antragswirtschaft, wie sie durch die Beschlüsse von Brüssel notwendig ist, eine große Mannschaft, um bei der Bewältigung der Antragsflut mitzuhelfen. Das sind 107 Bedienstete, meine Damen und Herren. Dafür werden Summen von 9 Millionen DM für die Lohnkosten und von 6 Millionen DM für die Sachkosten, darunter auch die EDV, die wir sicherlich länger nutzen können, aufgewendet. Das sind beachtliche Summen, aber wir brauchen sie, um diesen Weg vernünftig gehen zu können.

(Göbel)

Ich bin froh, dass wir in der Fraktion und sicher auch im Hause sehr schnell Zustimmung gefunden haben für eine Soforthilfe im Haushalt für den Wald. Ich denke, dieses erste Angebot war enorm wichtig, für die Praktiker draußen ein politisches Zeichen. Die Richtlinien sind den Forstämtern jetzt bekannt. Ich denke, wir können hier helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Thema Naturschutz wird der Kollege Hauk – deshalb will ich zum Ende kommen – noch einige Sätze sagen.

Wir sind der Meinung, dass wir mit dem vorliegenden Haushalt unserer Pflicht weitestgehend genügen können. Mehr Geld wäre besser. Für Ihre Anträge auf Mehrausgaben haben Sie aber leider keine Deckungsvorschläge.

(Abg. Teßmer SPD: Was? Sie haben sie nicht gelesen!)

– Der eine Antrag nun wirklich nicht. Daher sollten Sie sich nicht mit Federn schmücken, die Sie von irgendwoher holen und bei denen Sie nicht wissen, wem sie gehören.

(Zurufe der Abg. Buchter und Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Vielen Dank zunächst einmal. Ich wünsche eine sachliche Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD zur CDU: Sie hätten beinahe den Schluss verpasst!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt kommt Stimmung auf!)

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt den Einzelplan 08 zu debattieren. Frau Ministerin, ich muss Ihnen sagen: Sehr fleißig, aber das ist kein Haushalt für die Zukunft, das ist ein Haushalt des Trostes, besser gesagt, der Vertröstung. Es kommen kaum Impulse.

(Zuruf der Ministerin Gerdi Staiblin)

– Ja, darauf habe ich gewartet. Da kriegen Sie gleich Ihr Fett ab: von wegen die Bundesregierung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist doch gar nicht wahr. Als der Bundeslandwirtschaftsminister von der CDU gestellt wurde, hat man ihn gelobt. Jetzt macht der von uns gestellte Bundeslandwirtschaftsminister mehr und wird kritisiert. So billig kommen Sie da nicht heraus.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. des Abg. Zeiher CDU)

– Herr Zeiher, gehen Sie in Ihren Wald, und kümmern Sie sich um die Waldschäden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber eines muss klar sein – ich möchte mit dem Positiven beginnen –: Wer jetzt über die Beseitigung von Waldschä-

den redet, sollte zumindest sehen, dass alle helfen wollen. Das ist zwar keine nationale Katastrophe, aber für die betroffenen Waldbauern und die Kommunen ein Wahnsinnschadensereignis. Da stellt sich Herr Reddemann gestern vor die Kamera und sagt: Der Bund gibt nichts. Herr Reddemann, ich will Ihnen einmal etwas sagen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Das ist die Wahrheit!)

– Durch häufiges Wiederholen wird Dummheit nicht Wahrheit, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Es hat, was die Waldschäden angeht, ein großes Miteinander gegeben. Das muss man doch einmal sagen.

Zunächst einmal ein Dank an die Bundesländer, die ihre Waldarbeiter nach Baden-Württemberg geschickt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Das ist nicht selbstverständlich.

Ein zweiter Dank an die Europäer.

(Abg. Haasis CDU: Der Stammtisch findet erst heute Abend statt! Um 20 Uhr im „Hirschen“!)

Sie haben gesagt – da waren Mitarbeiter von Frau Staiblin dabei –: Wenn wir es schaffen, wird die EU-Fondsverordnung zugunsten von Baden-Württemberg ausgelegt, und wenn etwas bei der GA übrig bleibt, kriegen das die geschädigten Länder. Dann höre ich, der Bund gebe nichts. Heute, jetzt zu dieser Zeit, wird der Bundesrat das Forstschädenausgleichsgesetz verabschieden.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

In der nächsten Woche wird die Verordnung von der Bundesregierung erlassen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Lieber Herr Göbel, die anderen Bundesländer sind bereit, auf ihren Einspruch zu verzichten. Glauben Sie, sie würden das tun, wenn wir hier dauernd sagen: „Wir sind Klasse, wir haben Geld, und die anderen sind die Doofen und die Armen“? So kann man nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Teßmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Teßmer SPD: Von unserem Ausschussvorsitzenden immer, wenn er dadurch mehr lernt.

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Reddemann.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Reddemann CDU: Herr Kollege Teßmer, können Sie dem Landtag bestätigen, dass sich der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabenfinanzierung bei der Beseitigung der Waldschäden und der Folgeschäden der Sturmkatastrophe durch den Orkan Lothar beteiligt? Wenn Sie das können, können Sie das, was Sie vorhin gesagt haben, bestätigen. Sie behaupten, der Bund beteilige sich. Nach meiner Kenntnis haben wir bisher keinerlei Zusagen, dass sich der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe – – Im Gegensatz zu der Sturmwurfkatastrophe vor zehn Jahren: Dort hat sich der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe beteiligt. Beteiligt er sich jetzt oder nicht?

Abg. Teßmer SPD: Selbstverständlich beteiligt er sich, und zwar in zwei verschiedenen Bereichen.

(Zurufe von der CDU – Abg. Reddemann CDU:
Wo?)

– Hören Sie doch zu! Entweder fragen Sie etwas und wollen Antworten hören oder – –

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Reddemann, Sie hätten mit einem kleinen Anruf erfahren können

(Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

– nicht bei mir –, dass der Bund gesagt hat, dass die bisher üblichen Reste aus der Gemeinschaftsaufgabe diesmal für die Länder vorbehalten werden, in denen Waldschäden entstanden sind. Das ist doch etwas Normales.

Dann heißt es: Wir brauchen ein Bund-Länder-Programm. Die Frau Ministerin hat ja noch nicht einmal einen Antrag gestellt. Sie hat ein Briefchen an ihren Kollegen Funke geschrieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Das heißt, einen offiziellen Antrag gibt es gar nicht. So ist es nicht, dass man sagt, da wäre automatisch etwas beantragt.

(Abg. Haas CDU: Können die in Bonn nicht lesen?)

Es gibt keinen offiziellen Antrag; zumindest liegt er dort nicht vor. Nein, so geht es nicht.

(Abg. Haas CDU: Gibt es jetzt etwas, oder gibt es nichts?)

Lieber Herr Reddemann, in Brüssel – da waren die Leute aus unserem Ministerium dabei – ist deutlich gemacht worden, dass man aus dem dortigen Fonds einen höchstmöglichen Teil für Baden-Württembergs Schäden herauszuholen versucht. Es ist in Bonn ganz deutlich gemacht worden, dass dieses Einschlagsregulierungsgesetz kommt, dass sich die anderen Länder zurückhalten.

(Abg. Haas CDU: Was ist ein Einschlagsregulierungsgesetz?)

– Ach, seien Sie doch einmal ruhig.

(Zuruf von der CDU: Schreien Sie doch nicht so! –
Abg. Seimetz CDU: Wer schreit, hat Unrecht!)

Ich habe Sie wenigstens aufgeweckt, was der Kollege nicht geschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Reddemann, von den Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe ist erfahrungsgemäß immer Geld übrig geblieben. Das wird jetzt für Baden-Württembergs Waldbauern reserviert.

(Abg. Reddemann CDU: Das brauchen die jetzt, nicht später!)

– Das ist doch gar nicht wahr. Moment! Der Präsident von diesen Leuten hat deutlich gemacht, dass da 5 Milliarden DM an Werten herumliegen. Die Gelder werden doch nicht auf einen Schlag gebraucht. Die brauchen wir sukzessive.

Ich schließe diesen Bereich und sage: Die 100 Millionen DM sind sicher wertvoll, aber damit sind unsere Waldbauern noch nicht gerettet.

Wir sollten aber auch auf andere Bereiche kommen.

(Abg. Haas CDU: Weil es unangenehm ist!)

Da lesen wir: MEKA II. Es gibt sogar schon eine neue Broschüre, aber kein Geld. Da geht unsere liebe Ministerin nach Brüssel und will Geld holen. Jetzt steht im Haushalt: Die Landesregierung „beabsichtigt“, 60 Millionen DM zu holen. Was haben Sie denn für Leute, die es innerhalb eines Jahres nicht hinkriegen, eine Regulierung so zu formulieren, dass sie gegenüber Brüssel wasserdicht ist? Wir schädigen unsere baden-württembergischen Landwirte, weil wir ein Jahr zu spät dran sind. Die können überhaupt noch keine Anträge stellen, weil es noch nicht eingereicht ist, weil wir es noch nicht geschafft haben. Das war kein Glanzstück. Dafür können Sie kein Lob erwarten, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber damit Sie ein bisschen besser wegkommen, bekommen Sie von uns auch ein Lob.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja. – Sie hat gemerkt, dass bei der Abrechnung der Sozialberatung möglicherweise Betrugsabsichten bestanden. Daraufhin hat sie eine Anzeige gemacht. Und dann hat sie sofort von ihren eigenen Leuten Entsprechendes gesagt bekommen. Darauf hat sie den zwei Staatsanwaltschaften geschrieben: Meine Anzeige war doch nicht so eine richtige Anzeige; machen Sie es gnädig; tun Sie so, als ob es keine Anzeige wäre.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wo sind wir eigentlich?)

Ich habe noch nie erlebt, dass einer Anzeige erstattet und dann sagt: Aprilekuh, da war nichts!

(Teßmer)

(Abg. Zeiher CDU: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

– Das ist deswegen zum Haushalt wichtig, weil wir einen Antrag zur Streichung der 0,9 Millionen DM für die Sozialberatung gestellt haben. Die haben sich als unnötig herausgestellt. Sie erinnern sich, Herr Zeiher – Sie waren ja dabei –, dass Herr Dobler, immerhin früher Präsident des Bauernverbands, gesagt hat: Die Beratung hätten wir auch ohne das Geld gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Dann machen wir es ohne das Geld. Da muss ich sagen, dass das nicht ganz falsch gelaufen ist.

Wir sollten eines deutlich machen. Wenn wir Direkthilfe für unsere Landwirte möglich machen – darüber wird der Kollege Caroli noch reden –, müssen wir uns über PLENUM und Ähnliches unterhalten und nicht über anderes.

Ich mache meinen Teil damit fertig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dieser Haushalt lässt Hoffnungen offen. Vielleicht schaffen Sie es, dass sich diese Hoffnungen noch erfüllen. Frau Staiblin, gehen Sie, wenn das hier fertig ist, mit Ihren Leuten in die Kabine, und machen Sie einen gescheiten Antrag für Brüssel.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schäfer.

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke meinen beiden Vorrednern. Herrn Göbel danke ich dafür, dass er durch seinen Beitrag das Niveau der baden-württembergischen Agrarpolitik konsequent abgebildet hat.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Herrn Teßmer danke ich dafür, dass er das Notwendige zu den Vorurteilen bei der CDU in Bezug auf den Orkan Lothar und die Behebung der durch ihn verursachten Schäden gesagt hat.

Kommen wir zu weiteren Problemen hier in Baden-Württemberg, die wir mit der Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik haben. Da ist doch erst einmal eines festzustellen: Ausbremsen des Naturschutzes ist in Baden-Württemberg Chefsache, und so begründet der NABU die Verleihung des Dinosauriers 1999 an Ministerpräsident Teufel. Und dieser Kabinettschef ist die einzige wirklich politische Stütze von Frau Staiblin.

Entsprechend souverän ist die Amtsführung unserer auch für den Naturschutz zuständigen Landwirtschaftsministerin. Bei einer Ministerin, die in Bezug auf die Ausweisung so genannter Flora-Fauna-Habitat-Gebiete von, so wörtlich, „Wahnsinn, der auf uns zukommt“, spricht, ist entschlossene Naturschutzpolitik nicht zu erwarten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was der bayerische Umweltminister dieser Tage erkannt hat, ist in Baden-Württemberg immer noch unbekannt. Selbst dieser hat inzwischen bemerkt, dass die europäischen Naturschutzrichtlinien vielfach verkannt werden und diese Unkenntnis zum Verlust von finanziellen Mitteln führt.

Der Ministerpräsident empfahl dem Parlament, den Artikel meines Kollegen Kretschmann in der „Welt“ zu lesen. Gestern stand schon wieder ein für die Regierung äußerst lesenswerter Artikel in der „Welt“, diesmal nicht vom Kollegen Kretschmann; in der „Welt“ schreiben ja auch noch andere.

(Lachen der Abg. Brechtken und Teßmer SPD)

Die Überschrift lautet: „Fünf Bundesländer gelten in Brüssel als Umweltsünder“. Logisch, dass bei diesem Umweltsünderanking unser Ministerpräsident Teufel wie bei allen Ländervergleichen auch ganz vorne stehen will.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Spitze!)

So etwas ist doch Ehrensache für einen Naturschutzdinosaurier. So lesen wir in diesem lesenswerten Artikel

(Abg. Haasis CDU: Heute Morgen ist die Gauklerstunde!)

– lesen Sie halt ab und zu wertvolle Zeitungsartikel –:

Obwohl die Umsetzung der Umweltrichtlinien . . . schon 1995 zugesagt worden war, haben bislang fünf Länder keine konkreten Vorschläge unterbreitet. Brandenburg, Sachsen, Baden-Württemberg, Saarland und Bayern haben dafür noch zwei Monate Zeit. Andernfalls gibt es keine Strukturfördermittel aus Brüssel.

So weit die „Welt“, so weit die Informationen. Sie wollen ja bis zum Sommer prüfen, was Sie melden. Die Mittel sind bis dahin weg, Frau Ministerin. So weit die Fakten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Nun kommen Sie doch nicht mit der Behauptung, in dem dicht besiedelten Baden-Württemberg könne man die FFH-Richtlinie gar nicht so schnell umsetzen, weil wir zu wenig Platz hätten, um die Naturschutzflächen überhaupt auszuweisen. Berlin und Hamburg liegen bei der Umsetzung der Richtlinie vorne, und die Niederlande – das am dichtesten besiedelte Land in Europa – haben 20 % ihrer Fläche schon entsprechend ausgewiesen.

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

Also kommen Sie hier nicht mit faulen Argumenten!

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sonst gibt es faule Eier!)

Sie stehen mit Ihrem Nichtwissen – offensichtlich kennen Sie die europäischen Richtlinien und die Notwendigkeit, sie umzusetzen, nicht richtig, sonst würden Sie anders handeln – in einer glorreichen Tradition im baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium.

(Dr. Schäfer)

Ihr Vorgänger im Amt, Exminister Weiser, schaffte es ja immerhin, 25 Jahre lang keine Ahnung von der Struktur der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zu haben. Weder als Kreisbauernverbandsvorsitzender 1973 noch in seiner Amtszeit als Minister hat ihm irgendjemand gesagt, dass eine Hauptbeschäftigung der Geschäftsstellen der Kreisbauernverbände in der finanziell gut dotierten Tätigkeit als Verwaltungsstellen der Sozialversicherungsträger besteht. Niemand hat ihm das gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer
SPD: Aha! – Oh-Rufe von der CDU)

Er hat das im Untersuchungsausschuss selbst gesagt.

Wenn im Landwirtschaftsministerium schon lang andauernde Unkenntnis über die bundesdeutschen Rechtsverhältnisse dominiert, so wundert es heute niemanden ernstlich, dass die jetzige Landwirtschaftsministerin diese „gute“ Tradition fortsetzt und die entfernteren europäischen Richtlinien auch nur vom Hörensagen kennt.

Diese Erinnerungslücken scheinen im Kabinett Teufel zum Regierungssystem zu gehören. Auch der Ministerpräsident konnte sich vorgestern, am Mittwoch, hier nicht mehr an die Gespräche im CDU-Bundespräsidium erinnern, bei denen über die privaten Verfügungsmittel des Exbundeskanzlers Kohl gesprochen wurde.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rech?

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ich gestatte Herrn Rech eine Nachfrage hinterher. Ich werde ihm alles erklären. Wenn nachher noch etwas übrig bleibt, kann er nachfragen.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Feigling!)

– Jetzt murren Sie doch nicht herum. Sie dürfen alles fragen, was offen bleibt, Herr Rech.

Zu Ihrem schönen Slogan „Wir können alles“ – von wegen! Diese Regierung kann vielleicht manches, aber sie kann sich nicht erinnern, und sie kann nichts im Naturschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie doch einmal, Frau Ministerin: Wie wird die in den Naturschutzrichtlinien festgelegte Ausweitung der PLENUM-Gebiete finanziert? Wann soll sie stattfinden? Welche Haushaltsmittel sind dafür vorgesehen? Dort, wo etwas einigermaßen Vernünftiges vorgesehen ist, bekommen Sie die Finanzierung nicht hin.

Von wegen „Wir können alles“! Diese Regierung kann vielleicht manches – außer eine solide Finanzierung der eigenen Naturschutzkonzeption auf die Beine zu stellen. Unsere Landwirtschaftsministerin kann sogar noch manches andere, sie kann zum Beispiel Monopoly spielen. Frau Ministerin, warum haben Sie ausgerechnet mit den beiden landespolitisch wichtigsten Agrarprogrammen, SchALVO und MEKA, Monopoly gespielt?

Natürlich lag in dem Gedanken, mit der Verlagerung von SchALVO-Punkten in den MEKA mehr Geld aus Brüssel zu holen, schon eine hohe Versuchung. Das gebe ich ja zu. Da der CDU aber in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Geldgeschäften danebengegangen sind, sollten Sie auch hier nicht auf volles Risiko setzen.

(Lachen bei der SPD)

Das Risiko – so ist die Darstellung der Trinkwasserversorgungswirtschaft – ist nicht geringer als das, dass in zwei Dritteln der Wasserschutzgebiete der vorsorgende Grundwasserschutz wegbricht. Dieses Risiko ist zu hoch.

Ihre Behauptung, dass die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben der Düngemittelverordnung und des Pflanzenschutzmittelrechtes das gleiche Schutzniveau wie die bisherige SchALVO garantieren würden, ist nachweislich falsch. Künftig gibt es auf zwei Dritteln der Wasserschutzflächen eine landesrechtliche Einschränkung weder bei den mineralischen Düngemitteln noch im Pflanzenschutz – dort allerdings mit einer Ausnahme. In Ihrer Konzeption wird das bisher geltende Ordnungsrecht in den meisten Wasserschutzgebieten durch ein finanzielles Anreizsystem, also den MEKA, ersetzt und damit völlig unverbindlich. Sie ersetzen bei unserem Lebensmittel Nummer 1, dem Wasser, das Vorsorgeprinzip durch eine „Schaun-mer-mal-wos-hin-geht“-Philosophie. Das kann nicht angehen. Mit Ihrer Risikostrategie, die eingesparten SchALVO-Gelder in das MEKA-Programm zu stecken und damit eine höhere Kofinanzierung aus Brüssel zu ergattern, stecken Sie jetzt in der Sackgasse. Sie haben das gesamte Wasserschutzprogramm riskiert, obwohl dieses inzwischen auch zu 25 % aus EU-Mitteln kofinanziert werden könnte.

Die Gier, der Wunsch nach höherer Bezuschussung und ein offensichtlich zu kurz angelegtes Ausloten der Erfolgsaussichten führte dazu, dass Sie mit Ihrem Programm erst einmal feststecken. Von wegen „Wir können alles“! Die Landwirtschaftsministerin kann manches, nur nicht ausgereifte, EU-kompatible Programme entwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber auch bei der Novellierung des baden-württembergischen Vorzeigeprogramms, des MEKA, haben Sie gründlich daneben gelangt. Die bisher schon kritisierten Mitnahmeeffekte wurden nicht etwa überprüft und ausgeschaltet, sondern sogar noch ausgeweitet. Schon bisher wurden die MEKA-Gelder keineswegs nach ökologisch nachvollziehbaren Kriterien verteilt. Das Grünland wurde im Vergleich zum Ackerbau massiv benachteiligt. Gerade im Ackerbau kommt es nach Untersuchungen zu extremen Mitnahmeeffekten.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Dieses Ungleichgewicht – das sollten Sie auch wissen, Herr Weiser – wurde nach den Reformüberlegungen der Landesregierung nicht beseitigt.

(Abg. Teßmer SPD: Er erinnert sich doch an nichts!)

Erinnern Sie sich einmal, dann bekommen Sie einiges mit.

(Dr. Schäfer)

Wenn allein der Verzicht auf ein paar Maßnahmen im konventionellen Anbau – Wachstumsregulatoren, Drillreihenabstand, Mulchsaat usw. – mehr Punkte im MEKA bringt als die komplette Umstellung auf einen ökologischen Anbau, dann sieht man, was Sie für die umweltgerechte Landwirtschaft übrig haben und welche Konzeption Sie fahren.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Demnächst werden uns Entwicklungs- und Schwellenländer in Sachen ökologischer Anbau überflügeln. Jetzt hat etwa China beschlossen, 10 % der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch zu bewirtschaften. Dazu kommt, dass manche im MEKA geförderten Maßnahmen bei uns äußerst zweifelhaft sind.

So zeigt zum Beispiel die Praxis, dass die Mulchsaat oder ein erweiterter Drillreihenabstand – alles Punkte, die nach dem MEKA gefördert werden – lediglich zu einer verschärften Unkrautförderung führen und einen höheren Einsatz von Herbiziden verursachen. Diese und weitere Ungeheimheiten, Stichwort schlechte Gründlandförderung, werden durch die MEKA-Novellierung nicht abgestellt. Im Gegenteil, sie werden sogar noch erweitert. Denken Sie nur an die zusätzliche Förderung der 20-prozentigen Reduktion des Stickstoffdüngers. Diese Maßnahme ist eine reine Aufforderung zum Subventionsbetrug, da sie überhaupt nicht, in keiner Weise kontrollierbar ist.

(Abg. Teßmer SPD: Schon wieder?)

– Ja, Sie haben Recht, Herr Teßmer. Mit diesem Themenkreis hat das Ministerium ja langjährige Erfahrung, wie sich im Untersuchungsausschuss immer wieder zeigt.

Wir trauen diesem Landwirtschaftsministerium inzwischen alles zu, nur nicht eine entschlossene Förderung des Bioanbaus und der Vermarktung dieser umweltverträglich erzeugten Produkte.

Nun sind wir beim letzten Thema, auf das ich hier kurz eingehen will, und zwar ist das die Doppelsubventionierung der Bauernverbände.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Niemand wusste in dem Ministerium, dass die Sozialversicherungsträger seit 1973 die Bauernverbände auch entschädigen: nicht der Exminister Weiser, nicht der MD Arnold, niemand. Und der BLHV, in dessen Präsidium die jetzige Landwirtschaftsministerin saß, hat jahrelang unrichtige Angaben in seinen Abrechnungsunterlagen gemacht.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Alles Blackouts!)

Nach Ansicht des Rechnungshofs und laut Richtlinie wären damit die ganzen bezahlten Förderungen rückrufbar gewesen. Sie haben darauf verzichtet und mit Ihren Freunden aus dem BLHV und anderen Verbänden einen großzügigen Vergleich geschlossen. In Baden-Württemberg braucht die CDU gar keine schwarzen Kassen; sie hat dafür gesorgt, dass ihren politischen Vorfeld- und Rekrutierungsorganisationen direkt aus Staatskassen öffentliche Mittel zuflossen. Das ist natürlich eine viel bessere Strategie.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

In Ihrem peinlichen Brief an die Staatsanwaltschaft schreiben Sie auch noch, dass diese Form der Alimentierung politisch gewollt war. Frau Staiblin, Sie haben im Kabinett Teufel schnell gelernt, worauf es ankommt. Sie sind für diese Landesregierung und diesen Ministerpräsidenten inzwischen sicher die perfekte Besetzung im Landwirtschaftsministerium.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Haasis CDU: Das ist er schon! Aber er kann Schluss machen!)

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Frau Staiblin, zum Abschluss: Sie können stolz von sich sagen, dass der Werbeslogan der baden-württembergischen Imagekampagne mit einer kleinen Veränderung auch auf Ihre Landwirtschaftspolitik passt. Sie können alles außer einer sinnvollen Verknüpfung von Wirtschafts- und Naturschutzpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Rech, bitte schön.

(Unruhe)

– Keine Sorge. Herrn Rech vergesse ich nie.

(Abg. Drexler SPD: Er hat einen kleinen Schrebergarten!)

Abg. Rech CDU: Herr Kollege Dr. Schäfer, Sie haben über Gesetzesverstöße geredet.

(Abg. Teßmer SPD: Frage!)

Sie haben über Beweisergebnisse, Beweiswürdigung des Untersuchungsausschusses „Ländliche Sozialberatung“ geredet.

Der einzige Gesetzesverstoß, der für mich erkennbar ist, ist der, den Sie eben begangen haben,

(Widerspruch bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

indem Sie im Widerspruch zu § 9 Abs. 5 des Untersuchungsausschussgesetzes hier in einer unzulässigen Art und Weise Beweiswürdigungen vorgenommen haben.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zurufe: Frage!)

– Jetzt die Frage. – Sind Sie bereit, mit mir persönlich als Untersuchungsausschussvorsitzendem oder vor dem Gremium insgesamt in der nächsten Sitzung darüber einmal zu reden, insbesondere über die Folgen, die sich daraus eigentlich für Sie selber ergeben müssten?

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Rech, ich bin natürlich sehr gern bereit, über Ihre Frage und auch über Ihre Wahrnehmungsfähigkeit in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses und auch jederzeit in der Öffentlichkeit zu reden.

(Abg. Rech CDU: Und Konsequenzen! – Abg. Drexler SPD: Über alles!)

– Ja, über alles. – Ich bin auch dazu bereit, über meine Aussagen, die ich hier laut Protokoll gemacht habe, zu reden. Ich habe keine Beweiswürdigung vorgenommen, sondern habe hier nur Elemente der Beweiserhebung rezipiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Ich kenne ja den Paragraphen auch,

(Abg. Rech CDU: Umso schlimmer!)

und ich habe das wiedergegeben, was in öffentlicher Sitzung an Beweisen erhoben wurde. Wenn Sie, Herr Rech – –

(Zuruf des Abg. Rech CDU – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das stand doch alles in der Zeitung! Was haben Sie denn für eine Auslegung des Untersuchungsausschussgesetzes?)

– Herr Rech, nun hören Sie auch einmal zu! Klappen Sie halt nicht die Ohren zu, sondern hören Sie mal zu!

Wenn Sie nicht in der Lage sind, den von Ihnen genannten Paragraphen richtig zu interpretieren, und der Meinung sind, dass man erhobene Beweise gar nicht darstellen dürfte, dann haben Sie ein merkwürdiges Verständnis von Öffentlichkeit, und dann liegt das, muss ich sagen, völlig daneben, und dann disqualifizieren Sie sich als Ausschussvorsitzender.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des MLR der vergangenen Jahre war geprägt von teilweise gravierenden Reformmaßnahmen innerhalb der Verwaltung. Die Landwirtschaftsämter, die Forstverwaltung, die Lebensmittelüberwachung wurden nicht nur reformiert, sondern auch effizienter und gleichzeitig schlagkräftiger. Durch die Budgetierung im Forstbereich wird die Wirtschaftlichkeit unserer Forstverwaltung weiter verbessert. Allein die Umstrukturierung der Lebensmittelüberwachung hatte zur Folge, dass wir aus elf Ämtern vier Ämter machen konnten. Die damit verbundenen Kostensenkungen geben dem Agrarhaushalt neue Gestaltungsmöglichkeiten, die unmittelbar für die Landwirtschaft und den Naturschutz eingesetzt werden können.

Durch das Entwicklungsprogramm „Ländlicher Raum“ fördern wir in hervorragender Weise die strukturelle Entwicklung im ländlichen Raum, in den Gemeinden und Dörfern,

und wir verbessern dadurch die dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Naturschutzgebietsfläche in Baden-Württemberg ist von Jahr zu Jahr konstant ausgeweitet worden. Dies wollen wir fortführen. Die FFH-Richtlinie steht vor der Umsetzung. Bei aller gebotenen Eile ist es jedoch erforderlich, die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden, des Gewerbes und der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Deshalb ist neben Eile im gleichen Maße Sorgfalt erforderlich.

Neue Naturschutzzentren sind entstanden und nahezu flächendeckend ausgebaut. Mit dem Vertragsnaturschutz haben wir ein Instrument, um Landschaftspflege zu beschreiben. Gleichzeitig können wir der Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen verschaffen. Dabei steht die Freiwilligkeit dieser Maßnahmen für uns im Vordergrund. Für uns gilt: Naturschutz kann nur mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie betrieben werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb brauchen wir neue Instrumente des Naturschutzes. Wir müssen weg von dem Käseglockenprinzip. Es nützt nichts, neue Naturschutzgebiete auszuweisen und sie sich dann selbst zu überlassen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ganzheitliche Lösungen wie das Projekt PLENUM und die Konzeption der Naturparks zeigen, dass ein freiwilliges und von allen akzeptiertes Miteinander von Naturnutzern und Naturschutz nachhaltiger ist als Verbote und Verordnungen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Haushaltsmittel wurden in diesem Bereich um 1,5 Millionen DM erhöht. Wir leisten damit einen weiteren Beitrag zur ökologischen Entwicklung des ländlichen Raums. Die Planungen von PLENUM und Naturparks dürfen jedoch nicht in Konkurrenz stehen. Ich fordere unsere Landwirtschaftsministerin auf, eine einheitliche Konzeption zu erstellen. Diese Konzeption bedarf keiner neuen Verwaltungen, sondern kann auf bewährte Strukturen zurückgreifen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Die Landwirtschaftsämter können auch hier einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der Konkurrenz zwischen Landwirtschaft und Natur leisten. Wir erreichen dadurch mit weniger Geld mehr Nutzen im Sinne der Natur.

Die Anträge der Opposition, die Mittel in diesem Bereich noch zu erhöhen, zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Lachen bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Als Oppositionspolitiker hätte ich wohl auch eine bessere Mittelausstattung gefordert. Doch Ihre Kürzungsvorschläge, insbesondere im Bereich der Flurneuordnung, die Sie

(Drautz)

immer wieder vorbringen, sind einfach nicht mehr zeitgemäß. Die Flurneuordnung ist ein hervorragendes Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raums und darf nicht ohne Not aus der Hand gegeben werden. Die Pflege unserer Kulturlandschaft, die Erhaltung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum und die Entflechtung von Interessenkonflikten zwischen Naturnutzern und Naturschutz sind wesentliches Merkmal der heutigen Flurneuordnung. Nur mit der Flurneuordnung ist ein flächenhafter Naturschutz möglich. Dabei arbeiten die Naturschutzorganisationen in engem Schulterschluss mit dieser Behörde. Im Gegensatz zur Opposition haben diese Verbände längst den Nutzen für Natur und Umwelt erkannt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

In Zeiten des flächendeckenden Naturschutzes stehen die Programme MEKA und SchALVO. Durch die Aufstockung der Mittel und die damit verbundene Aufnahme der Grünlandbetriebe sowie die Erweiterung des GOW-Programmes erreichen wir, dass 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche vom MEKA-Programm umfasst werden.

Meine Damen und Herren, die Anträge der Republikaner

(Abg. Dagenbach REP: Die sind super!)

zur Aufstockung des MEKA-Programms zeigen, dass sie die Materie nicht verstanden haben. Die Haushaltsmittel 2000 ergeben sich nämlich, Herr Dagenbach, aus den Anträgen des Jahres 1999, und alle Anträge wurden berücksichtigt. Es sind sogar noch Mittel übrig. Eine Mittelserhöhung ist deshalb sinnlos, weil den landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 2000 kein Pfennig zur Verfügung stehen würde.

Meine Damen und Herren, Förderung der Landwirtschaft heißt auch: Unsere Jungbauern müssen fit gemacht werden für den Wettbewerb.

Dem Ausbau der Weinbauschule in Weinsberg ist eine gelungene Neustrukturierung, das Kompetenzzentrum Bavenndorf, gefolgt. Auch das Grüne Zentrum Boxberg muss kommen. Dafür werden wir Liberalen weiter kämpfen, auch wenn die CDU heute noch nicht so weit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Dann mal angestrengt, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wenn wir den Agrarhaushalt des Landes diskutieren, kommen wir nicht umhin, die Einkommenssituation unserer Landwirte, die unter den unsäglichen Beschlüssen der Bundesregierung leiden, zu betrachten.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr richtig! – Widerspruch bei der SPD)

Für SPD und Grüne hat das Wort „Bauernopfer“ eine neue Bedeutung bekommen.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Rot-Grün steht für massive Einkommensverluste, und Ökologie begrenzt sich aufs Abkassieren,

(Abg. Rapp REP: Da hat er Recht!)

mit dem Ergebnis, dass gerade kleine und mittlere landwirtschaftliche Familienbetriebe aufgeben und großflächigen Agrarbetrieben weichen müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Das glaubst du wirklich?)

Die Ökosteuer belastet insbesondere die Bewohner des ländlichen Raums.

(Abg. Reddemann CDU: Jawohl!)

Die Steuergesetzgebung trifft die Landwirte ins Mark.

Meine Damen und Herren, als neues Foltermittel will die Bundesregierung die Ausgleichspflicht für Aufwendungen im Sinne des Naturschutzes abschaffen und damit die Landwirte praktisch enteignen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Das ist ja entsetzlich!)

Das wäre genau das Gegenteil dessen, was wir in Baden-Württemberg positiv leisten, und genau das Gegenteil dessen, was SPD und Grüne hier im Landtag auch gutheißen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, die Landes-SPD setzt mit ihrem Antrag, die Haushaltsmittel für die ländliche Sozialberatung zu streichen, ihre Politik gegen die Landwirtschaft fort. Die Bauernverbände führen die Sozialberatung als beliebte Unternehmer im Auftrag des Landes durch. Die FDP/DVP tritt auch weiterhin für eine angemessene Bezahlung dieser Leistung ein. Dass Bauernverbände die Sozialberatung höchst qualifiziert durchführen, ist unbestritten.

(Abg. Teßmer SPD: Richtig!)

Das Land hätte weit höhere Kosten, wenn die Sozialberatung durch eigene Behörden durchgeführt würde.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber Verbandsaufgabe, Herr Kollege!)

Um die Ausgleichszulage Wald und deren Erhalt hat die FDP/DVP noch beim letzten Haushalt kämpfen müssen. Heute ist das kein Thema mehr. Die Situation der Kleinwaldbesitzer ist jedoch nach wie vor dramatisch. Ich freue mich, dass es uns als regierungstragende Fraktionen jetzt gelungen ist, eine Soforthilfe mit 100 Millionen DM für die Waldbesitzer zu gewähren, wobei ich hier die Opposition lobend erwähnen muss,

(Abg. Teßmer SPD: Nichts dagegen!)

weil sie mitgezogen hat. Aber, Herr Teßmer, setzen Sie sich dafür ein, dass auch Geld aus Berlin kommt!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Göbel CDU: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ohne Moos nichts los!)

Hier sollen die Waldbauern wieder auf Reste getröstet werden. Echtes Geld muss eingesetzt werden.

(Abg. Teßmer SPD: Die gibt es, und Restgeld ist auch Geld!)

(Drautz)

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, möchte ich mich beim MLR, beim Wirtschaftsministerium, beim Finanzministerium und beim Ministerium für Umwelt und Verkehr für die rasche und unbürokratische Zusammenarbeit mit den Regierungsfraktionen bedanken. Sie hat dazu geführt, dass durch kurzfristige Sonderregelungen die Situation der Sturmopfer verbessert werden konnte.

Meine Damen und Herren, wir sind in Baden-Württemberg auf einem guten Weg. Trotz knapper Haushaltsmittel gewähren wir der Landwirtschaft und dem Naturschutz bestmögliche Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die schwierigen Rahmenbedingungen unserer Landwirtschaft bedürfen jedoch der Unterstützung auch auf EU- und Bundesebene. Ich fordere Rot-Grün auf: Verlassen Sie die unsägliche Politik gegen die Landwirte. Wir klagen die Solidarität der Bundesregierung ein. Unsere Landwirtschaft verdient Solidarität von allen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Staiblin, Sie beklagen die erbärmliche Einkommenssituation unserer landwirtschaftlichen Betriebe immer wieder und erwecken den Eindruck, die stark rückläufigen Betriebsergebnisse und die dramatischen Erlöseinbußen in der Landwirtschaft seien allein auf die Agrarpolitik der momentanen Bundesregierung zurückzuführen. Frau Ministerin, sicher haben die Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung – ich denke an Ökosteuer, Gasölbeihilfe und Agendabeschlüsse – ihren Anteil an der Situation unserer heimischen Landwirtschaft.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das reicht aber vollauf!)

Dieser Anteil aber kann alleine schon wegen der zeitlich erst kurzen Wirkung der Beschlüsse gar nicht so groß sein, wie Sie die Bevölkerung glauben machen wollen. – Zufrieden, Herr Teßmer?

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Sie könnten Recht haben, Herr Kollege!)

Auslöser der Misere innerhalb des landwirtschaftlichen Strukturwandels waren aber mit Sicherheit die Euroeuphorie der Christdemokraten

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

und die Abgabe der nationalen Verantwortung an die Europäische Gemeinschaft während der schwarzen Regierungsjahre unter dem Exehrenvorsitzenden der CDU.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dagenbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Dagenbach REP: Von mir aus.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Dagenbach, ich frage Sie: Haben Sie heute einen Button von den Grünen am Revers?

Abg. Dagenbach REP: Nein, Herr Drautz, das ist ein Button der Entente florale. Sie sollten ihn eigentlich kennen; denn Sie sind auch Stadtrat in Heilbronn.

(Zurufe, u. a. Abg. Schonath REP: Herr Drautz, sind Sie kurzsichtig?)

Zu Amtszeiten Helmut Kohls trugen Sie bereits Verantwortung, haben diese Verantwortung aber augenscheinlich nie wahrgenommen. Ganz im Gegenteil: Sie verkaufen Seifenblasen, und zwar, wie ich zugeben muss, für mich unverständlicherweise mit einem Erfolg bei den Bauern im Lande, der wirklich beeindruckend ist.

Im vergangenen Frühjahr sind Sie, Frau Staiblin, in Begleitung von Herrn Teufel und mit großem Tamtam zu den Agendaverhandlungen gereist und haben unter anderem vollmundig angekündigt, im Rahmen der MEKA- und SchALVO-Novellierung 50 % Kofinanzierung durch die EU so gut wie in der Tasche zu haben. Sie sagten damals, Sie hätten eine mündliche Zusage der zuständigen EU-Gremien. Witzigerweise stammte diese im Wesentlichen von dem später im Zusammenhang mit dem EU-Kommissionskandal zurückgetretenen und später wieder eingesetzten EU-Landwirtschaftskommissar Fischler.

Schon damals haben wir davor gewarnt, mündlichen Zusagen allzu viel Gewicht beizumessen. Denn im Zusammenhang mit der EU gilt: Nur wer schreibt, der bleibt – obwohl die Bürger auch hier immer mehr erfahren müssen, dass in der Politik auch bei dieser Regel manche Ausnahmen möglich sind. Hieß es doch: Die Renten sind sicher, und der Euro wird mindestens so stabil sein wie die Deutsche Mark.

(Beifall bei den Republikanern)

Während Sie sich feiern ließen wie Münchhausen nach dem Ritt auf der Kanonenkugel, haben wir vor diesen bloßen Ankündigungen gewarnt, und bis heute ist die Kofinanzierung der MEKA- und der SchALVO-Mittel durch die EU nicht näher als vor einem Jahr.

Bis heute argumentieren Sie weiter mit Millionenbeträgen, die Sie aus den vom deutschen Steuerzahler gefüllten EU-Kassen ins Land holen wollen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Deutsche REP: Bitte Ruhe!)

um die baden-württembergischen Landwirte für die Produktion unter höheren Umweltauflagen auf benachteiligten Standorten zu unterstützen und für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft angemessen zu entlohnen.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Da hört ja keiner zu!)

Was unsere Landwirte an finanzieller Unterstützung von der EU in diesem Zusammenhang zu erwarten haben, ha-

(Dagenbach)

ben wir, meine Damen und Herren, nach dem Orkan Lothar an Weihnachten und der Bitte an die EU um Unterstützung für die geschädigten Waldbauern in Baden-Württemberg erfahren:

(Beifall bei den Republikanern)

von der Europäischen Union, die die CDU mit Unsummen deutscher Steuergelder gefüttert hat, nämlich nichts, rein gar nichts.

Auf der anderen Seite verzichten Sie im Land selbst auf Einnahmen wie zum Beispiel im Falle der Jagdpachten beim Staatsforst zugunsten Ihrer Klientel. Wir haben Ihnen in den zuständigen Ausschüssen mehrfach die Möglichkeit zur Erhöhung der Einnahmen aufgezeigt. Nur ein Beispiel, Frau Ministerin: Im Land gibt es 32 000 Jagdscheininhaber. Aber lediglich 8 000 bis 10 000 haben die Möglichkeit zur Jagd; die anderen Jagdscheininhaber können nicht jagen, weil sie keine Möglichkeit haben, ein Jagdrevier zu pachten.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch Quatsch! Keine Ahnung!)

Unserer Meinung nach ist dies nur aus einem Grund so, nämlich deshalb, weil Sie aus einfach zu durchschauenden Motiven an einem restriktiven Vergabemodus für Jagdpachtflächen festhalten, um mit feudalen anmutendem Verwaltungsgebaren Staatsjagden zum illustren Zeitvertreib privilegierter Personenkreise nutzen zu können.

(Beifall bei den Republikanern)

Im Vergleich zu unserem Nachbarland Österreich, wo annähernd 100 % des Staatsforstes verpachtet sind, sind in unserem Land lediglich 22 % verpachtet, und das auch erst seit der im Jahr 1996 erstmalig und – zum Unverständnis aller unabhängigen Sachverständigen – einmalig durchgeführten meistbietenden Verpachtung. Welche Bedeutung diese Tatsache auf die Einnahmeseite bei den Staatsforsten hat, dürfte wohl klar sein. Fakt ist: Hier werden in einem Dunstkreis um eine beamtete Klientel zum Nachteil des Landeshaushalts politisch gewollte Vorteile geboten, während Tausende von Interessenten außen vor bleiben müssen, ganz abgesehen von dem einmalig krassen Missverhältnis, dass in Baden-Württemberg im Durchschnitt sechs Beamte und Angestellte fünf Waldarbeiter kontrollieren. Im Vergleich dazu sind dies in Österreich drei Forstbeamte und fünf Waldarbeiter. Aber solcherlei Geldverschwendung hat im MLR ja Tradition. Was Ihr Lieblingsprojekt Ernährungszentren ist, war schon die millionenteure Analysenstraße bei Ihrem Vorgänger. Und was der Birkel-Skandal bei diesem war, sind die Holzhackschnitzelheizanlagen mit ihrer Umweltbelastung bei Ihnen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Oh, jetzt kommt das wieder!)

Glücklicherweise gibt es jetzt schon die erste Stadt, in der eine Gemeinderatsmehrheit unter Mitwirkung der Republikaner dies erkannt und diesen Blödsinn wieder abgeblasen hat, nämlich Heilbronn.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Dr. Caroli SPD: So ein Schwachsinn! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Wir machen hier keine Lokalpolitik! – Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

Das einzige Lob für die einzige richtige Entscheidung in Ihrer Ministerlaufbahn kann ich Ihnen dafür geben – wir sind ja gar nicht so –, dass Sie auf Vorschlag des Gärtnereiverbandes zu Recht entschieden haben, die schönste Stadt Baden-Württembergs, nämlich dasselbe Heilbronn, in den Wettbewerb „Entente florale“ zu entsenden – allerdings als Titel ohne Mittel.

Aber Ihr Flop mit der Einschaltung der Staatsanwaltschaft wegen der Abrechnungspraxis der Bauernverbände und der ländlichen Sozialversicherung zeigt, welche politisch gewollte Qualität Landwirtschaftspolitik bei dieser Landesregierung hat. Es ist doch seltsam, dass, wie der Untersuchungsausschuss bisher zeigt, niemand außer einer kleinen Angestellten geblickt hat, was da wirklich läuft. Von Ihnen, Frau Ministerin, über Ihren Vorgänger bis weiter herunter sind alle Leute völlig ahnungslos in diese skandalösen Machenschaften zum Zweck des Stimmenkaufs bei den Bauern hineingeraten. Allen geht es seltsamerweise nicht anders als den berühmten drei Affen: Sie haben nichts gesehen und nichts gehört, und sagen können sie gleich gar nichts. Nein, meine Damen und Herren, der Sumpf der „Democratia Christiana Germanensis“ beginnt ganz hier unten auch bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Diesen Genitiv gibts gar nicht!)

– Das ist botanisch, Herr Hauk. – Sie haben die Bauernverbände zu Ihren Transmissionsriemen gemacht,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

und mit Ihrem Versagen in der eiskalt auf Ihren Vorteil ausgerichteten Landwirtschaftspolitik zulasten vieler kleiner Familienbetriebe, deren weitere Existenz Ihnen in Wahrheit völlig gleichgültig ist – denn noch nie mussten mehr Betriebe aufgeben als unter Ihrer Regierung, unter Kohl in Bonn und Teufel und Staiblin im Land –, sind Sie gescheitert.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. List CDU: Peinlich, peinlich!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jetzt kommt ein guter Redner! – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Jetzt, Peter, räum ab! – Abg. Weiser CDU: Peter, erzähl einmal, wie das war in Billigheim! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle bei der Opposition im Augenblick nur bloße Rhetorik fest. Die Rhetorik ist offensichtlich dafür gemünzt, um von den eigentlichen Problemen, die Sie selbst verursacht haben, abzulenken.

(Hauk)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Oh, Herr Kollege!)

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir haben in den letzten 40 Jahren im ländlichen Raum in Baden-Württemberg aufgeholt wie kein anderes Land in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Warum sterben dann unsere Landwirte? – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aufgeholt in Naturzerstörung, Herr Kollege! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Aber die Opposition geht da blind durchs Land, die merkt das nicht! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, der Zuwachsraum Deutschlands und der Zuwachsraum in Baden-Württemberg sind die ländlichen Räume dieses Landes, und zwar weitaus überproportional. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat etwas damit zu tun, dass in dieser Zeit eine vernünftige Strukturpolitik,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

eine vernünftige Landwirtschaftspolitik und eine vernünftige Natur- und Umweltschutzpolitik betrieben wurde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Warum haben wir dann einen stärkeren Strukturwandel als die anderen? – Gegenruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, machen wir uns doch überhaupt nichts vor. Wir haben deshalb gut abgeschnitten, weil wir alte Trampelpfade verlassen haben,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, genau!)

weil es neue, integrative Ansätze gab. Kollege Teßmer und Kollege Schäfer, das passt natürlich nicht in Ihre alte sozialistische Folterkammer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

Da machen wir uns gar nichts vor. Sie haben Ihre alten sozialistischen Folterwerkzeuge Gesetz und Knute noch immer im Tornister.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Und ihr arbeitet mit den EdF-Kommunisten zusammen!)

Sie sind nicht bereit, neue Ansätze weiterzuentwickeln.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Auf Freiwilligkeitsbasis!)

Tatsache ist, dass Frau Ministerin Staiblin es in zähen Verhandlungen mit dem Bund im letzten halben Jahr geschafft hat – und dort waren Sie, Kollege Schäfer und Kollege Teßmer, überhaupt keine Hilfe –,

(Abg. Teßmer SPD: Da waren Sie doch auch dabei!)

durch Verbesserungen des Schlüssels sowohl im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe als auch vor allen Dingen bei EU-Mitteln mehr Geld nach Baden-Württemberg hereinzuholen. Da standen Sie im Bremserhaus und nicht auf der Lok.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch alles Unsinn!)

– Das ist eine Tatsache.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Und Tatsachen will er nicht hören!)

Tatsache ist, dass unser Konzept auf Freiwilligkeit basiert, dass in Baden-Württemberg Wege eingeschlagen wurden, die europaweit Modellcharakter haben

(Abg. Teßmer SPD: Oh!)

– ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht –, die eingemündet sind in die Agenda 2000. Dabei kann man vieles kritisieren, aber eines kann man nicht kritisieren: dass wir in der zweiten Säule der Agenda 2000 erstmals in der Geschichte Europas eine regionalisierte Agrar- und Strukturpolitik für den ländlichen Raum ermöglichen können. Das ist das Modell Baden-Württemberg und nichts anderes.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Tatsache ist – auch wenn Sie es bestreiten mögen –: Wir werden ab dem Jahr 2000 jährlich 400 Millionen DM, 200 Millionen Euro, von der EU für Entwicklungsprogramme im ländlichen Raum zur Verfügung haben. Das schließt die Landwirtschaft ein, das schließt aber auch den Naturschutz ein, die Strukturpolitik im ländlichen Raum.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist gut so, aber nicht Ihre Leistung!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, trifft auch das nicht zu, was Sie ständig an falschen Behauptungen aufstellen: Unsicherheiten bei der Finanzierung von MEKA neu und dergleichen.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das ist alles Schnee von gestern. Das alles steht finanziell auf soliden Füßen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Schreien Sie doch nicht so!)

Wir haben, auch wenn es Ihnen nicht passt, mit der Einführung der zweiten Stufe des MEKA einen neuen Schub innerhalb einer regionalisierten Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg geschafft.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buchter?

Abg. Hauk CDU: Gerne, wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Hauk, sind Sie bereit, einzuräumen, dass die Mittel der EU-Ebene insbesondere für den Abbau von Entwicklungsrückständen gegeben werden, und wie können Sie das in Deckung bringen mit Ihrer Glorie, die Sie gerade auf die Ministerin in Bezug auf die Entwicklung des ländlichen Raums abgelassen haben?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Buchter, ich würde Ihnen empfehlen, sich mit der EU-Agrarpolitik etwas näher zu beschäftigen, wenn ich das sagen darf.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Eigentlich nicht!)

Wir haben insgesamt rund 4 Milliarden Euro in der so genannten zweiten Säule Fischler zur Verfügung. Das hat überhaupt nichts mit Rückständigkeit zu tun, sondern damit, was man nach dem Prinzip der Freiwilligkeit – siehe unser Modell Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich, nur als Beispiel genommen – im Bereich einer umweltschonenden Landbewirtschaftung zu machen bereit ist, und zwar unter der Voraussetzung, dass die jeweiligen Länder kofinanzieren. Das ist die Voraussetzung. Das hat nichts mit Strukturen, Rückständigkeit etc. zu tun, sondern hängt davon ab, ob man bereit ist, hierfür etwas zu machen. Fragen Sie sich einmal, Kollege Buchter, warum wir so viel tun und warum in anderen Bundesländern wenig passiert, warum zum Beispiel gerade in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen davon wenig abgeschöpft wird. Diese Frage würde ich mir an Ihrer Stelle einmal stellen.

(Abg. Teßmer SPD: Hier ist Rhodos!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bei diesem integrativen Ansatz – und ich habe vorhin schon erwähnt, dass Sie immer noch die sozialistischen Folterwerkzeuge im Gepäck führen –

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Sie wiederholen sich!)

– Das ist so. Sie können es nicht hören, weil es der Wahrheit entspricht. Sie haben Ihre Pfade in der Naturschutzpolitik doch überhaupt nicht verlassen.

(Abg. Teßmer SPD: Die Scheibchenwahrheit kennen wir von Ihnen!)

Nach einem Aufbau in der Naturschutzpolitik der Siebzigerjahre, nach einem Ausbau, sage ich einmal, in den Achtziger- und den Neunzigerjahren finden die Schutzgebietsausweisungen – dieses restriktive Instrumentarium – jetzt ihr Ende mit der Ausweisung der FFH-Gebiete. Das wird zügig und ohne Verlust von EU-Mitteln auch im Lauf dieses Jahres weiterverfolgt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Daran werden wir Sie erinnern!)

Aber dann heißt es: neue Ansätze in der Naturschutzpolitik entwickeln.

(Abg. Teßmer SPD: Tut es doch!)

Sie sind derzeit doch gar nicht bereit, das Prinzip der Freiwilligkeit, das dabei notwendig ist, mit uns gemeinsam zu verfolgen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ein Blödsinn!)

Sie laufen uns doch hinterher. Herr Kollege Walter, wer hat denn PLENUM in der letzten Legislaturperiode – ich freue mich ja, dass das von der SPD ungeteilte Unterstützung erfährt – bekämpft? Wer hat denn damals gesagt, das sei alles mickrig, das sei alles problematisch usw.?

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist gar nicht wahr! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Schon wieder ein Blackout!)

Ich freue mich ja, dass Sie heute zu den Befürwortern gehören. Ich freue mich auch, dass Sie, wenn wir – das machen wir im Lauf des Jahres – diese Gebiete erweitern, auch solche Ansätze mit unterstützen.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Aber bleiben Sie doch nicht auf halbem Weg stehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Hauk CDU: Herr Walter, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Walter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Hauk, würden Sie erstens zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung zwar schöne Leitlinien für den Naturschutz hat, dass dazu aber nichts im Haushalt steht und auch von Ihrer Fraktion – im Gegensatz zu uns – keine Anträge eingegangen sind?

Würden Sie zweitens zur Kenntnis nehmen, dass wir PLENUM immer unterstützt haben? Sie verwechseln die Vorgänge um PLENUM vielleicht mit unserer Kritik an den Vorgängen um Herrn Aurenz, die auch in Isny stattfinden. Ich glaube, da müssen Sie noch einmal einiges nachlesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Walter, im Unterschied zu Ihnen haben wir Leitlinien.

(Abg. Teßmer SPD: Leitlinien mit „d“!)

Aber wir machen den ersten Schritt eben nicht vor dem zweiten.

Klar ist auch: Die Landesregierung wird jetzt auf der Basis der Leitlinien eine Finanzierungskonzeption erstellen. Auf der Basis dieser Konzeption werden wir dann auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Nach 2001!)

Aber es macht doch mehr Sinn, zunächst die Konzeption zu erstellen und dann die Finanzierung festzulegen

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

(Hauk)

– wer macht denn das? –, als im Vorhinein für unklare Konzepte Millionenbeträge in den Haushalt einzustellen. Das ist vielleicht Ihr Verständnis von solider Haushaltspolitik, wir verstehen das jedenfalls nicht darunter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle nur fest, dass wir die Landesregierung auf ihrem Weg unterstützen, in Baden-Württemberg weiter eine innovative Politik für den Naturschutz, für die Landwirtschaft sowie für den ländlichen Raum und seine Bürger insgesamt zu verfolgen.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Sozialismus pur!)

Wir unterstützen sie dabei, und wir haben dabei, auch wenn Sie es nicht wahrnehmen wollen, Erfolg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einige Anmerkungen zum Grundwasserschutz und dann zum Naturschutz.

In Baden-Württemberg wird das Trinkwasser zu 75 % aus Grundwasser und nur zu ca. 25 % aus Oberflächengewässern gewonnen. Das führt die Landesregierung dazu, auf zwei Drittel der Fläche der Wasserschutzgebiete die Bewirtschaftungsauflagen zurückzunehmen: Grundwasserschutz à la Baden-Württemberg,

(Abg. Teßmer SPD: Verantwortungslos!)

in meinen Augen umweltpolitisch eine Katastrophe.

(Abg. Teßmer SPD: Verantwortungslos!)

Im Bericht des Umweltministers stehen zum Beispiel folgende Sätze:

Die Überwachung der Wasserschutzgebiete wird insgesamt zunehmend schwieriger. Daher ist ergänzend die Mitwirkung der Wasserversorgungsunternehmen erforderlich.

Ich sage Ihnen, wie diese Mitwirkung aussieht: Die schreien Zeter und Mordio, weil sie mit dem Konzept nicht einverstanden sind. Darüber hinaus ist dieses Konzept ein Rohrkrepierer, weil es am 1. Januar 2000 in Kraft treten und den Landwirten zusätzlich 60 Millionen DM bringen sollte. Aber was ist geschehen? Die Hausaufgabe wurde im Ministerium so schlecht gemacht,

(Abg. Teßmer SPD: Strafarbeit!)

dass man einknicken und sagen musste: „Alles zurück, wir haben es zwar versprochen, es geht aber leider nicht. Wir müssen es jetzt um ein Jahr verzögern. Erst am 1. Januar

2001 kann es möglicherweise in Kraft treten.“ Da ist auch wieder Skepsis am Platz. Ein absolutes Scheitern in dieser Frage.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Nun, meine Damen und Herren, zum Naturschutz. Das ist ja das Stiefkind der Landespolitik.

(Abg. Behringer CDU: Das stimmt doch hinten und vorne nicht!)

In der Koalitionsvereinbarung steht zwar: „Die nachhaltige Sicherung von Natur und Landschaft ist ein unverzichtbares Ziel der Politik der Landesregierung.“ Aber was sehen wir, was da geschieht? Angeblich, wie der Kollege Hauk vorhin betont hat, gibt es jetzt neue Ansätze,

(Abg. Teßmer SPD: Neuen Bimbos!)

Ansätze beim großflächigen Naturschutz. Meine Damen und Herren, im Januar sollte im Kabinett – das wird wohl jetzt im Februar stattfinden –

(Abg. Behringer CDU: Der Januar ist ja vorbei!)

die neue Konzeption für PLENUM beschlossen werden.

(Zuruf von der CDU)

– Ja nun, gut, das ist eh verzögert geschehen.

Anschließend soll ausgeschrieben werden. Nun wissen wir ja, dass es bisher ein PLENUM-Gebiet gibt; aber aus 20 PLENUM-Gebieten können Anträge gestellt werden. Das weiß die Landesregierung. Das wissen natürlich auch CDU und FDP/DVP. Dann schaut man ganz verwundert in den Haushalt und sieht, dass dafür überhaupt keine Mittel vorgesehen sind. Das ist doch Etikettenschwindel und Rosstäuscherei.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gleiche gilt für den Vertragsnaturschutz. „Neue Wege wollen wir beschreiten“, sagt der Kollege Hauk, „weg von der Käseglocke, nicht mehr Schutzgebiete ausweisen, nicht mehr von oben herunter per Diktat, nein, von unten her muss es wachsen; wir machen Verträge mit den Landwirten.“ Ich schaue verwundert in den Haushalt. Was sehe ich? Keine müde Mark mehr für den Vertragsnaturschutz.

(Beifall bei der SPD)

Erklären Sie einmal der Öffentlichkeit und auch den Landwirten, was das eigentlich soll.

(Abg. Hauk CDU: Ihr Wahrnehmungsvermögen ist sehr selektiv!)

– Herr Kollege Hauk, das sind alles hehre Bekenntnisse, die aber folgenlos bleiben.

Schauen wir in den Naturschutzfonds hinein, aus dem ja auch Mittel für Projekte im Land vergeben werden: keine müde Mark mehr. Schauen wir auf die Naturparks.

(Dr. Caroli)

(Abg. Haasis CDU: Sie haben die falsche Seite aufgeschlagen!)

Die ganze Schwäbische Alb soll jetzt Naturpark werden, der Nordschwarzwald, der Südschwarzwald. Wir haben schon sechs Naturparks. Bislang waren 1,4 Millionen DM im Haushalt. Jetzt musste im Finanzausschuss von den Fraktionen nachgebessert werden.

(Zuruf von der CDU)

– Ich begrüße ausdrücklich, dass nachgebessert wurde.

(Abg. Göbel CDU: Also!)

Nur, die Mittel reichen hinten und vorne nicht. Die Ministerin selbst hat ermittelt, dass viel mehr Mittel erforderlich wären. Sie laufen durch das Land und verkünden überall: Jawohl, Naturparks wollen wir. Aber wenn es dann ans Geld geht, geben Sie den Kommunen, die sich daransetzen, so etwas zu entwickeln, nicht das, was sie dringend bräuchten, um das umzusetzen.

Über FFH wurde heute schon genug gesagt. Was Sie hier machen, ist unglaublich. FFH-Gebiete sollten schon bis zum Jahr 1995 gegenüber der EU vollständig ausgewiesen sein. Sie haben es bis zum letzten Moment darauf ankommen lassen, und jetzt kommt ein Konsultationsverfahren im Frühjahr, bei dem die Gemeinden endlich einmal mitsprechen dürfen. Dieses Konsultationsverfahren wird total abgekürzt. Sie beschneiden die Basisdemokratie aus einem einzigen Grund: Sie haben geschlampert und die Auflagen der EU nicht erfüllt. Sie riskieren, dass Sie Strafe bezahlen müssen.

(Abg. Hauk CDU: Davon kann doch keine Rede sein!)

Sie riskieren auch, dass die EU-Gelder nicht im dem Maß in das Land fließen, wie sie die Landwirtschaft dringend braucht. Das ist eine Bilanz, die schlichtweg verheerend ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen aus dem Plenum liegen nicht vor.

Ich darf dann der Frau Ministerin das Wort erteilen.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einen Satz zum Untersuchungsausschuss sagen. Wenn Sie sich hier an dieses Rednerpult stellen und von sich geben – wobei ich sicher noch im Untersuchungsausschuss Gelegenheit haben werde, Rede und Antwort zu stehen,

(Abg. Teßmer SPD: Ihre Leute lassen Sie doch nicht!)

bisher hatte ich das noch nicht –, was ich gedacht, gesagt und entschieden haben soll, dann finde ich das eine Unverschämtheit sondergleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Aber Ihre Partei verhindert doch, dass Sie kommen! Wir hätten Sie ja längst angehört!)

Was die Opposition heute über die Landwirtschaft von sich gegeben hat, meine Damen und Herren, zeugt von Unwissenheit, von Desinformation und von Nichtbefassung mit den Themen in der Landwirtschaft. Dass Sie, Herr Teßmer, von etwas reden, von dem Sie nichts verstehen, haben Sie heute wieder einmal bewiesen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ein Niveau, das schreit zum Himmel! – Abg. Teßmer SPD: Bitte den Beweis erbringen und nicht einfach behaupten!)

Sie haben heute nichts anderes gemacht, als Nebelkerzen zu werfen, um den Kern der Landwirtschaftspolitik zu vernebeln. Sie haben sich auch nur auf Nebenkriegsschauplätzen bewegt.

(Abg. Teßmer SPD: Seien Sie doch froh! Dann sieht man Ihre Fehler nicht!)

Die Kernfrage und das Kernproblem wurden von Ihnen schlichtweg einfach unterschlagen. Vorgestern hat Bundeslandwirtschaftsminister Funke den Agrarbericht der Bundesregierung vorgestellt. Danach verringert sich das Einkommen, verringern sich die Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 1998/99 um 7,3 %.

(Unruhe – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass dies deutlich macht, unter welchen schwierigen Bedingungen die Bäuerinnen und Bauern derzeit arbeiten und dass das Sparpaket und das Sparkonzept der rot-grünen Bundesregierung die Landwirtschaft mit ganz massiven Einschnitten treffen. Kürzungen im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, der landwirtschaftlichen Krankenkasse, der Berufsgenossenschaft und Kürzungen im Bereich der landwirtschaftlichen Alterskasse führen zu zusätzlichen Belastungen in der Landwirtschaft: Allein in Baden-Württemberg sind das 75 Millionen DM.

(Abg. Teßmer SPD: Sagen Sie doch einmal, warum!)

Ein Haupterwerbsbetrieb mit einem Jahreseinkommen von 60 000 DM bezahlte in der landwirtschaftlichen Alterskasse bisher einen Betrag von jährlich 5 064 DM. Ab diesem Jahr wird er monatlich 230 DM mehr bezahlen müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Vorsicht, es hat dieses Jahr Geld gegeben! Die kriegen doch noch etwas!)

Die Gasölbeihilfe – –

(Abg. Teßmer SPD: Durch Wiederholen wird es nicht besser! Sagen Sie einmal, warum!)

– Warum, Herr Teßmer? Weil die Landwirtschaftspolitik bei der rot-grünen Bundesregierung überhaupt keinen Stellenwert mehr hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Aber das, meine Damen und Herren, ist ja noch nicht alles. Es wird nun schon seit Monaten über die Absenkung der

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Gasölbeihilfe diskutiert. In „AgrarEurope“ habe ich gelesen, dass der Bundeslandwirtschaftsminister Agrardiesel einführen will. Aber bei ihm blieb es bisher ja nur bei Versprechungen.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na! Vorsicht! Was haben wir denn vorhin gehört?)

Selbst wenn jetzt von 41 Pfennig auf 30 Pfennig gekürzt werden soll, würde dies für unsere Landwirte bedeuten, dass sie dreimal so viel für den Liter Diesel bezahlen müssten als die Kolleginnen und Kollegen in Frankreich.

(Abg. Teßmer SPD: Sie waren doch dabei! Sie haben doch gehört, dass nachgebessert wurde! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie für die Harmonisierung gesorgt?)

Ich bin jetzt schon gespannt, wo der Bundeslandwirtschaftsminister dann die fehlenden Millionen für die Absenkung der Gasölbeihilfe hernimmt. Es wird ja ausgesagt, es müsse nur aus dem Agrarhaushalt kommen. Also wieder ein Verschiebeparkplatz, der uns dadurch erreichen wird.

(Abg. Teßmer SPD: Kommen Sie einmal langsam zu Ihrem Haushalt! – Abg. Brechtken SPD: Wollen Sie einmal über Ihre Politik reden?)

Ich komme zur Ökosteuer. Man kann klar und deutlich sagen, dass die Ökosteuer für die Landwirtschaft – –

(Abg. Teßmer SPD: Vor zwei Jahren haben Sie das genauso gesagt! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Stimmt nicht! Reden Sie doch keinen Unsinn!)

– Aber dies betrifft doch die Landwirtschaftspolitik in unserem Lande. Dies betrifft doch die Rahmenbedingungen in unserem Lande.

(Unruhe)

Die Ökosteuer betrifft die baden-württembergische Landwirtschaft, meine Damen und Herren.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

– Bitte, haben Sie etwas zu sagen? Sagen Sie es, fragen Sie! Was denn?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich möchte von Ihnen Ihre Politik erklärt bekommen!)

– Ich bin gerade dabei.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie sprechen doch von der Bundespolitik!)

Sie können nicht damit umgehen. Deswegen haben Sie in Ihren Aussagen auch unterschlagen, was letztendlich zur Situation der Landwirtschaftspolitik in unserem Lande beiträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In der Sozialpolitik haben wir bisher keine Kürzungen vorgenommen, dies wohlgerne, weil die Sozialpolitik in der

Tat der wichtigste Faktor in der Landwirtschaft überhaupt ist und das Fundament für die Landwirtschaft bedeutet. Das wollen Sie und werden Sie jetzt unterhöheln.

Die Ökosteuer belastet die baden-württembergische Landwirtschaft allein in der ersten Stufe mit 30 Millionen DM und in der zweiten Stufe noch einmal mit 51 Millionen DM. Das sind zusammen 81 Millionen DM. In diesem Bereich erachte ich die Ökosteuer als eine unrichtige politische Entscheidung, weil sie aus folgendem Grund unsozial ist: Die Landwirte werden mit der Ökosteuer belastet, damit werden Rentenbeiträge abgesenkt, und gleichzeitig erhöhen sich die Beiträge für die Sozialversicherung in der Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Also bedeutet die Ökosteuer eine zusätzliche Wettbewerbsverzerrung, einen weiteren Verlust an Marktanteilen und damit verbunden auch einen Verlust an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich komme noch zu Ihnen, Herr Dr. Schäfer.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Haas CDU: Wenn es sein muss, körperlich!)

Die deutschen Bauern, so habe ich es gestern in der Zeitung gelesen, mussten im Wirtschaftsjahr 1998/99 erneut einen drastischen Gewinnrückgang verkraften, dürfen aber auf eine leichte Besserung hoffen. Zu diesem Ergebnis kommt die Bundesregierung in ihrem Agrarbericht 2000, den das rot-grüne Kabinett verabschiedet. Nach vorsichtiger Schätzung sei für die Haupterwerbsbetriebe mit einem durchschnittlichen Gewinnzuwachs von bis zu 3 % zu rechnen, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke.

(Abg. Teßmer SPD: Oha! Das ist doch einmal ein Satz!)

– Herr Teßmer, Ihnen geht es genauso wie dem Bundeslandwirtschaftsminister. 7,3 % weniger, im kommenden Jahr 3 % mehr – dann bleiben doch immer noch 4,3 % weniger.

(Beifall bei der CDU – Zurufe, u. a. Abg. Teßmer SPD: Das ist doch aber die Preisgestaltung und nicht die Regierung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung setzt mit diesem Haushaltsentwurf ein deutliches Zeichen für den Erhalt und die Fortführung der familienbäuerlichen Landwirtschaft, der Landwirtschaft in unserem Lande. Die Landesregierung von Baden-Württemberg unterstützt die Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe und steigt vornehmlich und künftig auch stärker in den Bereich der Einkommenskombinationen ein. Ich denke, dies ist genau das, was unsere landwirtschaftlichen Betriebe stärkt.

Ich möchte an dieser Stelle zunächst aber allen den auch herzlichen Dank sagen, die es ermöglicht haben, diesen Haushaltsentwurf hier und heute vorzustellen, ganz beson-

(Ministerin Gerdi Staiblin)

ders unserem Ministerpräsidenten. Mein Dank gilt den Mitgliedern des Finanzausschusses und allen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen für ihre Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die Landesregierung kann für den Einzelplan 08 einen Haushaltsentwurf vorlegen, der im Gegensatz zur Bundesregierung bewährte Unterstützungen sichert und neue Impulse ermöglicht. Herr Kuhn hat vor zwei Tagen, vorgestern, hier gesagt, dass das Land nicht alle Komplementärmittel ausschöpfe. Dies kann ich für mein Haus, für das Ministerium Ländlicher Raum, nicht sagen. Bei uns wird jede Mark an Komplementärmitteln aus Brüssel abgerufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr! – Abg. Teßmer SPD: Wo sind denn die 60 Millionen?)

– Ja, sehen Sie, das ist eben genau Ihre Desinformation. Sie haben sich nur mit diesen 60 Millionen und nur teilweise mit dem MEKA alt und überhaupt nicht mit dem MEKA neu beschäftigt. Genau das ist es.

(Abg. Teßmer SPD: Aber wir haben sie noch nicht! Das wissen Sie auch!)

– Aber Sie sprachen doch von Prospekten. Hätten Sie sich diesen Prospekt doch einmal vor Augen geführt, hätten Sie diesen Prospekt doch auch einmal gelesen, dann wären Sie heute zumindest besser informiert gewesen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch in Ordnung! Wir haben es doch noch nicht! Auch wenn der Prospekt in Ordnung ist!)

Zur flächendeckenden Entwicklung der ländlichen Räume werden wir für das Land Baden-Württemberg die so genannte zweite Säule von Kommissar Fischler aufgreifen und dafür auch frühzeitig einen Maßnahmen- und Entwicklungsplan erstellen. Wir haben früh genug diesen Plan in Berlin angemeldet, und dieser wurde auch früh genug in Brüssel vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Jetzt haben wir, weil wir früh genug in Brüssel angemeldet haben, mit Sicherheit den Vorteil, dass wir MEKA II jetzt umsetzen können. Dies bedeutet, dass wir im Jahr 1999 im MEKA-Programm 150 Millionen DM an die Landwirtschaft ausgezahlt haben, und dank der Unterstützung der Fraktionen haben wir jetzt die Möglichkeit, für das Jahr 2000 200 Millionen DM im MEKA-Programm durch den Teileinstieg zu erreichen, während für dieses Jahr die 110 Millionen DM im SchALVO-Paket erhalten bleiben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ein Verlegenheitseinstieg!)

– Bitte?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ein Verlegenheitseinstieg ist das! – Abg. Teßmer SPD: Ein Teileinstieg!)

– Sie, Herr Dr. Caroli, haben mir hier vorgeworfen, ich hätte meine Hausaufgaben nicht erfüllt.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Mein Haus hat die Hausaufgaben erfüllt. Das MEKA-Programm kann umgesetzt werden. Dazu, dass wir jetzt den Weg gegangen sind, einen Teileinstieg zu ermöglichen, will ich Ihnen einfach sagen, dass mit Sicherheit in diesem Jahr auch nicht das volle Programm hätte ausgeschöpft werden können, weil wir die Situation haben, dass die Fünfjahresverträge ablaufen müssen und nach EU-Vorgabe vorzeitig keine neuen Verträge abgeschlossen werden dürfen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber Sie haben das ganze Programm angekündigt!)

– Dafür haben wir mehr Geld für andere Bereiche.

(Abg. Teßmer SPD: Aber Sie haben das ganze Programm angekündigt!)

– Aber das Geld geht uns doch nicht verloren. Herr Teßmer, das ist auch das Unwissen von Ihnen, dass Sie über Dinge reden, mit denen Sie sich einfach nicht beschäftigt haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Aber liebe Frau Ministerin, das stimmt doch nicht! Jetzt gibt es das Geld nicht! Wenn es das Geld später gibt, ist es in Ordnung!)

Wir haben in Deutschland 700 Millionen Euro für dieses Gesamtpaket, für diesen Maßnahmen- und Entwicklungsplan. Das heißt also, 1,4 Milliarden DM stehen zur Verfügung. In der Tat bekommt Baden-Württemberg aus diesem Gesamtpaket einen überproportional hohen Schlüssel, weil wir mit der Bundesregierung gut verhandelt haben.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

14,5 % der Bundesmittel gehen nämlich nach Baden-Württemberg; das sind rund 200 Millionen DM pro Jahr. Dies kann man als großen politischen Erfolg für Baden-Württemberg bewerten.

Zum Vergleich: Niedersachsen, dessen landwirtschaftliche Fläche fast doppelt so groß ist wie die Fläche des Landes Baden-Württemberg, erhält nur 10 %,

(Abg. Teßmer SPD: Da sehen Sie mal, wie gut man mit dem Bund verhandeln kann!)

und Nordrhein-Westfalen, das eine mit der unseren vergleichbare landwirtschaftliche Fläche hat, erhält nur 5,7 %.

(Abg. Teßmer SPD: Sie sehen, wie gut die CDU-Länder bedient werden! Sie haben übrigens Ihren Vorgänger aus dem Saal geredet! – Gegenruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Er ist geflohen! – Unruhe)

Wir werden den bewährten, erfolgreichen Weg einer eigenständigen baden-württembergischen Agrarpolitik fortsetzen und eben den MEKA in Stufen weiterentwickeln. Damit, denke ich, leisten wir einen ganz wichtigen Beitrag zu einem vorbeugenden und großflächigen Grundwasserschutz. Wenn hier davon die Rede war, Herr Dr. Caroli, dass wir mit den Wasserschutzzonen III, die durch die ordnungsgemäße Landbewirtschaftung die Grundlage für die Bewirtschaftung sind, für den Grundwasserschutz nicht in Ihrem

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Sinne umgehen würden, dann möchte ich Ihnen raten: Beschäftigen Sie sich auch einmal mit der Düngeverordnung.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Habe ich! – Abg. Teßmer SPD: Haben wir! Jawohl!)

Dies ist eine Bundesverordnung, und diese Bundesverordnung bildet die Grundlage für diesen großflächigen Grundwasserschutz.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die Sie vorher abgelehnt haben!)

Weil uns die Düngeverordnung mit dieser ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung nicht reicht, bieten wir auf Freiwilligkeitsebene über das MEKA-Programm einen zusätzlichen Grundwasserschutz an.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Das haben Sie noch nicht gemerkt!)

Wir werden auch jetzt mit dem neuen MEKA, mit dem Teileinstieg, das umweltbewusste Betriebsmanagement fördern und auch einen Schwerpunkt im Bereich der Grünlandförderung legen.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Dr. Schäfer. Sie haben so einiges zum MEKA-Programm und zur Naturschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg ausgesagt. Dazu kann ich nur sagen: Für Sie besteht anscheinend Landwirtschaftspolitik nur aus Naturschutzpolitik.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dann meine ich, dass doch gerade Sie – Und Sie haben, wie aus dem Landtagshandbuch hervorgeht, den Beruf Moster.

Ich habe am Bodensee ein Glas Most, ein Glas Apfelsaft von den Streuobstwiesen aus Ihrem Betrieb getrunken. Ich habe dafür mehr bezahlt als für ein Glas Wein. Ich kann nur sagen, dass doch Sie persönlich von diesem MEKA-Programm profitieren; denn wir haben im vergangenen Jahr über das MEKA-Programm alleine 12 Millionen DM für Streuobstwiesen ausgegeben und geben hierfür weitere Mittel aus.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Oh! – Abg. Teßmer SPD: Herr Schäfer, Sie sind ja undankbar! – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Da bekommt man Geld, und dann bekommt man noch Kritik!)

– Ja, dann darf man sich aber auch nicht hier hinstellen und ein Programm kritisieren, wenn man dafür Geld bekommt und dies auch noch beansprucht.

(Zurufe)

In diesem Zusammenhang will ich auch die Förderung der Betriebe des ökologischen Landbaus hervorheben. Bereits bisher haben wir für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe 11 Millionen DM bereitgestellt, und auch die ökologisch wirtschaftenden Betriebe profitieren von dem Teileinstieg in MEKA neu und werden künftig 14 Millionen DM pro Jahr bekommen. Darüber hinaus erhalten sie fast 500 000 DM pro Jahr für die Verbandsförderung.

Nach der Zahl der Ökobetriebe steht Baden-Württemberg mit rund 3 000 Betrieben im Bundesvergleich an erster Stelle. Nach der ökologisch bewirtschafteten Fläche mit rund 57 000 Hektar sind wir hinter dem Land Mecklenburg-Vorpommern an zweiter Stelle. Durch das MEKA II werden wir diese bundesweite Spitzenstellung, die der ökologische Landbau in unserem Lande hat, weiter ausbauen. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich niemandem vorschreibe, wie er seinen Betrieb zu bewirtschaften hat.

Für die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe stehen im Doppelhaushalt 500 Millionen DM und damit 30 Millionen DM mehr als im letzten Haushalt zur Verfügung. Dank auch der Initiative Baden-Württembergs, dank unseres politischen Einflusses haben wir erreicht – das geht in eine Zeit zurück, als wir darüber diskutiert haben, dass die Betriebe in den neuen Bundesländern, in den anderen Ländern die größeren Flächen haben –, dass eine Deckelung im Bereich der Transferleistungen eingeführt wurde. Wir haben damals die Entscheidung getroffen, mit Zustimmung auch der neuen Bundesländer, den Schlüssel zugunsten der alten Bundesländer anzuheben zulasten der Schlüsselverteilung für die neuen Bundesländer. Davon halten wir rund 210 Millionen DM in den Jahren 2000 und 2001 für die Ausgleichszulage für Betriebe in den benachteiligten Regionen, im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb, zur Verfügung.

Das Land setzt in schwierigen Zeiten, wie ich denke, wichtige Rahmenbedingungen, die es unseren Betrieben ermöglichen, sich diesen großen Herausforderungen der Zukunft zu stellen und sich dafür zu rüsten. Deshalb haben wir einen Schwerpunkt bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung gesetzt. Mit ihr wollen wir für die landwirtschaftlichen Betriebe und vor allen Dingen für die junge Generation Chancen eröffnen, die unternehmerische Weiterentwicklung unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Es geht nicht nur um die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, genauso wichtig sind die Landschaftspflege und die Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaft.

Einen wichtigen Schwerpunkt zur Förderung unserer Landwirtschaft bilden Maßnahmen zur Stärkung von Markt und Vermarktung. An Marktanteilen wollen und können wir in allen Bereichen zulegen; denn das Land Baden-Württemberg trägt in keinem Produktionsbereich zur Überproduktion bei. Aber wir müssen künftig stärker Angebote bündeln, um unsere Produkte eben auch in den Handelsketten zu einem angenehmen und für die Landwirtschaft vernünftigen Preis verkaufen zu können.

Unser Land, meine Damen und Herren, der Stern des Südens, steht für einen reichhaltigen Waren- und Spezialitätenkorb, in dem sich sicherlich auch Ihr Apfelsaft befindet, Herr Dr. Schäfer.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ja unbestritten!)

Wir werden die erfolgreiche Arbeit unserer Marketinggesellschaft Baden-Württemberg, der MBW, das Herkunfts- und Qualitätszeichen und auch die Aktion „Schmeck den Süden. Baden-Württemberg“ fortsetzen. Wir unterstützen ganz vehement Verbraucheraufklärung und Verbraucher-

(Ministerin Gerdi Staiblin)

bildung. Ich erinnere an die „Gläserne Produktion“ und an die Ernährungszentren. Der Ministerrat hat ja vor wenigen Tagen entschieden, dass die vier Ernährungszentren fortgeführt werden. Sie wissen, dass zwei unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt wurden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Buchter
Bündnis 90/Die Grünen: Gaspedal wäre besser,
Herr Präsident!)

Die einzige Kritik, die durch diese wissenschaftlichen Erkenntnisse gegeben war, war, dass vier Ernährungszentren, vier Standorte zu wenig sind. Zehn Standorte wären besser.

Wir setzen die bewährte und erfolgreiche Naturschutzpolitik fort. Trotz der Sparzwänge, meine Damen und Herren, konnten die Mittelsätze hierfür auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden.

Die Pflege- und Extensivierungsverträge werden in vollem Umfang weitergeführt. Immerhin sind dies rund 40 Millionen DM im Doppelhaushalt.

Die Konzeption der Naturschutzzentren wird mit der Eröffnung des Naturschutzzentrums Südschwarzwald/Feldberg noch in diesem Jahr abgeschlossen. Auch dazu haben Sie nichts gesagt. Ich denke, es war keine Selbstverständlichkeit, das siebte Naturschutzzentrum mit Gesamtbaukosten von immerhin 7 Millionen DM zu verwirklichen.

Ende des vergangenen Jahres hat die Landesregierung neue Leitlinien für die Naturschutzpolitik beschlossen. Der zentrale Kernpunkt unserer Naturschutzpolitik ist die Förderung des großflächigen Naturschutzes. Wir werden auch das erfolgreiche Projekt PLENUM, dieses Modellprojekt im Raum Isny/Leutkirch fortführen, und wir werden das Modellprojekt in Konstanz auch in Zukunft – davon bin ich fest überzeugt – unterstützen und finanzieren können.

Bei der Finanzierung der Naturschutzpolitik gehen wir neue Wege. Ab dem Jahre 2000 können erstmals Erträge aus der Glücksspirale für den Naturschutz und den Umweltschutz eingesetzt werden. Von rund 6 Millionen DM stehen für das Modellprojekt PLENUM und für Naturparks ca. 4 Millionen DM jährlich zur Verfügung.

Die Landesregierung fördert den ländlichen Raum mit einer integrierten Agrar- und Strukturpolitik. Ein hervorragendes Instrument dabei ist das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Hierfür stehen uns im Haushaltsjahr 2000 120 Millionen DM und im Haushaltsjahr 2001 125 Millionen DM zur Verfügung. Dies ist ein deutlich höheres Bewilligungsvolumen als in den vergangenen zwei Jahren. Seit dem Bestehen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum ab dem Jahre 1995 wurden von der Landesregierung ca. 600 Millionen DM an Fördermitteln bereitgestellt, damit ein Investitionsvolumen von rund 4 Milliarden DM angestoßen und dadurch über 8 300 Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen.

Wir unterstützen die Verwirklichung eines Programms zum Thema „Chancengleichheit für Frauen im ländlichen Raum“. Auch hier waren wir schnell und haben früh gehandelt. Das führte dazu, dass wir über dieses Programm

1 Million DM einsetzen können. Ich möchte hier auch positiv erwähnen, dass von den 400 Vorschlägen, die in Brüssel eingegangen sind, nur zwei deutsche Projekte genehmigt wurden, und diese zwei Projekte werden bei uns im Lande Baden-Württemberg verwirklicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Beate Fauser FDP/DVP: Bravo!)

Damit werden wir – und das wollen wir auch – mit den drei Regionen Rhône-Alpes, Katalonien und Lombardei zusammenarbeiten. Wir sind über diese Projekte sicherlich in der Lage, einen wichtigen Beitrag in der Zusammenarbeit der Länder der „Vier Motoren“ Europas zu leisten.

Meine Damen und Herren, auch der Einzelplan 08 muss Einsparungen erbringen, und er tut dies auch. So sieht der vorliegende Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2000 und 2001 die Streichung von weiteren 366 Stellen vor. Dadurch werden die Personalkosten um weitere 30 Millionen DM gesenkt.

Von 1993 bis 1999 wurden in meinem Ressort bereits über 1 000 Stellen abgebaut. Damit haben wir im Geschäftsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum allein 18 % des gesamten Stellenabbaus in Baden-Württemberg erbracht, und dies, obwohl der Geschäftsbereich nur einen Anteil von 3 % des gesamten Stellenbestandes hat.

Dieser Kraftakt, meine Damen und Herren, war nur möglich, weil wir die Strukturen der Verwaltung reformiert und die Aufgaben fokussiert haben. Wir haben die Reform der Forstverwaltung, der landwirtschaftlichen Bezirksverwaltung und der Lebensmittelüberwachung abgeschlossen, und seit dem 1. Januar 2000 sind die Chemischen Landesuntersuchungsämter mit den Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsämtern zusammengelegt und Teilbereiche des Landesgesundheitsamts sowie die städtischen Untersuchungsämter Stuttgart und Pforzheim integriert.

Es ist für mich völlig unverständlich, dass die SPD-Fraktion einerseits ständig eine qualitativ hochwertige Lebensmittelüberwachung einschließlich eines optimalen Verbraucherschutzes einfordert und andererseits durch ihren Antrag im Finanzausschuss die Mittel in diesem Bereich um fast 10 Millionen DM in beiden Jahren kürzen wollte.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Durch die Zusammenlegung können wir in Zukunft über 40 Stellen einsparen, weil wir bündeln und konzentrieren und dadurch Synergieeffekte erreichen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zum Orkan Lothar sagen. Am 26. Dezember sind durch das Sturmtief Lothar in Baden-Württemberg über 25 Millionen Festmeter Sturmholz angefallen. Der Gesamtschaden geht in die Milliarden.

In den vergangenen Wochen habe ich mich wiederholt vor Ort informiert und mir ein Bild über den katastrophalen Schaden machen können. Mindestens 40 000 Hektar Kahlfläche sind entstanden. Die gesamte Forstfläche in Baden-Württemberg von knapp 1,4 Millionen Hektar ist betroffen und durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Die Landesregierung hat unverzüglich gehandelt und ein 100-Millionen-DM-Soforthilfeprogramm aufgelegt. Im Finanzausschuss wurde dieses Sonderprogramm auf Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion noch für den Haushalt 2000/2001 eingebracht und auch von den anderen Fraktionen begrüßt. Hierfür möchte ich allen Fraktionen meinen Dank aussprechen.

Mit dem Soforthilfeprogramm werden wir insbesondere dem Kleinprivatwald schnell und effektiv helfen können. Wir unterstützen die Kleinprivatwaldbesitzer mit Hilfen bei der Aufarbeitung des Sturmholzes, der Einrichtung und dem Betrieb von Nasslagern, der Flächenräumung und der Instandsetzung der Wege. Mit dem heutigen Tag stehen bereits Nasslagerplätze mit einer Gesamtkapazität von über 2 Millionen Festmetern für die Einlagerung des Sturmholzes zur Verfügung. Wir unterstützen die Privatwaldbesitzer auch bei der Vermarktung des Holzes.

Sie, Herr Buchter, haben mich vor zwei Tagen in der Presse gerügt und öffentlich kritisiert, weil ich mich angeblich nicht um einen Verkaufsvorrang für Privatwaldbesitzer einsetze. Von Ihnen, Herr Buchter, als ausgebildetem Förster hätte ich mir eine qualifiziertere Kritik gewünscht.

(Zurufe von der CDU: Genau! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buchter?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wenn sie nicht genauso unqualifiziert ist wie der Vorwurf in der Presse.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, ich bin bereit, meine Anschuldigung Ihnen gegenüber zumindest für die Zukunft zurückzunehmen, wenn Sie heute hier im Parlament erklären, dass die Verkaufszurückhaltung, die vonseiten des Staatswalds bei Wiebke geübt worden ist,

(Abg. Göschel SPD: Wer ist denn Wiebke?)

jetzt auch für Lothar gelten soll.

(Zuruf: Frage!)

Dann nehme ich alles zurück. Sind Sie dazu bereit? Das ist die Frage.

(Abg. Teßmer SPD: Aha! Jetzt!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Die Verkaufszurückhaltung des Staatsforstes ist sicher Voraussetzung dafür, all das zu bewältigen, was uns jetzt Orkan Lothar beschert hat.

(Abg. Teßmer SPD: Ja oder nein?)

Aber ich sage auch, wir brauchen jetzt im Verkauf einen stabilen Preis. Das ist wohl das Wichtigste.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist jetzt herumgeeiert!)

– Haben Sie etwas dagegen zu sagen, wenn ich sage: „Wir brauchen einen stabilen Preis“?

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Wie erreichen Sie den?)

– Indem Sie nicht so dummes Zeug daherreden.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Teßmer SPD: Also, das werden wir ja sehen: Herr Schäfer ist ruhig, und dann steigt der Preis! – Unruhe)

– Nein. – Wir brauchen auf jeden Fall eine Solidarität untereinander. Wir brauchen Solidarität vom Kleinprivatwaldbesitzer, vom Staatsforst und vom Kommunalwald, damit wir den Preis gemeinsam halten. Darum geht es.

(Abg. Nagel SPD: „Ich komme zum Schluss“!)

Herr Teßmer, Sie haben den Einsatz des Forstschädenausgleichsgesetzes angesprochen. Ich will aber auch hinzufügen, dass die Voraussetzungen hierfür gegeben waren. Es war also jetzt kein Geschenk der Bundesregierung, wie Sie das dargestellt haben, sondern die Voraussetzungen für den Einsatz dieses Forstschädenausgleichsgesetzes waren in unserem Land Baden-Württemberg mehr als doppelt gegeben. Dafür haben wir die Unterstützung und die Solidarität der anderen Länder erhalten. Dies ist aber auch in vielen persönlichen Gesprächen geschehen. Die anderen Länder sind in der Tat bereit, weniger Holz einzuschlagen. Eine steuerliche Erleichterung ist damit auch verbunden.

Ich möchte noch hinzufügen, dass wir im Lande Baden-Württemberg auch die Ausgleichszulage Wald fortführen, dass wir Liquiditätsbeihilfen für kleine Sägewerke zur Verfügung stellen. Auch der Einsatz der Unwetterhilfe für die Landwirtschaft darf nicht unerwähnt bleiben.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein Satz zu den Hilfen der Bundesregierung. Wie hier dargestellt wurde, werden über das Forstschädenausgleichsgesetz große Hilfen der Bundesregierung für das Land gewährt.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, weiter, und? Die werden heute beschlossen!)

Die einzige Hilfe, die uns der Bundeslandwirtschaftsminister bisher zugesagt hat,

(Unruhe – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ruhe!)

ist ein Zinszuschuss von 1 % über die landwirtschaftliche Rentenbank. Meine Damen und Herren, darüber kann man ja nur lachen.

(Abg. Teßmer SPD: Halt, halt, halt! Sie wissen aber, was heute im Bundesrat beschlossen wird!)

Das Land Baden-Württemberg gibt einen – – Sehen Sie, Herr Teßmer: Sie sind wieder desinformiert.

(Abg. Maurer SPD: Männerschicksal!)

Dieser Zinszuschuss wird heute überhaupt nicht beschlossen.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

(Abg. Teßmer SPD: Das andere wird aber heute beschlossen!)

– Dann haben Sie mir jetzt nicht zugehört. Ich bin ja soeben noch einmal darauf eingegangen.

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben gesagt: „die einzige Hilfe“! Es sind aber mehr!)

– Ich habe gesagt: 1 % Zinszuschuss. Das war die Zusage des Bundeslandwirtschaftsministers. Und ich habe gesagt: Das Forstschädenausgleichsgesetz wird in Kraft gesetzt, weil die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, also!)

Da kommt der Bundesrat gar nicht darum herum, Herr Teßmer.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, gut! Also gibt es doch noch mehr Hilfen! – Gegenruf des Abg. Haas CDU – Abg. Teßmer SPD: Herr Haas, seien Sie ruhig! Wir unterhalten uns wenigstens sachlich!)

– Ja, darauf hoffen wir, Herr Teßmer, dass es mehr Hilfen gibt. In der Tat hoffen wir auf mehr Hilfen.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, also!)

Ich hoffe auf ein Bund-Länder-Programm. Ich hoffe, dass wir auch über die Europäische Union unterstützt werden. Dafür bitte ich Sie sich einzusetzen und sich eher mit diesen Dingen zu beschäftigen als mit den Dingen, die der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Sie sind für eine „Wiebke-Steuer“, die dann für „Lothar“ ist! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsplan werden wir auch in Zukunft – davon bin ich fest überzeugt – die Politik der Landesregierung im Bereich der Landwirtschaft und des Naturschutzes fortsetzen. Dies ermöglichen wir durch strukturelle Ansätze und programmatische Schwerpunkte. Es ist eine Politik aus einer Hand, aus einem Guss für den ländlichen Raum, für die Menschen im ländlichen Raum, mit der Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft.

Ich bedanke mich.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Dr. Caroli.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt kommt unser Rasiermesser!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Ministerin Staiblin, haben Sie einen formellen Antrag für ein Bund-Länder-Programm

beim Bundesrat eingereicht oder sich entsprechend formell an die Bundesregierung gewandt

(Abg. Haas CDU: Persönlich sogar!)

und, wenn nein, warum nicht?

(Abg. Hauk CDU: Das ist die Antragssolidarität, die Sie wollen, oder nicht?)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wir haben mehrfach Briefe geschrieben,

(Abg. Teßmer SPD: Briefchen haben Sie geschrieben!)

und Sie haben mit zugehört, Herr Dr. Caroli – das können Sie ja bestätigen –, als der Bundeslandwirtschaftsminister in Lahr war.

(Abg. Teßmer SPD: Aber das ist doch noch kein Antrag!)

Dort habe ich gegenüber der Presse ein Gesamtprogramm eingefordert. Ich habe auch eine Zahl genannt, nämlich 180 Millionen DM.

(Abg. Teßmer SPD: Gegenüber der Presse! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja unglaublich! Die Presse regiert nicht in Berlin! – Gegenruf des Abg. Haas CDU: Der Funke war doch dabei, Frau Haußmann! – Weitere Zurufe)

Würden Sie jetzt bitte aufstehen und mir die Frage stellen?

(Beifall des Abg. Haas CDU – Lachen bei der SPD – Unruhe – Abg. Nagel SPD: Aber gerade stehen beim Fragen!)

– Nein, nein.

Sie haben mir vorhin unterstellt, ich hätte überhaupt noch keinen Antrag gestellt. Mehrere Briefe sind geschrieben und mehrere Gespräche geführt worden. Wir sind derzeit dabei und hoffen darauf – und deswegen habe ich Sie um Unterstützung gebeten –, dass wir ein Bund-Länder-Programm mit Unterstützung der Europäischen Union auf den Weg bringen. Sie wissen, Kommissarin Schreyer war in Baden-Württemberg, Rezzo Schlauch war auch hier. Vielleicht wissen Sie mehr. Vielleicht hat er Ihnen etwas versprochen, was noch nicht in einen Antrag von Ihnen eingegangen ist. Sie können ja auch einmal den Antrag stellen, den Sie von mir erwarten.

(Abg. Teßmer SPD: Wer regiert denn hier?)

Dagegen habe ich überhaupt nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 08 – Ministerium Ländlicher Raum. Abstimm-

(Präsident Straub)

mungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4808 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den jeweiligen Kapiteln aufrufen und dort mit zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0801

Ministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4840-1. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4840-4, auf. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Kapitel 0803 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit zugestimmt.

(Abg. Haas CDU: Einstimmig!)

Ich rufe auf

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0807

Staatliche Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Kapitel 0809

Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde

(Abg. Teßmer SPD: Bis 0820 kann zusammengefasst werden!)

– Nach dem Ergebnis im Finanzausschuss schlage ich vor, bis Kapitel 0826 zusammenzufassen.

(Abg. Teßmer SPD: Ja! – Abg. Dagenbach REP: Nein, wir widersprechen!)

– Bis?

(Abg. Dagenbach REP: Nur bis 0811, mehr nicht!)

Wir stimmen also über Kapitel 0810 ab. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist zugestimmt.

Können wir über die Kapitel 0812 bis 0826 gemeinsam abstimmen?

(Abg. Teßmer SPD: Einverstanden! – Abg. Dagenbach REP: Ja!)

– Dann lasse ich abstimmen über die

Kapitel 0812 bis 0826

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4840-3. Ich lasse

(Präsident Straub)

über diesen Antrag insgesamt abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4840-5, auf. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 0829 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

(Zurufe von der SPD)

Kapitel 0831 und 0832

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die beiden Kapitel sind mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0833

Forstämter

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4840-2. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 0833 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0833 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, vorhin habe ich das Kapitel 0811 – Landesanstalt für Pflanzenschutz – übergangen. Ich rufe auf

Kapitel 0811

Landesanstalt für Pflanzenschutz

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das Kapitel angenommen.

Dann rufe ich auf die

Kapitel 0834 und 0835

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den beiden Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4808, abzustimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist auch dem Abschnitt II zugestimmt.

Wir sind damit am Ende der Zweiten Beratung des Einzelplans 08.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4810

Berichterstatter für Umwelt: Abg. Kuhn

Berichterstatterin für Verkehr: Abg. Marianne Erdrich-Sommer

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich gehe davon aus, dass die Berichterstatter das Wort nicht wünschen. Wir kommen daher zur Allgemeinen Aussprache.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Scheuermann das Wort.

(Anhaltende Unruhe)

Ich darf bitten, die Gespräche hier im Saal einzustellen.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute den dritten Tag der Beratungen des Doppelhaushalts 2000/2001. Wenn ich diese drei Tage Revue passieren lasse

(Abg. Brechtken SPD: Lieber nicht!)

– ganz kurz –, so war der erste Tag auch dadurch geprägt, dass die Oppositionsfraktionen uns von den Regierungsfractionen vorgehalten haben, wir würden zu viel Schulden machen.

(Abg. Brechtken SPD: Richtig! – Abg. Bebbler SPD: Stimmt es nicht?)

Wenn ich mir aber noch einmal die Aussagen der Sprecher der Oppositionsfraktionen zu den Einzelhaushalten vergegenwärtige,

(Zurufe von der SPD)

hieß es immer: „Ihr tut hier zu wenig, ihr tut dort gar nichts.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Prioritäten und Deckungsvorschläge!)

Jedes „zu wenig“ und jedes „gar nichts“ heißt auf Deutsch: mehr Geld. Dies passt einfach nicht zusammen.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist der blanke Unsinn! – Abg. Dr. Caroli SPD: Es kommt doch auf das Konzept und die Prioritätensetzung an!)

Fast wäre man versucht, die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen zu bitten, bei ihren Rednern im Rahmen der dreitägigen Zweiten Beratung des Haushalts für ein klein wenig mehr Konsequenz zu sorgen.

(Scheuermann)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das ist doch blanker Unsinn, was Sie da erzählen! – Abg. Brechtken SPD: War es das jetzt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen so gut wie Sie, dass man an jeden Haushalt eine ganze Menge Wünsche haben kann, aber dass nicht alle erfüllt werden können. Wir von der CDU sind froh, dass ein wichtiges Anliegen von uns bezüglich dieses Haushalts erfüllt worden ist, nämlich mehr Investitionsmittel im Landesstraßenbau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

1999 war die Situation so misslich, dass nicht eine einzige neue Ausbau- oder Neubaumaßnahme begonnen werden konnte. Nun stehen uns im Jahr 2000 50 Millionen DM und im Jahr 2001 85 Millionen DM für neue Maßnahmen zur Verfügung. Lassen Sie mich nur noch dazu sagen, dass ein ganz erheblicher Teil dieser Mittel auch für Radwege ausgegeben wird, sodass wir auch auf diesem Gebiet, wo wir sicher Nachholbedarf haben, einen Teil dieses Nachholbedarfs befriedigen können.

Meine Damen und Herren, das Umwelt- und Verkehrsministerium ist ja auch das Ministerium für Reaktorsicherheit. Das verleitet einen natürlich, ein paar Takte zu den Ausstiegsbemühungen der Regierungsfractionen in Berlin zu sagen. Sie wollen – da zitiere ich Sie hoffentlich richtig – einen Ausstieg aus der Atomenergie ohne Schadenersatz und gleichzeitig eine nicht rückgängig zu machende Entscheidung über den Ausstieg. Meine lieben Damen und Herren von den Oppositionsfractionen hier im Haus, das ist die Quadratur des Kreises.

Kein Geringerer als Ihr Bundestagsabgeordneter Ernst Ulrich von Weizsäcker bekennt sich zwar im „Rheinischen Merkur“ der letzten Woche zum Ausstieg, aber über die Mittel und Wege, wie wir dahin kommen, sagt er nach meinem Dafürhalten doch sehr Beachtliches. Ich darf wenigstens ein paar Passagen zitieren. Er sagt:

Allerdings erhöht der Binnenmarkt den Druck auf die Politik, den Ausstieg behutsam durchzuführen und zu vereinbaren.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr gut, der Mann! – Abg. Dr. Caroli SPD: Da hat er Recht!)

Dann geht es weiter:

Wenn deutscher Atomstrom durch französischen ersetzt wird, entgehen der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Fiskus Milliarden

(Abg. Kluck FDP/DVP: Er hat es begriffen!)

ohne Vorteil für die Umwelt.

Und letztes Zitat:

Man muss den Zeitpunkt

– nämlich des Ausstiegs –

ehrlich abschätzen, von dem an diese Kosten zu Binnenmarktbedingungen zu hoch werden.

Also die Kosten für die Kernenergie. Was heißt denn das, dass die Kosten zu hoch werden? Das kann doch nur heißen, dass andere Energie, die in genügendem Ausmaß zur Verfügung steht, billiger ist. Dies ist in der Tat ein Weg, über den man auch mit uns reden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Umweltministerium wird auch gern als das Ministerium für den technischen Umweltschutz bezeichnet. Jetzt will ich ganz einfach einmal ein paar Banalitäten darstellen, weil Sie uns ja immer unterstellen, unsere Umweltpolitik sei nicht erfolgreich.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist richtig! Genau so sehen wir es!)

Also ich spreche vom technischen Umweltschutz.

Luftreinhaltung: Nennen Sie mir irgendeine Gegend oder irgendein Land, mit dem wir in der Luftreinhaltung nicht konkurrieren können.

Bodenschutz: Baden-Württemberg war das erste Land, das – unter Umweltminister Vetter – ein Bodenschutzgesetz erlassen hat.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das waren noch goldene Zeiten!)

Wenn Sie jetzt das Bodenschutzgesetz des Bundes angucken, sehen Sie, dass dort wesentliche Teile von uns abgeschrieben sind.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Abwasserreinigung: Nennen Sie mir ein Gebiet auf der Welt, in dem bei der Abwasserreinigung größere Erfolge erzielt werden als bei uns.

Abfallbeseitigung: In vielen Kreisen unseres Landes erfüllt die Abfallbeseitigung alle Anforderungen, auch alle Anforderungen, die vom Umweltschutz an die Abfallbeseitigung gestellt werden.

Frischwasserdargebot: Auch da können wir jede Konkurrenz bestehen.

Ich sage das, um einmal darzustellen, dass wir auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes mit niemandem einen Vergleich zu scheuen brauchen. Deswegen ist der technische Umweltschutz bei uns sehr erfolgreich. Ich halte es für mehr als angemessen, ab und zu auch solche Selbstverständlichkeiten zu betonen, weil über Selbstverständlichkeiten überhaupt nicht mehr geredet wird,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Ihr redet dauernd von Selbstverständlichkeiten!)

ganz zu schweigen davon, dass man nicht überlegt, wem solche Selbstverständlichkeiten anzurechnen sind.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Der ganze Haushalt besteht aus Selbstverständlichkeiten! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Von der Regierung erwarten wir mehr als Selbstverständlichkeiten!)

– Ich komme ja jetzt noch darauf.

(Scheuermann)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes natürlich auch Streitfragen. Beim Etat des Wirtschaftsministeriums haben wir über die Bezuschussung von regenerativen Energien gesprochen. Wenn Sie mir erlauben, zitiere ich noch einen Satz von Ernst Ulrich von Weizsäcker aus dem besagten Artikel:

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der Mann ist so gut, der muss zitiert werden!)

Die Betreiber, denen das Zugeständnis einer so genehmigten Laufzeit Milliarden wert sein kann, müssten über die normale Besteuerung hinaus einen finanziellen Beitrag für den Umstieg in die kernkraftfreie Zeit leisten. Ein Teil des Gewinns muss in die Erhöhung der Energieeffizienz und in Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien fließen.

Nun hat unser Minister den interessanten Vorschlag eines Quotenmodells gemacht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Oje!)

Ich bitte Sie, das Stromeinspeisungsgesetz und das Quotenmodell einmal miteinander zu vergleichen. Wenn wir europaweit dazu kämen, den Energieerzeugern aufzuerlegen – ich nenne jetzt einfach einmal eine Zahl –, 10 % in Form regenerativer Energien darzubieten, dann hätten wir mit einem Schlag einen Erfolg, den wir mit dem Stromeinspeisungsgesetz bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag nicht mehr bekämen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden Sie beim Wort nehmen!)

– Gut. – Deswegen unterstützen wir unseren Minister in der Verfolgung dieses Vorschlags eines Quotenmodells.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Scheuermann CDU: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Scheuermann, ist Ihnen bekannt, dass Länder mit Einspeiseregulation im europaweiten Vergleich deutlich besser dastehen als Länder, in denen eine Mengenregelung wie zum Beispiel das Quotenmodell eingeführt ist?

Ist Ihnen – zweitens – bekannt, dass das von Ihnen hoch gelobte Quotenmodell von der neuen Bundesregierung durchaus aufgegriffen wird, nämlich im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung?

Sind Sie – drittens – der Meinung, dass man ein erfolgreiches Instrument wie das Stromeinspeisungsgesetz, das in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass die erneuerbaren Energien in Deutschland bundesweit boomen, insbesondere die Windkraft, und das massenhaft Arbeitsplätze schafft, zu den Akten legen soll, nur weil Ihr Minister zufällig ein anderes Modell favorisiert?

(Abg. Drexler SPD: Gute Frage!)

Abg. Scheuermann CDU: Sie haben jetzt eine dreiteilige Frage gestellt. Da muss man sich fast einen Stift nehmen und sie aufschreiben. Ich will dazu nur sagen: Ich bestreite den Erfolg des Stromeinspeisungsgesetzes überhaupt nicht. Aber ich habe mich dafür ausgesprochen, dass das Quotenmodell ein besseres Modell ist. Ich möchte ein gutes Modell durch das bessere ersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein anderes Thema, das in der Diskussion ist und über das ich ein paar Sätze verlieren möchte, ist das Problem des bodennahen Ozons. Zugegebenermaßen, Herr Glück: Das Gesetz aus der Regierungszeit der CDU-FDP/DVP-Koalition zur Beherrschung des bodennahen Ozons war nicht das Gelbe vom Ei.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Das kann überhaupt niemand bestreiten. – Ich habe „Gelb“ jetzt nicht als FDP-Farbe gemeint. – Das ist ausgelaufen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die FDP ist ausgelaufen!)

Jetzt ist die Frage, was wir nun gegen das bodennahe Ozon tun. Es war wiederum unser Minister, der ein Zwölf-Punkte-Programm vorgelegt hat, um die Vorgängersubstanzen des bodennahen Ozons zu vermindern. Wir finden, das ist allemal ein besserer Weg, als zu meinen, durch kurzfristige Verbote könne ein Erfolg erzielt werden. Die Erfahrung aus allem, was wir in den vergangenen Jahren gegen das bodennahe Ozon gemacht haben, lehrt uns doch, dass wir ein schwieriges Problem nur mit Papiertigern angegangen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die immer wieder gestellte Forderung, eine eigene Lotterie für den Umwelt- und Naturschutz durchzuführen, haben wir wenigstens in Ansätzen umgesetzt,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: In Ansätzen!)

nämlich mit einem neuen Destinatär bei der Glücksspirale: Naturschutz und Umweltschutz.

Nun weiß ich, dass es in diesem Haus genug Vertreter gibt, die sagen, wir bräuchten eine eigene Lotterie für den Natur- und Umweltschutz. Entsprechende Anträge befinden sich derzeit in der Rechtsüberprüfung. Ich würde sagen: Jetzt warten wir erst einmal ab, wie diese Rechtsverfahren endgültig ausgehen. Dann können wir uns über diese Frage auch hier noch einmal unterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss meinem Kollegen Gerd Scheffold Redezeit lassen. Deswegen nur noch etwas zu – –

(Zurufe, u. a. Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Weiterreden!)

– Kollegialität muss sein.

Nur noch etwas zu Ihren Anträgen. Meine Damen und Herren, Sie haben sich zwar bemüht, für Ihre Anträge, von denen der eine oder der andere durchaus positiv zu beurteilen wäre, wenn man Geld hätte – –

(Scheuermann)

(Abg. Drexler SPD: Wir haben doch Deckungsvorschläge!)

– Ja, Sie setzen einfach wieder die Schuldendiensthilfe beim Flughafen auf null, Herr Drexler.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Drexler – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind für Subventionen im Flugverkehr!)

– Herr Drexler, hören Sie mir wenigstens einen Satz lang zu.

(Abg. Drexler SPD: Ich höre Ihnen die ganze Zeit zu!)

– Nein, Sie schwätzen immer dazwischen.

Solche Anträge kann man aus der Opposition heraus stellen, solche Anträge kann man aber als Regierungsfraktion nicht annehmen,

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben doch vor zwei Jahren das Gleiche gemacht!)

weil wir eine vertragliche Verpflichtung für diese Schuldendiensthilfe haben und weil wir deswegen für Ihre Anträge, von denen der eine oder andere durchaus positiv ist, kein Geld haben. Deswegen können wir diese Anträge nicht annehmen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ausrede! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stolz?

Abg. Scheuermann CDU: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Scheuermann, wenn Sie sagen, Sie könnten aus den Verträgen mit der Flughafengesellschaft nicht aussteigen, können Sie mir dann erklären, warum Sie noch vor drei, vier Jahren eine Schuldendiensthilfe in Höhe von 99 Millionen DM bezahlt und diese jetzt auf 50 Millionen DM reduziert haben? Das ist doch eine Änderung des Vertrages. Was ist der Unterschied zwischen einer Vertragsänderung und einem Ausstieg?

Abg. Scheuermann CDU: Ich will Ihnen Ihre Frage so beantworten: Erstens sind die Zinsen deutlich gesunken, zweitens haben wir die Laufzeit verlängert. Aber wir können nicht sagen: Wir zahlen gar nichts, und die Laufzeit ist uns völlig egal.

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ganz einfacher Grundsatz: Noch immer gilt in der Umweltpolitik, dass wir uns in dieser Generation eigentlich so verhalten müssten, dass unsere Kinder und Enkel die gleichen Lebensbedingungen vorfinden, wie wir sie wie selbstverständlich in Anspruch nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf: Weiß das noch jemand bei Ihnen?)

Ich meine, dass wir auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes, und nur für den habe ich hier zu reden, auf einem guten Weg sind, um dieses Ziel in Angriff zu nehmen und ihm ein großes Stück näher zu kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst, wie das in den letzten Tagen üblich gewesen ist, mit einem Zitat beginnen:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Goethe?)

Die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft wurde zum Leitbild der Umweltpolitik der letzten Jahre und zu einem zentralen Ziel der Landesregierung. Trotz der haushaltspolitischen Restriktionen muss es gelingen, die notwendigen Schritte auf dem Weg in eine ökologisch, sozial und ökonomisch ausgewogene Gesellschaft zu tun.

Wir streben ein nachhaltiges Wirtschaften an, um die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen zu erhalten.

(Abg. Brechtken SPD: Das klingt nach Teufel! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Teufel oder Trittin! – Abg. Brechtken SPD: Teufel oder Goethe!)

Schöne Sätze. Sie sind nicht von mir, und sie sind auch nicht von Goethe. Sie entstammen dem Bericht zum Haushalt, und sie entstammen der Koalitionsvereinbarung.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Sehr kluge Sätze!)

Meine Damen und Herren, werden Sie von der CDU und von der FDP/DVP diesem Anspruch gerecht? Setzen Sie in Ihrer Regierungsarbeit diese Vorsätze in praktisches Handeln um? Die Antwort lautet schlicht: nein.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Nicht umsonst – es hat heute schon ein Kollege darauf hingewiesen – erhielt der Ministerpräsident den Umweltdinosaurier des Jahres 1999, einen Preis, den er im Übrigen verdient hat.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Mit vollem Recht!)

Ich werde Ihnen anhand von ausgewählten Bereichen der Umweltpolitik nachweisen, dass das, was Sie in diesem Haushalt offerieren, in der Umweltpolitik reichlich dünn geraten ist.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Erstes Beispiel: der Umweltplan von Baden-Württemberg.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Oje!)

(Dr. Caroli)

Das Kabinett hat am 21. April 1997 beschlossen, dass ein Umweltplan zur Grundlage der nachhaltigen Entwicklung in diesem Land gemacht werden solle.

(Zurufe der Abg. Maurer SPD und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Haben Sie den schon einmal gesehen? Haben Sie den irgendwo schon einmal gesehen? 1997 wurde dies beschlossen,

(Heiterkeit des Abg. Maurer SPD)

und es wurde damals gesagt, mit diesem Plan solle „ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Leitbilds einer dauerhaft nachhaltigen Entwicklung“ getan werden.

(Heiterkeit des Abg. Maurer SPD)

Auftrag von Rio 1992! Ich füge hinzu: Eine „umfassende öffentliche Erörterung“ ist noch vorgesehen.

Schauen wir jetzt einmal auf die Zeit in dieser Legislaturperiode.

(Abg. Brechtken SPD: Da schaffen wir das nicht mehr!)

Soviel ich weiß, sind am 25. März 2001 Landtagswahlen. Können Sie mir mal sagen, wann Sie diesen Plan vorlegen wollen und wann diese Erörterung stattfinden soll?

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wir denken in längeren Zeiträumen!)

Ein reiner Papiertiger ist bisher geschaffen worden. Hier haben Sie etwas angemeldet, angekündigt und nicht gehalten.

(Abg. Maurer SPD: Er hat einen Plan! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Zweites Thema: Klimaschutz. In Kioto haben sich die Industrieländer verpflichtet, den Ausstoß von sechs Treibhausgasen zwischen 2008 und 2012 um insgesamt 5,2 % gegenüber 1990 zu senken. Die Verpflichtung für die EU beträgt 8 %; für Deutschland sind 21 % des EU-Anteils vorgesehen.

Herr Scheuermann,

(Abg. Scheuermann CDU: Ja!)

Sie haben vom Atomausstieg gesprochen. Ich möchte Ihnen eines sagen: Ich kann mich nur an ein einziges Mal erinnern, als Sie für den Atomausstieg plädiert haben, und das war unmittelbar nach Tschernobyl.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Danach: Fehlanzeige. Was die Alternativen zum Atomstrom anbelangt, sind nur dünne Ergebnisse in Ihrem Haushaltsplan enthalten. Über Sensibilisierung hinaus geschieht so gut wie nichts.

Jetzt komme ich einmal auf das von Ihnen vorhin so gerühmte Quotenhandelsmodell. Das Quotenmodell eignet sich allenfalls für die Kraft-Wärme-Kopplung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da ist es aber gut!)

In anderen Bereichen ist es sogar schädlich,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Genau! Sehr gut!)

weil Sie nämlich kleine Betreiber kaputtmachen. Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie auf diesem Gebiet wirklich mal etwas loben wollen, dann die Bundesregierung für das neue Stromeinspeisungsgesetz, das in Kürze verabschiedet werden soll.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was haben Sie getan? Sie haben ein wichtiges Programm des Landes Baden-Württemberg, nämlich das Breitenprogramm zur Förderung regenerativer Energien, platt gemacht, vollständig platt gemacht

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dampfwalze!)

und haben ein unzureichend ausgestattetes Darlehensmodell an dessen Stelle gesetzt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Und was haben Sie in den letzten Tagen, als wir über die Energiepolitik gesprochen haben, gemacht, als wir das Doppelte für eine systematische energetische Sanierung des Altgebäudebestandes gefordert haben? Als wir dies gefordert haben, haben Sie dagegen gestimmt.

Positives möchte ich auch einmal vermelden. Den Energiesparcheck, der seit September 1999 läuft, und auch die Arbeit der Klimaschutz- und Energieagentur bewerten wir positiv.

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt ansprechen: die lokale Agenda 21. Meine Damen und Herren, in 161 Gemeinden wird das praktiziert. Das ist eine tolle Sache, und wir haben auch ein Agenda-Büro in Karlsruhe, das gut arbeitet. Wenn Sie aber einmal in den Haushalt schauen, wie viele Mittel wir zur Verfügung stellen, kommen wir auf ungefähr 650 000 DM.

Ich sage Ihnen mal, wie das in anderen Bundesländern aussieht.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Oh weh!)

Bayern zahlt seit 1997 insgesamt rund 2 Millionen DM Haushaltsmittel für den Agenda-21-Prozess auf kommunaler Ebene. Dabei wird eine 45-%-Förderung insbesondere für kleine Gemeinden gewährt. 135 Gemeinden sind zurzeit in der Förderung, über 100 Förderverfahren sind bereits abgewickelt. Es werden zunehmend Pilotprojekte gefördert, zum Beispiel die Einbindung der örtlichen Wirtschaft in den Prozess. Für das Jahr 2000 sind dort 550 000 DM für Projektförderung und 850 000 DM für kommunale Agenda-Prozesse eingestellt. Wenn man alles noch hinzunimmt, was es an Förderung gibt, sind das insgesamt 2 Millionen DM.

(Dr. Caroli)

Jetzt sage ich Ihnen noch, was in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt wird. 1998 betrug der Ansatz dort 4,975 Millionen DM, und für das Jahr 2000 sind es 6 Millionen DM.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Warum unterstützen wir nicht den Prozess, der jetzt in vielen Gemeinden anläuft – wir haben 1 111 Gemeinden in Baden-Württemberg –, mit mehr Geld, als dies bislang geschehen ist?

Zum Thema Abfall: Auch hier zeigen Sie wenig Professionalität. Das wird an der zurzeit stattfindenden Privatisierung der Sonderabfallentsorgung deutlich. Trotz Bauchschmerzen der CDU und trotz unwägbarer finanzieller Risiken bei gleichzeitig unsicherem ökonomischem Nutzen wird ein Weg beschritten, von dem vor allem ein privater Erzeuger profitiert und durch den die öffentliche Kontrolle und Steuerung dieses sensiblen Bereiches leiden wird. Auch wir haben grundsätzlich nichts gegen eine Privatisierung dieses Aufgabenfeldes, wollen aber nicht eine Privatisierung um jeden Preis oder nur, weil sie in einem Koalitionsvertrag steht.

Zur Landschaftspflege und zum Bodenschutz: Meine Damen und Herren, 13 % der Landesfläche Baden-Württembergs sind heute als Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt. Täglich kommen elf Hektar hinzu. Aber Boden und Fläche sind nicht vermehrbar, wir brauchen ein vernünftiges Flächenmanagement. Das sollte nicht nur diskutiert werden, wie Sie das, Herr Minister, auf Kongressen tun, sondern es muss endlich einmal etwas in die Gänge kommen. Wo bleibt der Landesentwicklungsplan? Wo bleibt eine verbindlichere Landschaftsplanung? Wo bleibt die Kontrolle und Sicherung von Ausgleichsmaßnahmen?

Nächstes Stichwort: Hochwasserschutz. Es geht nicht nur um die Erhaltung natürlicher Ressourcen und die Zukunft unserer Kinder und Enkel; der Hochwasserschutz am Rhein, an der Donau und am Neckar schützt schon heute viele Menschenleben und Wirtschaftsgüter in Milliardenhöhe. Wir haben deshalb auch kein Verständnis dafür, wenn sich ein vergleichsweise reiches Land wie Baden-Württemberg ausgerechnet hier fahrlässig verhält. Das integrierte Rheinprogramm von 1988 ist viele Jahre im Verzug. Wir haben deshalb einen Änderungsantrag gestellt. Von 13 Rückhalteräumen ist nur einer einsatzbereit, und die vertraglich vereinbarte Fertigstellung für das dritte Projekt verzögerte sich bis 1992. Dabei wissen wir genau, dass bei Katastrophenhochwasser Schäden bis zu einer Höhe von 12 Milliarden DM zu erwarten sind.

Meine Damen und Herren, zum Grundwasserschutz habe ich vorhin schon gesprochen. Es ist bedauerlich, dass sich das Umweltministerium mit dem Landwirtschaftsministerium auf eine Lösung geeinigt hat, die zulasten des Trinkwassers und des Grundwassers geht. Wir können das nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Scheuermann, Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze. Sie sind auch der Einzige in der CDU, der Umweltverstand besitzt.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Aber, Herr Scheuermann, was Sie da immer erzählen, ist ein Märchen. Es ist nicht so, dass der Fraktionsvorsitzende Kuhn das Sparen predigt und wir das Geld ausgeben. Schauen Sie sich doch einmal unsere Haushaltsanträge an. Dann wissen Sie, insgesamt sparen wir gegenüber den Vorschlägen der Regierung 127 Millionen DM ein. Also hören Sie mit diesem Märchen auf! Es wird nicht glaubwürdiger, wenn Sie es noch tausendmal sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das ist der letzte Doppelhaushalt vor der Landtagswahl. Erlauben Sie mir deshalb, eine kleine Bilanz nach vier Jahren Umweltpolitik von CDU und FDP/DVP zu ziehen. Schauen wir einmal auf die Akteure in dieser Regierung.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ein Vakuum!)

Da ist Herr Döring, wenn er mal da ist.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der läuft durchs Land und sagt, wir brauchen 40 Millionen DM für regenerative Energiequellen. Das verkündet Herr Döring im Land, aber im Haushalt finden wir dazu nichts. Das ist die Realität.

Zu Frau Staiblin haben wir heute Morgen schon einiges gehört: das Trauerspiel um die FFH-Richtlinie, BNL. Wir können das gerade so fortführen. Von einer Ministerin, die den Naturschutz als die größte Gefahr für die Landwirtschaft ansieht, können wir nicht erwarten, dass es in diesem Land beim Naturschutz wirkliche Fortschritte gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum Minister selber. Kann sich irgendjemand aus diesem Hause erinnern, dass mit seinem Namen Impulse für die Umweltpolitik verbunden sind? Gibt es irgendwelche Aktivitäten, die man mit dem Namen Müller verbindet?

(Abg. Scheuermann CDU: Ich habe Ihnen welche genannt!)

Mir sind keine bekannt. Selbst bei grünen Themen wie dem großflächigen Naturschutz, wo er sich mal zur Unterstützung seiner Kollegin einsetzen könnte, hören wir von ihm nur das berühmte Schweigen.

(Abg. Döpfer CDU: Wie soll man das Schweigen hören?)

Schlagzeilen hat er vor kurzem gemacht, Herr Scheuermann, aber nur deswegen, weil die Grünen einen Brief an die Presse gegeben haben, den der Minister an seinen Spezi Stihl geschrieben hat, um ein grünes Gutachten zu loben. Das waren die einzigen Schlagzeilen im Bereich Umweltschutz, die dieser Minister in den letzten Monaten gemacht hat.

(Walter)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Beber SPD: Warum habt ihr ihn in die Schlagzeilen gebracht? – Abg. Maurer SPD: Warum habt ihr das gemacht?)

Sie wissen alle, dass ich mich mit seinem Vorgänger, Herrn Schäfer, oft gestritten habe. Das ist richtig.

(Abg. Scheuermann CDU: Das war nicht sein Vorgänger!)

– Vorgänger. Der Umweltminister wechselt bei euch ja öfters. – Mit seinem Vorgänger habe ich mich oft gestritten, aber wir hatten eines gemeinsam, nämlich den Grundkonsens, dass der Umweltschutz, dass die Ökologie die Überlebensfrage unserer Gesellschaft ist. Wir haben uns deswegen nur über den Weg gestritten, wie wir zu einem nachhaltigen Baden-Württemberg kommen. Jetzt, Herr Scheuermann, können wir mit dem Minister nicht einmal mehr über den Weg streiten, weil er gar keine Vision hat, wie wir dahin kommen sollen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht einmal aus den großen Ankündigungen wie Umweltplan – Herr Kollege Caroli hat es erwähnt – oder diesem Rohrkrepierer Umweltdialog ist bisher irgendetwas geworden.

Das Fazit lautet: Seit Gerhard Weiser hatten wir keinen Umweltminister, der seinem eigenen Thema so wenig Stellenwert gegeben hat wie dieser Minister, der nun Müller heißt – für die, die es noch nicht wissen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will einmal ein paar Beispiele anführen. Dieser Orkan Lothar war ja kein Zufall. Seit Jahren häufen sich die Anzeichen, dass es Veränderungen beim Klima gibt. Bei den UNO-Konferenzen geht es doch gar nicht mehr um die Frage, ob die Klimakatastrophe kommt, sondern nur noch um die Frage, wie und wann sie kommt. Und wie reagiert die Landesregierung darauf? Für Holzhackschnitzelheizanlagen gibt es keine Förderung mehr, für regenerative Energien gibt es keine Förderung mehr, der Klimaschutz in den Gemeinden wird bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen. Ich anerkenne, dass es jetzt diesen Energiesparcheck für Eigenheime gibt und jetzt etwas bei der Sanierung von Altbauten getan wird.

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber das größte Potenzial!)

Das alles wird aber, Herr Kollege Hauk, durch das konterkariert, was ich vorhin gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Deshalb ist es kein Zufall, sondern praktisch gewollte Politik, dass die CO₂-Emissionen im Land Baden-Württemberg weiterhin steigen und Sie nichts wirklich Konkretes dagegen tun. Das muss man Ihnen vorwerfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! Das größte Einsparpotenzial ist im Altbau!)

– Da haben Sie zum Teil Recht, aber da muss man wesentlich mehr tun als Sie.

Kommen wir zum Thema Altlasten. Zwar haben wir einen kommunalen Altlastenfonds, aber für die Beantwortung der Frage, wie bei industriellen Altlasten, deren Verursacher nicht mehr greifbar sind, künftig im Hinblick auf die Haftung vorgegangen und wie die Beseitigung der Altlasten bezahlt werden soll, haben Sie kein Konzept.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt gibt es zwar ein bisschen Geld im Haushalt – Sie haben das Problem erkannt –, aber jetzt zahlen Sie 102 Millionen DM aus der Sonderabfallabgabe zurück, die Sie doch für diese Problemfälle nutzen könnten. Und dann wundern Sie sich, wenn Sie kein Geld im Haushalt haben.

(Zurufe der Abg. Dr. Glück und Beate Fauser FDP/DVP)

Erinnern wir uns doch einmal daran, was der frühere Minister Vetter gesagt hat. Er hat damals in den Achtzigerjahren gesagt: Um dieses Problem zu lösen, brauchen wir entweder eine Abgabe oder einen Fonds, in den auch die Industrie einbezahlt. Dann hat es eine Abgabe gegeben. Die wurde jetzt einkassiert; die gibt es nicht mehr. Dann müssen wir aber darüber nachdenken, ob wir nicht endlich die Alternative auf die Beine stellen. Dazu, Herr Minister, haben wir von Ihnen nichts gehört. Das liegt daran, dass Sie nicht in den Clinch mit der Industrie gehen, sondern Ihr Ministerium als Außenstelle der IHK definieren. Ich möchte nur an den Umweltdialog erinnern.

(Heiterkeit des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Es war doch letztendlich so, dass zum Thema Altlasten eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden sollte.

(Abg. Hauk CDU: Das ist schon lächerlich!)

– Herr Hauk, Sie waren gar nicht dabei. Deshalb wissen Sie nicht, was da Sache war.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da hat er gerade Abitur gemacht!)

Das Thema Altlasten sollte ein Thema für eine Arbeitsgruppe werden, aber das Ergebnis war: Die Industrie ist nicht gesprächsbereit, also lassen wir das Thema unter den Tisch fallen. So kann man keine Umweltpolitik betreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich noch zu dem Zitat mit der Nachhaltigkeit in Ihrem Bericht, Herr Minister, zum Haushaltsplan. Das hat Herr Kollege Caroli vorgetragen. Ich kann es Ihnen ersparen; Sie wissen ja selber, was drinsteht.

Ich sage nur eines: Wenn ein Regierungschef zwar die Nachhaltigkeit zum Leitbild hat, hier aber 70 Minuten spricht und weder Nachhaltigkeit noch Umweltschutz, noch Ökologie auch nur in den Mund nimmt, wie will dann eine Landesregierung ernsthaft behaupten, Nachhaltigkeit sei ihr großes Prinzip? Das glaubt Ihnen kein Mensch, Herr

(Walter)

Minister. Da muss wirklich etwas anderes passieren als das, was Sie tun.

(Zuruf von der SPD: „Müller“ hat er auch nicht verwendet!)

Kommen wir zu einem aktuellen Beispiel. Sie wollen jetzt den Strom für die landeseigenen Gebäude einkaufen. Zu dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ fällt Ihnen nur ein: Möglichst billig muss er sein; wir kaufen den billigsten Strom.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Billig kann auch nachhaltig sein!)

Danach, ob dieser Strom die Standards erfüllt, die wir von Kraftwerken erwarten, fragt kein Mensch. Kein Mensch fragt auch danach: Werden dabei regenerative Energiequellen angezapft oder nicht?

Das sind die Beispiele, Herr Müller, wo man sieht, dass Nachhaltigkeit bei dieser Landesregierung kein Thema ist und keine Rolle spielt, und das muss sich ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letztes Beispiel ist Ihr Dauerbekenntnis zur Alt- und Risikotechnologie Atomkraft. Ich zitiere aus dem Entwurf des Umweltplans, der uns ja vorliegt, der aber seit Jahren irgendwie nicht weiter bearbeitet wird.

(Abg. Scheuermann CDU: Da sind Sie besser dran als wir; uns liegt er nicht vor!)

Dort heißt es:

Derartige Risiken,

– Herr Scheuermann, das ist etwas, wo auch Sie zuhören müssen –

die den folgenden Generationen aufgebürdet werden, sind im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung so weit wie möglich zu vermeiden.

Dann schreibt das Umweltbundesamt – der Vorsitzende ist ein CDU-Mann, Herr Scheuermann –:

Zur Erreichung des Klimaschutzziels ist die Kernenergie auf Dauer nicht notwendig.

Weiter heißt es:

Ein Ausbau der Kernenergie dürfte hingegen gerade die angebotsorientierten Strukturen unserer Energiewirtschaft stabilisieren, die ein Haupthemmnis für die zur Erreichung des Klimaschutzziels unabdingbare Effizienzverbesserung darstellen.

Das sagen die Fachleute. Ich wette: Falls der Umweltplan jemals wieder auftaucht, werden die Ideologen im Ministerium die Aussagen der Fachleute wieder herausgestrichen haben.

Statt endlich umzudenken, haben Sie eine völlig unsinnige Reaktorsicherheitskommission eingerichtet. Wir leben ja in einer Zeit, in der man die CDU öfter an das erinnern muss, was Recht und Gesetz ist.

(Abg. Scheuermann CDU: Die haben aber Sie veranlasst! – Abg. Hauk CDU: Das war auch höchste Zeit!)

Das Gesetz, Herr Scheuermann, sagt Folgendes:

(Abg. Hauk CDU: Nach der ideologischen Besetzung in Berlin! – Abg. Scheuermann CDU: Sie haben die Bundeskommission zerschlagen!)

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Umweltministerium in Berlin. Das Bundesumweltministerium ernennt die Reaktorsicherheitskommission, und diese wiederum berät. Wenn man eine eigene Kommission hat, ist das für die Katz. Das ist ein reiner Schaufenstergag, wie die „Badische Zeitung“ geschrieben hat, weil diese Kommission überhaupt keine Befugnisse hat.

(Abg. Hauk CDU: Die Beratungsfunktion!)

Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist: Sie verschwenden eine Million Steuergelder für eine Kommission, die keine Kompetenzen hat.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wenn wir so etwas machen würden, wären Sie die Ersten, die von Sozialismus reden würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Hauk und Scheuermann CDU)

Herr Minister, Sie haben nicht die Chance erkannt, dieses Land durch Ökologie ökonomisch weiterzubringen. Vor kurzem hätte der Ökonom Josef Schumpeter seinen 100. Geburtstag gefeiert.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Er war ein Sozialist!)

Schauen Sie einmal, was er immer als kreative Zerstörung bezeichnet hat. Genau dieses Denken fehlt Ihnen: weg von Alt- und Risikotechnologien hin zu modernen Technologien, die uns auch ökonomisch voranbringen. Diese Chancen nicht zu erkennen ist eines der Hauptprobleme dieser Regierung.

Was Ihren Umweltplan anbelangt, den Sie jetzt kurz vor der Landtagswahl bringen wollen, kann ich nur sagen: Wir freuen uns darauf. Denn es ist prima, wenn die Landesregierung wieder Umweltthemen einbringt. Wir freuen uns darauf aber auch deswegen, weil wir dann die Realität in Baden-Württemberg einmal mit all den Sonntagswünschen vergleichen können, die da wahrscheinlich aufgelistet sind. Das wird für uns eine Freude, für Sie aber eher grausam werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Umweltetat sind etwa 1,4 Milliarden DM eingesetzt. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass sich die Umweltpolitik in dieser Legislaturperiode durch eine konstante Fortentwicklung und eine konsequente Umsetzung auszeichnet.

(Dr. Glück)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das lässt sich unter anderem durch die Tatsache belegen, dass die Zahl der Anträge der Opposition weitgehend auf null zurückgegangen ist, was darauf hindeutet, dass wir die Sache richtig machen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Völlig falsch interpretiert!)

So interpretiere ich das.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ein wichtiger Part ist der Klimaschutz, und eng verbunden damit ist die Energiegewinnung. Es ist richtig und richtungweisend, dass das Kabinett beschlossen hat, dass bis zum Jahr 2010 der Anteil an regenerativer Energie verdoppelt wird. Richtig ist aber auch das von der Bundesregierung beschlossene 100 000-Dächer-Programm.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Und das Einspeisungsgesetz, das im Februar kommt! – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

– Ich denke, da sind einige positive Dinge dabei. Ob alles genau so richtig ist, das sei einmal dahingestellt.

(Abg. Bebbler SPD: Das wissen Sie nicht!)

Aber einige positive Ansätze sehe ich hier durchaus. Das möchte ich sagen.

Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, meine Damen und Herren: Der Anteil der regenerativen Energien im Energiemix ist im Augenblick noch sehr gering, also fast homöopathisch zu nennen.

(Abg. Bebbler SPD: Das steht in jeder Tageszeitung! Was soll denn das?)

Wenn wir jetzt über den Atomausstieg diskutieren, dann ist es völlig falsch, darüber zu diskutieren, ob die Atomkraftwerke in 20, 30, 35 oder 40 Volllastjahren abgeschaltet werden müssen,

(Abg. Brinkmann SPD: Nein! Schneller!)

sondern man muss darüber diskutieren, wie diese Kraftwerke kompensiert werden können, und zwar kompensiert im Sinne der Energiegewinnung und vor allem im Sinne der CO₂-Reduktion. Jetzt nur abzuschalten und dann zu sehen, was kommt, ist ganz sicher falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Scheuermann CDU)

Und bei uns abzuschalten und den Atomstrom in Frankreich einzukaufen, das ist eine Mogelpackung hoch drei.

(Abg. Brinkmann SPD: Und wer will das? Wer will das denn? Das will doch niemand! – Abg. Bebbler SPD: Und wer macht das?)

Ein Schritt in die richtige Richtung zum Klimaschutz und zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes ist sicherlich die Altbau- sanierung.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist liberale Glaubwürdigkeit! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, ich weiß es wohl. Sie sollten irgendwann einmal aus dem Klischee herauskommen. Kommen Sie doch heraus aus dem Klischee!

In der Altbau- sanierung haben wir höchste Effektivität in der Reduktion von Kohlendioxid. Jede Mark, die dort hineingesteckt wird, zahlt sich in diesem Sinne aus, und zwar auch noch unabhängig von den wirtschaftlichen Erfolgen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Warum haben Sie dann unserem Antrag nicht zugestimmt? Wir haben das gefordert, und Sie haben es abgelehnt! – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD – Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Warum geben Sie nicht mehr Geld dafür?)

– Diese Frage ist in den letzten drei Tagen immer wieder gestellt worden. Sparen, sparen, sparen, und hier wollen wir mehr, und da wollen wir mehr, und da wollen wir auch mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Prioritäten setzen! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: 127 Millionen!)

Herr Witzel, es ist doch gar keine Frage: Natürlich hätten wir da auch noch mehr Mittel drin. Aber mehr war bei diesem Haushalt jetzt einfach nicht zu machen,

(Abg. Bebbler SPD: Mehr wollten Sie nicht!)

wenn er gleichzeitig noch seine Wertigkeit als Sparhaus- halt haben soll.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Die Zahnärzte sparen!)

Herr Minister, ich hätte eine Frage an Sie. Der Energie- check wird ja bei Ihnen durchgeführt. Dafür hat man nun Gutachter, die aus verschiedenen Sparten der Bauwirt- schaft kommen. Da würde mich interessieren: Sehen sie das jedes Mal durch ihre selektive, fachbezogene Brille, oder empfiehlt durchaus auch der Gipser einmal, dass neue Fenster eingebaut werden, oder sagt auch der Schornstein- feger einmal, das Haus brauche einen Außenputz? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie vielleicht den einen oder anderen Satz darüber verlieren würden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Geben Sie ihm Ihre Telefonnummer!)

In Diskussionen hört man nämlich immer wieder, dass da sehr selektiv hingeschaut werde.

(Abg. Brinkmann SPD: Haben Sie Kommunika- tionsprobleme in dieser Regierung?)

(Dr. Glück)

– Wissen Sie: Ich spiele nicht jeden Tag mit dem Minister Skat. Wenn das hier diskutiert wird, dann kann ich ihn fragen. Wenn ich ihn draußen zufällig gesehen hätte, hätte ich das auch dort gemacht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es ist besser, du spielst mit mir!)

Aber wenn niemand an dieser Stelle mehr Schau macht, als ich das tue, dann können wir sehr zufrieden sein. Dann ist die Qualität dieses Parlaments sicherlich angehoben.

(Abg. Bebber SPD: Ist das Kritik an Ihren Kollegen? – Abg. Dr. Caroli SPD: Wenn er mit mir spielt, ist es anspruchsvoller!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zur Abfallpolitik sagen und hier speziell die Sondermüllabgabe ansprechen. Ich bin froh darüber, dass wir an dieser Stelle diese Sondermüllabgabe gekippt haben, bevor die Gerichte sie als unrechtmäßig bezeichnet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Bloemecke CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin auch froh, Herr Walter – da bin ich im Gegensatz zu Ihnen anderer Meinung –, dass wir nicht nur denen zurückschlagen, die Einspruch erhoben haben – das sind meistens die großen Firmen mit einer entsprechenden juristischen Abteilung –, sondern auch denjenigen, denen diese Rückzahlung ganz formell nicht mehr zustehen würde.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Machen wir einen Fonds!)

Hier geht es für mich auch um ein Stück Vertrauen des Staates dem Bürger gegenüber. Das sollten wir nicht gering schätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Am Schluss. – Meine Damen und Herren, zum Verkauf – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ja, dann eben gleich. Bitte sehr.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Walter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege, Sie sprechen vom Vertrauen der Bürger oder auch der Unternehmer in den Staat.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ja! – Abg. Bebber SPD: Nein, des Staates in die Bürger, hat er gesagt!)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es derzeit viele Altlasten gibt – wir hatten erst am Montag eine Petition aus Fellbach –, bei denen dann die Bürger bezahlen müssen, die

auch in Treu und Glauben ein Grundstück erworben haben, wofür es aber jetzt keinen Fonds gibt, und wo diese Bürger dann vielleicht ihr ganzes Vermögen und ihre ganze Wohnung, die sie bezahlt haben, gleich wieder verlieren, weil Sie nicht bereit sind, mit der Industrie einen Fonds oder sonst etwas einzurichten? Wenn Sie dazu bereit sind, dann werden wir diese Kritik, die wir heute geübt haben, zurücknehmen.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Walter, wir haben diesen Punkt, dass da irgendwo ein gewisser Schnitt ist, intensiv diskutiert. Nur hatten wir bei der Sonderabfallabgabe von vornherein ein Problem. Es wurde heiß darüber diskutiert. Diejenigen, die so gutartig waren – oder darf ich es salopp sagen: so blöd waren – und bezahlt haben, sollen hinterher nicht in die Röhre gucken, während diejenigen, die eine juristische Abteilung haben, hinterher fein heraus sind. Für mich ist das schon eine Frage des Schutzes durch den Staat.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das war keine Antwort auf meine Frage!)

Zum Verkauf der SBW. Meine Damen und Herren, es ist ein offenes Geheimnis: Wir waren – damals in der Opposition – überhaupt dagegen, die SBW im Sinne des Landes aufzubauen. Der Staat sollte sich auf seine hoheitlichen Aufgaben beschränken und sich aus dem operativen Geschäft heraushalten.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir hatten Millionenverluste mit der SBW, und ich bin froh, dass wir in der HIM einen Käufer gefunden haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja, aber! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Nun ist es so – das habe ich erwartet –, dass wir im Vertrag durchaus ein paar Kröten schlucken mussten. Es gab auch Kritik aus den Regierungsfraktionen. Allerdings ist die Grundtendenz immer noch richtig: Weg damit! Ich betone an dieser Stelle, dass wir mit diesem Vertrag als Land kein einziges Risiko übernommen haben, das wir nicht ohnehin schon gehabt hätten.

Vielleicht noch zwei Sätze zur Gewerbeaufsicht und zur Vorstellung der Grünen, dass man die Gebühren kostendeckend halten oder machen sollte. Das hätte, meine Damen und Herren, mit Sicherheit drei Konsequenzen: erstens Liquidation von kleinen Betrieben, zweitens Verschlechterung der Standortsituation für große und mittlere Betriebe, für kleine sowieso. Drittens würde man Gefahr laufen, dass wichtige Kontrollen umgangen werden.

Wenn ich vom Finanzamt meinen Einkommensteuerbescheid bekomme, möchte ich auch nicht zusätzlich eine kostendeckende Gebühr für die Bearbeitung bezahlen. Die Gewerbeaufsicht ist eine hoheitliche Aufgabe, und das soll sie auch bleiben.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, für das weitere Vorgehen im Bereich Klimaschutz und Abfall würde ich mir weniger politisches Klein-in-klein-Diskutieren wünschen, sondern dass wir diese großen Aufgaben gemeinsam anpacken.

(Dr. Glück)

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Satz zum Thema Umweltschutz bei den Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer sind teilweise auf dem Stand null, und mit wenig Mitteln können dort hohe Effekte erzielt werden. Ich denke, unser Augenmerk muss zunehmend dorthin gehen. Umweltschutz kann nicht lokal, nicht regional und auch nicht national, sondern nur global durchgeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Eigenthaler.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlässlich eines Empfangs des Architektenverbandes im Neuen Schloss sprach der Zukunftsforscher Matthias Horx über die visionären Entwicklungsschwerpunkte des kommenden Jahrhunderts.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was?)

Neben einer Machtübernahme der Frau sieht Horx die nächsten hundert Jahre als Zeitalter der Gentechnik.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Nostradamus, oder? – Gegenruf des Abg. Krisch REP: Kluck!)

Ganze Städte könnten nach seinen Prognosen computergesteuert aus der Retorte entstehen und versorgt werden. Die Rolle des Mannes wird dabei klein geschrieben.

Das sind Visionen, die, wenn sie überhaupt Realität werden sollten, wohl nicht viele aus diesem Hause erleben werden – oder erleben müssen, wie man's nimmt.

Von positiven Auswirkungen der Gentechnik auf die Welt ernährungssituation durch großflächige Anwendung in der landwirtschaftlichen Produktion auszugehen scheint jedoch unrealistisch und birgt ein Gefahrenpotenzial, das gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Sicher ist aber, dass neben den neuen Informationstechniken eine der Schlüsseltechnologien des neuen Jahrhunderts die Bio- und Gentechnologie ist. Sind wir darauf vorbereitet, meine Damen und Herren?

Dafür braucht es den aktiven Beitrag vieler kompetenter Bürger und Politiker – auch und gerade in der Umweltpolitik, beim sparsamen Umgang mit Energie, die uns sowohl von der Erde als auch von der Sonne sehr großzügig geschenkt wird. Ganz besonders sparsam müssen wir aber mit dem Verbrauch unserer nicht erneuerbaren Flächen – Wälder, Wiesen und Felder – in unserer Heimat umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Aus diesem Grund haben wir Republikaner bei unseren Anträgen zum Haushalt ein besonderes Augenmerk auf die Nutzung der Industrie- und Militärbrachen gelegt. Die historische und technische Erkundung, Sanierung und Wertung dieser meist hoch belasteten Grundflächen muss auch in Zukunft Priorität vor Neubebauungen haben.

Neben einer ganzheitlichen und verantwortungsvollen Wertediskussion muss eine generelle Neuorientierung in der Naturschutz- und Umweltpolitik im Konsens mit einer

ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Verkehrspolitik stattfinden. Eine wertorientierte Bildungspolitik, die sich auch im Einklang mit der Schöpfung Mensch und Natur befindet, muss sich in einer humanen Umweltpolitik wieder finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die von mir gewählte Reihenfolge ist auch eine eindeutige Wertstellung, die im Abschlussbericht der Enquetekommission vereinbart wurde. Sie lautet: „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsträchtigen Entwicklung“. Also, zuerst zum Schutz des Menschen und zuallererst für uns, den hier bodenständigen Menschen, sagen wir Republikaner. Dazu gehört selbstredend der Gewässerschutz und der – –

(Abg. Scheuermann CDU: Gibt es bei Ihnen Menschen erster und zweiter Klasse?)

– Nein. Aber unsere Aufgabe besteht darin, zunächst einmal für die Menschen zu sorgen, die hier bodenständig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Dr. Caroli SPD: Ja und die, die hier wohnen?)

– Sind die nicht bodenständig? Das können Sie selbst beantworten.

Noch einmal: Dazu gehören selbstverständlich auch der Gewässerschutz und die Trinkwasserversorgung. Beim Gewässerschutz hat man einiges geleistet; das muss man anerkennen. Bei der Trinkwasserversorgung allerdings denkt man nur bis zur Aufbereitung des Wassers – Gewinnung des Wassers, bis zum Wasserversorger. Aber bei der Wasserversorgung zum Bürger in den einzelnen Haushalt liegt einiges im Argen. Ich glaube, da müsste ein Programm geschaffen werden, um hier irgendwann einmal die alten Rohre konsequent zu erneuern.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Ich glaube, Sie wissen gar nicht, warum!)

Jetzt noch ein paar Worte zum Verkauf der SBW. Nach Ansicht der Republikaner könnte Baden-Württemberg froh darüber sein, eine eigene Sondermülldeponie zu besitzen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die kann man schlecht ins Ausland transportieren!)

die, wie zu hören ist, auch keine Defizite erwirtschaftet, also mit schwarzen Zahlen – ich hoffe, nicht mit schwarzen Konten – arbeitet.

Wenn der Hafenteil durch rote Bilanzen als Grund für den Verkauf der SBW angegeben wird, frage ich Sie, warum nicht nur dieser Bereich veräußert oder durch Kooperation bzw. andere wirtschaftlich verträgliche Lösungen saniert wird. Der Koalitionsvertrag kann nicht als alleiniger Verkaufsgrund gelten,

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(Eigenthaler)

damit sich die FDP/DVP innerhalb der Landesregierung durchsetzen kann.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Etat des Ministeriums für Umwelt und Verkehr hat in zurückliegenden Jahren stark unter den enormen Sparauflagen gelitten. Dringend erforderliche Maßnahmen im Umwelt- und Verkehrsbereich konnten nicht angegangen werden, weil nicht genügend Geld zur Verfügung stand bzw. weil die Landesregierung nicht die Notwendigkeit gesehen hat, für wichtige Bereiche die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.

Die Ökosteuern sind eingeführt. Mittlerweile haben die Bürger unseres Landes die Auswirkungen dieser zusätzlichen Steuer schmerzhaft erfahren müssen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die angebliche Steuererleichterung ist geradezu lächerlich,

(Abg. Scheuermann CDU: Ja!)

vielmehr frisst die Ökosteuern die geringfügige Steuerreduzierung und auch den minimalen Rückgang beim Beitrag zur Sozialversicherung wieder auf. Mehr noch: Die Bürger haben unter dem Strich bedeutend mehr zu bezahlen als vorher.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das ist einfach gelogen!)

– Das ist nicht gelogen. Beweisen Sie mir das Gegenteil.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Da muss man nur die vier Grundrechenarten beherrschen!)

Damit wird verdeutlicht, dass dieser eingeschlagene Weg der falsche ist. Wir Republikaner schlagen einen anderen Weg vor, einen Weg, der eine wirkliche finanzielle Entlastung für unsere Bürger bringt. Dazu fordern wir zunächst die längst überfällige Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer, da diese Steuer allein deshalb fällig wird, weil man ein Kraftfahrzeug besitzt, ganz gleich, ob und wie intensiv dieses Fahrzeug bewegt wird. Dies halten wir für eine ausgesprochen ungerechte Besteuerung, vielmehr plädieren wir für die bundesweite Einführung einer Fahrweggebühr, also Vignette. Zum einen würden dadurch in der Europäischen Union für die Nutzung der Straßeninfrastruktur vergleichbare Bedingungen geschaffen. Zum anderen würden alle Verkehrsteilnehmer, die unsere Straßen nutzen, gleichermaßen zur Mitfinanzierung herangezogen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dadurch würde eine höhere Gerechtigkeit erzielt. So könnte der Kreis der Gebührenzahler auf die nichtdeutschen Verkehrsteilnehmer ausgedehnt werden, was für die einheimischen Autofahrer eine spürbare finanzielle Entlastung bedeuten könnte.

(Abg. Scheuermann CDU: Wieso?)

– Eine Entlastung deshalb, weil die Höhe einer Streckengebühr geringer sein könnte als der bisher durchschnittli-

che Betrag für die Kfz-Steuer, und eine weitere Entlastung, weil jeder selber entscheiden kann, ob es sich für ihn lohnt, die Autobahnen zu nutzen oder nicht. Durch diese Umverteilung auf alle Verkehrsteilnehmer gehen uns keine Einnahmen verloren, vielmehr wird der Kreis der Verkehrsbeitragszahler erweitert.

(Abg. Scheuermann CDU: Bodenständige Bevölkerung! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das führt nur zur Verlagerung des Autobahnverkehrs auf Bundesstraßen! Wie kann man denn so etwas fordern?)

Wenn die Finanzmittel, die durch diese Straßenbenutzungsgebühren erzielt werden, zweckgebunden für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen verwendet werden, müssen wir uns in Zukunft keine Sorgen mehr um die Finanzierung unseres Straßennetzes und unseres ÖPNV machen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Scheuermann CDU: Da müssen Sie aber kräftig hineingelangen! Da geht es nicht mit 30 DM im Jahr ab!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheffold.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Scheuermann hat schwerpunktmäßig zum Umweltbereich gesprochen. Lassen Sie mich zum Verkehrsbereich einige Ausführungen machen, aber zunächst einmal noch zu der Diskussion sagen: Wenn sich der Kollege Walter hier herstellt und sagt: „Wir haben Einsparungsvorschläge mit einem Gesamtvolumen von mehr als 120 Millionen DM gemacht“, muss ich fragen: Was für welche? Da steckt die vorhin schon beschriebene Schuldendiensthilfe des Stuttgarter Flughafens dahinter, die alle Oppositionsparteien angesprochen haben. Da kann ich nur sagen: Öfter mal nichts Neues. Das ist Ihr Prinzip.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Selbst wenn es so wäre, sind es immer noch 80 Millionen DM!)

Hier gilt nach wie vor: Pacta sunt servanda. Sie können nicht die einen Schulden in einen anderen Bereich verlagern. Wir haben das, was vertretbar war, in den letzten Jahren gemacht. Mehr geht nicht, und wir haben uns an die Verträge zu halten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Verkehr kommen, insbesondere zunächst einmal im Kernpunkt zur Erhöhung der Straßenbaumittel. Das sind jährlich 70 Millionen DM,

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Etwas anderes fällt euch nicht ein!)

die hinzugekommen sind. Wir haben das Sonderprogramm mit jährlich 105 Millionen DM fortgeschrieben. Warum tun wir das?

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Weil euch nichts anderes einfällt!)

Erstens, weil es aus Gründen der Entlastung notwendig ist. Kollege Stolz, wenn Sie einmal in Kurorte hineinkommen

(Gerd Scheffold)

– in meinem Wahlkreis ist beispielsweise Bad Buchau dabei – und sehen, dass diese als Kurorte nur überleben können, wenn sie eine Entlastungsstraße kriegen, werden Sie das auch begreifen; aber so weit kommen Sie wahrscheinlich aus Ihrer Region gar nicht heraus.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Ich kenne mich gut aus!)

Zweitens, meine Damen und Herren, weil ÖPNV auch auf der Straße betrieben wird und vor allem im ländlichen Raum mit Bussen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Das ist richtig. Es freut mich, dass Sie mich bestätigen, Herr Dr. Caroli.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie schon einmal einen Busstau in Oberschwaben erlebt?)

– Das haben wir auf manchen Straßen. Das erlebe ich auf meiner Straße. Dort fahren plötzlich infolge eines neuen ÖPNV-Konzepts 120 Busse pro Tag.

Aus diesen Gründen müssen wir auch bei den GVFG-Mitgliedern in diesem Bereich reagieren.

Drittens: Es geht um eine Verbesserung der Sicherheit im Verkehr. Wir haben das in den letzten Jahren geschafft. Wir haben in den letzten acht Jahren in unserem Land die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr um 37,9 % und die der Schwerverletzten um 18,6 % senken können. Das ist auch auf Verbesserungen bei den Fahrzeugen, Stichwort Airbag und andere Dinge – und dies bei erhöhtem Verkehrsaufkommen, Herr Kollege Stolz –, zurückzuführen.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Dann nennt doch einmal die absoluten Zahlen! Da sieht es nicht mehr so glorreich aus!)

Deswegen ist dies notwendig.

Viertens: Die Grünen haben noch immer nicht den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Verkehrsinfrastruktur begriffen.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Gut, dass ihr das begriffen habt! Und dass ihr das hingekriegt habt in 16 Jahren!)

Das merke ich bei der Bundespolitik, und das merke ich hier im Lande. Ich habe in meiner Heimatstadt erlebt, dass vor einigen Jahren ein beachtliches Unternehmen die Stadt verlassen hat, weil keine Flugaufbindung da war. Ich erlebe dieses Jahr, dass ein beachtliches Unternehmen in die Stadt kommt, weil wir inzwischen auf Schiene wie Straße eine gute Verkehrsinfrastruktur geschaffen haben. In all diesem sind wir Vorbild für den Bund. Das ist ein weiterer Punkt, warum wir in dieser Frage vorangehen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Gerd Scheffold CDU: Am Ende meiner Ausführungen, Herr Präsident.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ich werde es nicht vergessen!)

Stellv. Präsident Birzele: Wenn Sie noch Redezeit haben.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen: Während der Bund die Bürger mit einer jährlich höheren so genannten Ökosteuer schröpft, aber nicht nur keinen Pfennig davon in die Verkehrsinfrastruktur zurückfließen lässt, sondern sogar noch kürzt, richtet er Schaden an. Er ist Bremsklotz im Verkehr bei all den Belangen, die ich zuvor genannt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie wollen hören: Sozialversicherungsbeiträge!)

Meine Damen und Herren, wenn es nach den Grünen ginge und nach den drei Streichungsanträgen, die nachher zur Abstimmung stehen, dann hätten wir nicht nur keinen Neubau von Landesstraßen in diesem Lande, sondern wir hätten sogar ein Minus, das heißt, wir müssten beim Straßenerhalt und in anderen Bereichen, die unbedingt notwendig sind, ebenfalls streichen.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Wir müssten sie verkaufen!)

Wir halten also, meine Damen und Herren, konsequent Kurs und tun das, was für unser Land und was für die Sicherheit, den Arbeitsmarkt und die Entlastung notwendig ist.

Zweitens: Die Regionalisierung des Schienenverkehrs zeigt sich bei uns im Lande als Erfolgsstory. Wir haben das Fahrgastaufkommen in den ersten drei Jahren um 17 % steigern können. Wir haben jetzt zwar einen Rückgang der Regionalisierungsmittel des Bundes, aber wir werden unsere Politik weiterverfolgen.

Wir haben das Baden-Württemberg-Ticket. In diesen Tagen waren es 100 000 verkaufte Baden-Württemberg-Tickets, in sieben Monaten, und damit – aus unserer Initiative heraus – ein Mehr an Fahrgästen bei der Bahn.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Scheffold, wer hat das denn beantragt?)

Wir brauchen, lieber Kollege Stolz, eine breitere Infrastruktur im Schienenbereich, auch der großen Strecken. Dazu gehört Stuttgart 21, dazu gehört die Strecke Ulm – Wendlingen, dazu gehört der Ausbau der Gäubahn, und dazu gehört auch die Elektrifizierung der Südbahn. In allen vier Punkten sind wir uns mit der Deutschen Bahn AG einig, aber der Bremsklotz ist Ihre Bundesregierung in Berlin.

(Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg war ebenfalls im Vordergrund bei der steuerlichen Förderung umweltverträglicher, insbesondere schwefelfreier Kraftstoffe. Man hat erreicht, dass zum Jahr 2003 ein erster Schritt ge-

(Gerd Scheffold)

tan wird. Das Land ist seit Mai 1998 auch Vorbild, wenn es darum geht, landeseigene Fahrzeuge mit schwefelfreiem Diesel zu betreiben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zu dem machen, was Herr Kollege Walter vorhin gesagt hat, und zu seinem Verständnis von Politik. Er hat gesagt, der Minister mache keine Schlagzeilen. Das wirft ein Schlaglicht auf das Verständnis der Grünen, meine Damen und Herren. Wenn Schlagzeilen, unabhängig davon, ob es nun so ist oder nicht, ein Merkmal der Qualität von Politik sind, muss ich sagen: Armes Deutschland!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mir ist es lieber, meine Damen und Herren, wir machen die richtige Politik – darauf kommt es an –, wir machen in der Sache das Richtige und machen keine Schlagzeilen. Bei einem Minister, der auch für Reaktorsicherheit zuständig ist, ist es uns noch am allerliebsten, wenn er keine Schlagzeilen macht.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei Herrn Minister Ulrich Müller, der eine gute Arbeit macht. Wenn wir, statt auf Schlagzeilen zu schauen, auf eine richtige und gute sachliche Politik achten würden, hätten wir eine bessere und auch eine glaubwürdigere Politik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Scheffold, Sie haben erfreulicherweise Zeit zur Beantwortung der Zwischenfragen oder Schlussfragen übrig gelassen.

Herr Abg. Walter, bitte.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Gerne.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Scheffold, Sie haben sich in einer zugegebenermaßen nicht sonderlich fundierten Kritik im Zusammenhang mit den Grünen dahin gehend geäußert und beklagt, dass in Laupheim und Umgebung kein Flughafen gebaut werden könne. Könnten Sie mir dann bitte in diesem Zusammenhang beantworten, wer den Bürgermeister dieser Stadt stellt, welcher Partei er angehört, welche Partei den Landrat stellt, welche Partei den Regierungspräsidenten stellt und welche Partei den Ministerpräsidenten? Könnten Sie uns dann erklären, wer Ihrer Meinung nach daran schuld ist, dass der Flughafen nicht gebaut wurde?

Abg. Gerd Scheffold CDU: Lieber Herr Kollege Walter, wir haben inzwischen einen Verkehrslandeplatz in Biberach, der ausgebaut ist. Wir haben die Schienenstrecke zwischen Ulm und Biberach auf Halbstundentakt gebracht. Wir haben in diesem Bereich drei Anschlüsse an der B 30, die dort vierspurig ist. Wir haben dort inzwischen eine ausgezeichnete Verkehrsinfrastruktur. Seitdem laufen uns die Unternehmen massenweise die Tür ein und wollen sich dort ansiedeln. Aber das war vor Jahren eben anders. Man muss diese Erfahrungen – und da sind die Grünen gegenüber der Realität schlicht und einfach blind – berücksichtigen und Konsequenzen daraus ziehen. Wir haben die Konsequenzen daraus gezogen und ziehen sie weiter. Deswegen dient die Verkehrsinfrastrukturpolitik der CDU in die-

sem Lande auch dem Arbeitsmarkt, ein Thema, dem Sie sich in Berlin verweigern, obwohl Sie sich dies 1998 bei der Bundestagswahl auf die Fahne geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zum Thema Landesstraßen etwas sagen. Das war ja der Schwerpunkt der Ausführungen des Kollegen Scheffold.

Im Vorbericht zum Staatshaushaltsplan steht zu lesen, dass eine visuelle Bestandsaufnahme der Landesstraßen stattgefunden und sich der Zustand seit der letzten Bestandsaufnahme erheblich verschlechtert habe. Schon vor Jahren hat beispielsweise der Landrat im Rhein-Neckar-Kreis, der der CDU angehört, gesagt, er könne mit geschlossenen Augen – er fährt mit Chauffeur, er kann also die Augen schließen – erkennen, wann er auf einer Landesstraße fahre, ganz einfach deshalb, weil er dort die stärksten Erschütterungen verspüre.

Zusammengefasst kann man sagen: Der Zustand ist in weiten Teilen recht jämmerlich, deswegen besteht dringender Handlungsbedarf. Wir sind der Auffassung, dass oberstes Ziel zunächst einmal der Substanzerhalt des vorhandenen Straßennetzes sein muss.

Jetzt schauen wir uns einmal an, wie es tatsächlich aussieht. Die CDU feiert ja schon die Erhöhung der Mittel in diesem Bereich als großes Verdienst und großen Erfolg. Man muss auch einmal schauen, was denn tatsächlich notwendig ist. Ausweislich des Generalverkehrsplans bräuchten wir, um den vordringlichen Bedarf zu erfüllen, jährlich durchschnittlich 250 Millionen DM. Da sind wir noch lange nicht dran. Wenn man einmal sieht, was sich in den letzten Jahren abgespielt hat: Man hat fast fünf Jahre gebraucht, um die 250 Millionen DM, die jährlich notwendig wären, zusammenzubekommen. Aus diesem Grunde haben wir im Finanzausschuss den Antrag gestellt, die Mittel für den Aus- und Neubau von Ortsumfahrungen um 20 Millionen DM pro Jahr zu erhöhen, ganz einfach, weil wir einsehen, dass es notwendig ist, den Nachholbedarf, so weit dies finanzpolitisch überhaupt möglich ist, zu befriedigen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wenn hier im Hause immer wieder auf die Situation bei den Bundesfernstraßen hingewiesen und immer wieder beklagt wird, was in Berlin geschehe oder nicht geschehe, dann ist dies ein billiges Ablenkungsmanöver, weil man die eigenen Hausaufgaben nicht erledigt

(Abg. Hauk CDU: Überhaupt nicht!)

und jetzt plötzlich entdeckt hat, dass seit dem 28. September 1998 die Bundesautobahnen und die Bundesfernstraßen in schlechtem Zustand sind.

(Abg. Hauk CDU: Es geht um die Zukunft!)

Ganz plötzlich sind dort Schlaglöcher aufgetaucht. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Hauk, ganz deutlich: Jedes Schlagloch

(Göschel)

in den Schwarzdecken der Landesstraßen ist ein Schlagloch der Schwarzen. Niemand anders ist dafür verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe, u. a. des Abg. Hauk CDU)

Klar ist auch: Schlaglöcher sind kein Beitrag zur Ökologie, genauso wenig wie Unfallgeschädigte ein Beitrag dazu sind. Deswegen ist für uns in der Abwägung der Landesstraßenbau durchaus von großer Bedeutung.

(Beifall des Abg. Scheuermann CDU)

Ich will nun ein paar Sätze zum öffentlichen Personennahverkehr sagen. Auch wir begrüßen, dass das Angebot im Schienenpersonennahverkehr um 31 % und die Zahl der Kunden in diesem Bereich um 17 % gestiegen sind. Das ist ein erfreuliches Ergebnis, und das muss auch weiterhin entsprechend unterstützt werden. In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, dass auch die Landesregierung gegenüber Herrn Mehdorn ein deutliches Wort spricht, der sich dafür ausspricht, den Schienenpersonennahverkehr auszudünnen und zu ersetzen.

(Abg. Hauk CDU: Das kann er gar nicht! Die Besteller sind doch wir!)

– Eben. – Hier ist bei Herrn Mehdorn, der ja aus der Wirtschaft kommt, ein merkwürdiges Verständnis vom Verhältnis zwischen Kunden und Anbieter festzustellen. Im Grunde ist das Land als Besteller des Schienenpersonennahverkehrs der Kunde, und wenn der Anbieter, obwohl das Geld bisher mehr als auskömmlich war, entsprechende Leistungen nicht mehr erbringen will, dann bekommt er kein Geld mehr. Insofern müssten wir dann überlegen, wer sonst diese entsprechenden Leistungen bringt.

Lassen Sie mich noch etwas zur Verbundförderung sagen. Es ist durchaus anerkennenswert, dass wir Schritt für Schritt von der Ersetzung eigener Landesmittel durch Regionalisierungsmittel weggekommen sind und Schritt für Schritt wieder Eigenmittel des Landes zur Verbundförderung einsetzen. Da gibt es nach wie vor einen gewissen Nachholbedarf. Wir sind jedenfalls nicht der Meinung, dass – wie verschiedentlich zu hören war – in diesem Zusammenhang eine Deckelung angezeigt wäre; denn das könnte dazu führen, dass die, die zur Verbundförderung bisher schon viel bekommen haben, weiterhin eine Förderung „de luxe“ bekommen, während diejenigen, die neue Verbünde, neue Kooperationen einführen wollen, dann entsprechend benachteiligt werden. Wir wollen also keine ÖPNV-Förderung erster, zweiter und dritter Klasse, sondern eine ausgewogene Förderung im ganzen Land.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie doch mal, wer am meisten bekommt!)

In diesem Zusammenhang ist es für uns wichtig – Und es war ein Geburtsfehler bei der Einführung der Regionalisierung und der Zuständigkeit für den ÖPNV, dass das Land nicht stärker Einfluss genommen und kein entsprechendes Konzept zur Festlegung von flächendeckenden Nahverkehrsräumen im Lande beschlossen hat. Dies hätte wiederum dazu dienen können, nachteilige Ergebnisse der jetzi-

gen Kooperationen zu vermeiden, zu vermindern, damit eben sinnvolle große Verbünde entstehen und nicht irgendwelche „Kooperationen“ und „Verbünde“, die sich eigentlich mehr gegenseitig Konkurrenz machen, statt offensiv dem Individualverkehr Konkurrenz zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Göschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Göschel SPD: Aber gern.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Göschel, war es nicht so, dass Sie bei der Verabschiedung des Nahverkehrsgesetzes mit uns der Meinung waren, dass das die beste Lösung ist, und war es nicht so, dass auch Sie damals diesem Gesetz zugestimmt haben?

Abg. Göschel SPD: Wir waren mit Ihnen der Meinung, dass es die bestmögliche erreichbare Lösung war, die noch besser hätte ausfallen können, wenn wir allein hätten sagen können, wo es langgeht. Aber Sie haben da einiges verhindert.

(Abg. Hauk CDU: Es gab keine Kritik! Nicht einmal den Ansatz einer Kritik gab es von Ihnen!)

Unter den gegebenen Umständen war es tatsächlich die beste Lösung. Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte, und in diesem Bereich hätte man durchaus noch Verbesserungen schaffen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Es gab nicht einmal einen leisen Ansatz von Kritik!)

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, dass einige Träger des ÖPNV, also einige Landkreise, ihrer Verpflichtung zur Aufstellung eines Nahverkehrsplans immer noch nicht nachgekommen sind. Hier sollte man nicht immer nur mit dem goldenen Zügel winken, sondern ihn auch einmal anziehen. Immerhin bekommen ja diese Träger über den kommunalen Finanzausgleich Mittel zur Aufstellung dieser Nahverkehrspläne. Wenn da ein Defizit besteht, muss man durchaus auch einmal ernsthaft daran erinnern, dass die Träger eine Verpflichtung haben. Denn das ist Pflichtaufgabe.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Neuorganisation der Straßenbauverwaltung sagen. Ich habe immer noch den Eindruck, dass es nach dem Motto geht: Es muss gespart werden, koste es, was es wolle! Es ist ein Hin und Her, und es gibt immer noch keine eindeutige Klarheit, wie es denn am Ende aussehen soll. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es sinnvoll ist, eine einzügige Fachverwaltung im Lande einzuführen, Bundesautobahnverwaltung und übrige Straßenbauverwaltung zusammen unter ein Dach zu nehmen, zusammenzuführen und dadurch auch mögliche Synergieeffekte mitzunehmen.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie haben durchaus Recht!)

(Göschel)

Es ist meines Erachtens ein kleines Trauerspiel, dass sich die Fachpolitiker der CDU aus dem Verkehrsbereich insgesamt damit nicht durchsetzen können.

(Abg. Scheuermann CDU: Die andere Seite hat sich aber auch noch nicht durchsetzen können!)

Aus diesem Grunde sind wir nach wie vor der Auffassung, dass dringender Handlungsbedarf zur Zukunftssicherung und Modernisierung unserer Straßenbauverwaltung besteht. Wir halten diese Forderung nach der Einzigigkeit deshalb aufrecht.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir brauchen in Baden-Württemberg

(Abg. Hauk CDU: Mehr Unterstützung durch den Bund!)

Nachbesserungen beim Straßenbau, bei der Erhaltung der Substanz, beim Neu- und Ausbau, insbesondere von Ortsumfahrungen, zum Schutz der geschädigten und belästigten Menschen, die an den Ortsdurchfahrten wohnen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Bundesstraßen brauchen wir vor allem!)

– Lenken Sie doch nicht immer wieder ab.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist keine Ablenkung!)

Wir sind hier im Landtag, und wir sind zuständig für den Landeshaushalt und den Landesstraßenbau, und Sie hätten ja in Bonn seinerzeit auf die damalige Bundesregierung Einfluss nehmen können, damit sie die Weichen so stellt, dass etwas Besseres gemacht wird.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Scheuermann und Dr. Birk CDU)

Wir sind der Auffassung, dass in Sachen ÖPNV durchaus sehr gute Ansätze bestehen, dass auch schon Erfolge erzielt worden sind, die wir begrüßen und unterstützen, dass da aber nachhaltig weitergemacht und insgesamt eine flächendeckende Kooperation in Form von Verbänden im ganzen Land geschaffen werden muss, damit die Bürger überall ein entsprechendes Angebot erhalten, und zwar nicht nur in den Ballungsräumen und in bestimmten Regionen, sondern im ganzen Land. Die Straßenbauverwaltung muss modernisiert werden, damit das, was ich am Anfang angedeutet habe, auch umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als zu Beginn dieser Legislaturperiode das Umwelt- und das Verkehrsministerium zusammengelegt wurden, hatte man große Erwartungen, vor allen Dingen bei den Umweltverbänden, bei den Umweltorganisationen und bei den Verkehrsinitiativen. Man hatte gedacht, bei den Verkehrsprojekten werde der Umweltgedanke einfließen. Aber dieser Umweltgedanke wur-

de nicht in die Verkehrsprojekte einbezogen. Die Verkehrsinitiativen und die Verbände sind zu Recht sehr enttäuscht von dieser Konstruktion.

Weil die Mittel knapp waren und die Landesregierung trotzdem noch genügend neue Straßen bauen wollte, wurde der Unterhalt – das ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden – der bestehenden Straßen vernachlässigt. Herr Hauk, weil Sie zu viele Straßen gebaut haben, hatten Sie kein Geld mehr für den Unterhalt.

(Abg. Hauk CDU: Das sind zwei verschiedene Titel!)

Statt das Straßennetz in Ordnung zu halten, sparte die Landesregierung aus reinem Opportunismus an der falschen Stelle, und das marode Landesstraßennetz ist heute die Quittung dafür.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Sie wollten ja selbst da noch kürzen!)

– Ja, danke für den Zwischenruf, weil ich gleich darauf komme. Wir wollten zwar im Haushalt kürzen, aber nicht beim Unterhalt und nicht beim Erhalt, meine Damen und Herren; denn auch wir sehen ein, dass wir ein ordentliches Straßennetz brauchen.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen sowie Dr. Birk, Göbel und Scheuermann CDU)

Schlaglöcher brauchen wir nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ist das mit Ihrer Partei auch abgestimmt? Die Grünen sind doch gegen Straßen!)

Meine Damen und Herren, eine weitere Chance, im Verkehrsbereich den Umweltgedanken in den Vordergrund zu stellen, wurde angesichts der knappen Kassen und einer höheren Staatsverschuldung vergeben. Die Chancen, die Sie da gehabt hätten, haben Sie vertan. Sie hätten auch ein bisschen kreativer sein können. Sie haben nämlich vom Bundesgesetzgeber mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ein interessantes Instrument in die Hand bekommen, aus dem wir in den vergangenen Jahren einen großen Teil der Mittel für den öffentlichen Verkehr ausgegeben haben. Jetzt haben wir die Vorgabe von der Landesregierung, dass Sie umschichten wollen, und zwar Mittel, die für den ÖPNV vorgesehen waren, zugunsten des Straßenbaus. Und weil das der CDU-Fraktion immer noch nicht ausreichte, sind Sie jetzt hergegangen und haben diese gesamten Mittel gegenseitig deckungsfähig gemacht, so dass wir möglicherweise gar keine Mittel mehr für den öffentlichen Verkehr haben werden.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Der von Ihnen immer so propagierte öffentliche Verkehr muss bluten.

Nun gibt es ja zu allem Stimmen. Es gibt Stimmen, die dafür sind, mehr für den öffentlichen Verkehr auszugeben, und es gibt Stimmen, die sagen, dass wir mehr für den Straßenbau brauchen. Leider ist es nun einmal so, dass die-

(Stolz)

jenigen, die mehr für den Straßenbau ausgeben wollen, ihre Stimmen lauter erheben. Und diesen lauten Stimmen, die die Autofahrer repräsentieren, geht die Landesregierung auf den Leim. Sie knickt vor diesen Schreiern ein. Nichts hat die Landesregierung aus vielen wissenschaftlichen Untersuchungen gelernt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat auch nichts aus den Ergebnissen und Protokollen von Rio und von Kyoto gelernt, nein, sie widmet Mittel vom öffentlichen Verkehr zum Straßenbau um, oder, wenn das nicht der Fall ist und sie doch etwas gelernt hat, der Landesregierung fehlen der Mut und die Zivilcourage. Verkehrsminister Müller jedenfalls ist den Stammtischen hörig und erhöht permanent die Mittel für den Straßenbau aus diesen GVFG-Mitteln.

Meine Damen und Herren, wir werden deswegen dieses Vorhaben nicht mittragen. Wir haben Gegenanträge gestellt und beantragt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit aufzuheben; denn Sie werden damit garantiert Missbrauch betreiben.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Und wir beantragen auch, 60 % für den ÖPNV und nur noch 40 % für den kommunalen Straßenbau zu verwenden, wie das eigentlich nach Geist und Idee des GVFG gedacht ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Landesstraßenbau. Auch hier legt die Landesregierung zu. Die Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP knicken wieder einmal vor der Auto- und der Straßenlobby ein.

(Abg. Hauk CDU: Ich habe bisher noch keinen Proteststurm gehört! – Abg. Scheuermann CDU: Das ist Unsinn!)

Ich muss mit Trauer zur Kenntnis nehmen, dass auch die SPD dazugehört.

(Abg. Scheuermann CDU: Gerade haben Sie doch den schlechten Straßenzustand beklagt!)

– Ich habe doch gesagt, dass wir die Straßen erhalten wollen und unterhalten wollen, aber ich habe nicht von Neubau gesprochen.

(Lebhafte Unruhe)

Teufel und Müller treiben es auf die Spitze, und sie wollen sogar die Mineralölsteuer zugunsten des Straßenbaus erhöhen. Dabei jammern sie draußen immer rum, dass alles viel zu teuer sei, was die Autofahrer bezahlen müssten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Moment, wir wollen einen Teil der Erhöhungen, die Rot-Grün vornimmt, für den Bundesfernstraßenbau!)

Nur die Grünen bleiben konsequent bei der Förderung des Umweltgedankens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Gerd Scheffold CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Stolz – –

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Sofort, ich habe es schon mitgekriegt. Er darf gleich seine Frage stellen.

Ein Schritt in diese Richtung sind unsere Kürzungsvorschläge, und zwar nicht beim Unterhalt, sondern bei den Planungen. Da haben Sie auch ein Riesenpaket, das Sie vor sich herschieben. 50 % der gesamten planfestgestellten Straßenprojekte hat allein Baden-Württemberg in den Schubladen.

(Abg. Scheuermann CDU: Lesen Sie einmal den Titel richtig!)

Die enormen Berge dieser Schubladenpläne können Sie ja gar nicht realisieren. Deshalb müssen Sie sich etwas einfällen lassen und Mittel umschichten.

So, jetzt, Herr Kollege Scheffold.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Scheffold, bitte.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Kollege Stolz, wollen Sie bestreiten, dass dann, wenn wir etwa 70 Millionen DM für Neubaumaßnahmen im Straßenbau im Jahre 2000 haben und die Grünen eine Streichung des Sonderprogramms in Höhe von 105 Millionen DM beantragen, 30 Millionen bis 40 Millionen DM auch beim Erhalt und Unterhalt wegingen?

(Abg. Hauk CDU: Er hat falsch gerechnet!)

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Das haben wir ganz genau berechnet. Im Übrigen, Kollege Scheffold, komme ich jetzt zur Finanzierungsgesellschaft. Wissen Sie, was Sie mit Ihrer Finanzierungsgesellschaft machen? Schauen Sie einmal in den Mittelfristigen Finanzplan. Sie werden ab dem Jahr 2004 jährlich 85 Millionen DM zurückzahlen müssen. Jetzt frage ich Sie: Wo nehmen Sie das her? Meine Befürchtung ist, dass das Hin- und Herschieben der GVFG-Mittel schon der erste Schritt ist. Sie holen es dann natürlich vom öffentlichen Verkehr. Aber für uns ist der öffentliche Verkehr ein Beitrag zum Umweltschutz. Sie haben das leider noch nicht erkannt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Gerd Scheffold CDU: Völlig unterschiedliche Straßen!)

Wir haben deshalb auch ein Programm.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich brauche noch eine Minute, Herr Präsident.

Überlegen Sie einmal genau! Wir haben 85 Millionen DM zur Verfügung und wollen einen Teil dieser Mittel verwenden, um Schienenstrecken zu reaktivieren. Das waren doch in der Vergangenheit erfolgreiche Programme, und das waren erfolgreiche Konzepte auf Initiative der Kommunen vor Ort mit Unterstützung der Landesregierung. Auch ein-

(Stolz)

mal ein Lob in diese Richtung. Aber warum wollen Sie das nicht weiterführen? Wir beantragen deshalb, hier Mittel einzustellen, die wir im Sonderprogramm einsparen wollen.

Auch wir wollen mehr Güter auf der Schiene, nicht nur Sie. Sie wollen das ja bei jeder Rede. Aber wir geben da auch Futter dazu. Wir haben ein Programm zur Umsetzung. Sie machen ja nichts anderes, als dass Sie Straßen bauen. Aber wem kommen sie zugute? Sie kommen dem Straßenverkehr zugute. Gleichzeitig wollen Sie eine Verlagerung auf die Schiene. Das ist ja ein Witz. Wissen Sie, was das ist? Das ist so, wie wenn Sie einem Süchtigen Drogen wegnehmen. Der Süchtige möchte natürlich

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

– hören Sie einmal zu! – von seiner Sucht wegkommen, aber den Stoff möchte er behalten.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist Ihre Drogenpolitik, ganz genau! – Heiterkeit bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Genauso gehen Sie beim Straßengüterverkehr vor.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Stolz, auch diese Minute ist um.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Danke schön. – Noch einen Satz zum Schluss, meine Damen und Herren, weil es von der CDU-Seite immer heißt, es gebe kein Geld, wir hätten kein Geld. Schauen Sie doch einmal, was Sie mit dem Flughafen machen! Ich habe Sie vorhin schon einmal danach gefragt. 50 Millionen DM pro Jahr, ist denn das nichts? Das verschenken Sie. 50 Millionen DM verschenken Sie.

(Abg. Scheuermann CDU: Was würden Sie machen?)

– Wir würden sie nicht verschenken, sondern wir würden eine Abfluggebühr verlangen. 13 DM sind ja für einen Fernreisenden läppisch. Mit 13 DM pro Reisenden könnten Sie den Betrag von 50 Millionen DM decken.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Außerdem wollen wir natürlich auch beim übrigen Luftverkehr einsparen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, die zweite Minute ist seit Ihrer Ankündigung vorbei.

(Heiterkeit)

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren, ich muss nur noch zwei Zahlen nennen.

(Abg. Scheuermann CDU: Solange er Eigentore schießt, darf er weiter reden!)

Wir schichten 150 Millionen DM von der Straße zur Schiene um, und wir bringen Ihnen noch 364 Millionen DM zur

Haushaltskonsolidierung mit. Sie müssen nur unseren Anträgen zustimmen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation ist nicht einfach. Wir merken es bei der Opposition. Auch sie kann sich nicht einigen, was nun tatsächlich aufgestockt werden soll. Einerseits sollen wir mehr Geld für den Landesstraßenbau ausgeben, andererseits aber doch nicht.

Hier wird immer vom Flughafen gesprochen. Ich muss Ihnen sagen: Wenn wir eine internationale Drehscheibe und ein wichtiger Industriestandort sein wollen, brauchen wir selbstverständlich einen konkurrenzfähigen Flughafen.

Meine Damen und Herren, die Fortentwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist eine äußerst schwierige Aufgabe, weil sie außerordentlich teuer ist. Wie wir wissen, sind die Mittel knapp. Der einzige Lichtblick ist der öffentliche Personennahverkehr, der sich in den letzten Jahren hervorragend weiterentwickelt hat.

Der Integrale Taktfahrplan wird schrittweise und kontinuierlich umgesetzt. Der öffentliche Personennahverkehr ist besser als sein Ruf und trotz einiger vielleicht kritischer Punkte inzwischen hervorragend ausgebaut.

(Beifall des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Abg. Scheuermann CDU: Jawohl!)

Für ein gutes Produkt sollte man werben, und dies wird mit dem Drei-Löwen-Takt in Baden-Württemberg meines Erachtens sehr gut gemacht.

Aufgrund der prekären Finanzsituation mussten allerdings im Bereich der Busverkehre einige Einsparungen vorgenommen werden. Es sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass die Subventionen für die Bahn und für den Bus ausgewogener ausfallen.

Durch die Reduktion und Deckelung der Kostenerstattung bei den Schülerverkehren, durch die Kürzung der Busförderung und die nun angestrebte Absenkung der Förderung der Verkehrskooperationen und Verkehrsverbände müssen die Busverkehre erhebliche Einbußen hinnehmen. Die Unternehmen mussten darüber hinaus weitere teure Auflagen hinnehmen. Man kann nicht einerseits die Kosten weiter erhöhen und andererseits die Zuschüsse kürzen. Die Landkreise sehen sich außerstande, weitere Defizite zu finanzieren. Die Eltern im ländlichen Raum sollten wir auf keinen Fall weiter belasten.

Es ist für die Fraktion der FDP/DVP völlig unverständlich, wie eine Regierung in Berlin, die sich vollmundig für den ÖPNV ausspricht, gerade Bus und Bahn mit einer Ökosteuern belasten kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Richtig! – Unruhe)

(Beate Fauser)

Wenn Sie etwas glaubwürdiger sein wollen, dann sollten Sie in diesen Bereichen die Ökosteuer dringend wieder abschaffen.

Der ÖPNV, meine Damen und Herren, ist für die FDP/DVP eine wichtige Angelegenheit. Es muss noch einmal betont werden: Wir geben für den öffentlichen Personennahverkehr ca. 2,5 Milliarden DM aus. Das ist eine ganz erhebliche Summe. Dagegen nimmt sich der Straßenbau tatsächlich gering aus.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Fauser, einen Moment, bitte.

Meine Damen und Herren, reduzieren Sie doch bitte den Geräuschpegel. Die Rednerin ist sonst nicht zu verstehen.

(Beifall des Abg. Krisch REP)

Bitte schön, Frau Fauser, fahren Sie fort.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Die Fortsetzung der hohen Förderung durch das Land ist allerdings nur dann finanzpolitisch vertretbar, wenn es den Verkehrsunternehmen auch weiterhin gelingt, das Fahrgastaufkommen zu steigern und die Straße zumindest minimal zu entlasten.

Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass eine Erhöhung von Effektivität und Effizienz beim ÖPNV nur dann realisiert werden kann, wenn es mehr Markt und Wettbewerb beim Schienenpersonennahverkehr gibt. Darum sollten wir uns alle dringend kümmern.

Leitbild der Verkehrspolitik der FDP/DVP ist und bleibt

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das Auto!)

die Verwirklichung des integrierten Verkehrsmanagements, wie es vor fünf Jahren im Generalverkehrsplan ausgeführt wurde.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das Auto!)

Es gehört selbstverständlich dazu, dass wir als international agierender Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg den Luftverkehr entsprechend ausstatten müssen. Dazu zählt möglicherweise auch die Erweiterung der Regionalflughäfen.

Es bleibt zu hoffen, dass das Thema Stuttgart 21 nicht zur unendlichen Geschichte wird und die ICE-Strecke bis Ulm bald in Angriff genommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Aus dem Landeshaushalt!)

Die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land weist in zunehmendem Maß Defizite auf, die mit wachsender Tendenz den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gefährden, meine Damen und Herren. Die Kapazitäten von Straße und Schiene wachsen weit unterproportional zum Bedarf. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Geradezu drastisch sinken die Mittel im Bundesfernstraßenbau.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Also alles zubetonieren!)

Obwohl die Mittel schon unter der alten Regierung viel zu gering waren, kürzte die neue Regierung die Mittel abermals drastisch.

(Abg. Göschel SPD: Wer war da denn dabei?)

Wer so handelt, ist verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: So ist es! – Abg. Göschel SPD: Ich dachte, Sie sprechen über den Landeshaushalt! Da hat nämlich die Regierung auch Mittel gekürzt!)

Warum Baden-Württemberg ganz besonders hohe Einschnitte im Vergleich zu anderen Bundesländern verkraften muss, ist überhaupt nicht nachvollziehbar, und dies, obwohl das Land zum Abschluss begonnener Maßnahmen 1,6 Milliarden DM braucht. Wir erhalten 200 Millionen DM. Wir haben uns auf Dauerbaustellen auf den Bundesfernstraßen einzurichten. Diese extreme Unterfinanzierung soll weiter fortgesetzt werden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Fahren Sie Fahrrad!)

Zwar werden die Autofahrer in den nächsten Jahren weiter mit Mineralölsteuer belastet, aber davon soll nichts für den Straßenbau ausgegeben werden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Der Autofahrer ist die fahrende Melkkuh für die Berliner Regierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Birk CDU)

Kann jemand etwas von Wirtschaft verstehen, der solche wichtigen Standortfaktoren wie die Verkehrsinfrastruktur so eklatant vernachlässigt?

(Abg. Göschel SPD: Alles Ablenkung!)

So richtig die Vorschläge sind, Verkehre, insbesondere Güterverkehre, von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße zu verlagern, so wichtig ist es, deutlich zu machen, dass es auch bei der Schiene schon heute eklatante Kapazitätsengpässe gibt, und zwar gerade auf den Hauptmagistralen, auf denen Güterverkehre auf langen Strecken stattfinden. Hinzu kommt, dass die DB Cargo nichts unternimmt, um die Schiene für den Gütertransport attraktiver zu machen. Hier sollten Bund und Länder mehr Druck ausüben.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Und Geld ausgeben!)

Darüber hinaus muss einmal konkret überlegt werden, welche Möglichkeiten es gibt, durch effiziente Steuerungssysteme die Kapazität der Schiene zu erhöhen.

Herr Hackl, aufpassen! Die FDP/DVP begrüßt, dass die Mittel für den Landesstraßenbau sowohl für Aus- und Neubaumaßnahmen wie auch für den Straßenunterhalt aufgestockt werden – leider zu wenig.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Und für die Schiene?)

(Beate Fauser)

Wir sind zumindest in der Lage, die allerdringlichsten Projekte, die baureif sind, zu realisieren. So wird hoffentlich gewährleistet, dass die Straßensubstanz erhalten werden kann

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ganz wichtig!)

und notwendige Sanierungen rasch durchgeführt werden.

(Abg. Göschel SPD: Dringend erforderlich!)

Meine Damen und Herren, Umgehungsstraßen sind auch Lebensqualität. Wer an einer Durchgangsstraße wohnt, kann mir da sicher voll zustimmen.

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

Wir sollten in Zukunft beim Individualverkehr mehr auf moderne Technologien setzen. Herr Scheffold hat das Thema „schwefelarmes Benzin“ bereits angesprochen. Aber ich denke, wir sollten darauf hinarbeiten, dass wir in Zukunft zum Beispiel auch Brennstoffzellenautos auf unseren Straßen haben.

(Abg. Drexler SPD: Nie! – Abg. Scheuermann CDU: Wer soll das kaufen?)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einen wichtigen Punkt ansprechen, der mehr Ärger und Politikverdrossenheit verursacht, als manche Politiker und mancher Ministerialbeamte sich vielleicht träumen lassen.

(Abg. Rückert CDU: Jetzt!)

Die defizitäre Kassenlage zwingt Kommunen, Kreise und das Land anscheinend dazu, eine weitere Fahrsteuer einzuführen. Nicht etwa bei Kindergärten oder verkehrsträchtigen Straßenkreuzungen, nein, mitten im Wald stehen um 20 Uhr Blitzlichtgeräte. Die Abzockerei in diesem Bereich nimmt langsam Formen an, die überhaupt nicht zur Verkehrssicherheit beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Was, im Wald? – Abg. Dr. Birk CDU: Frau Fauser, Frau Fauser! Mitten im Wald und nachts im Verkehr! Geben Sie mal Rechenschaft!)

Heute haben wir durch vom Blitzlicht irritierte, rasch abbremsende Fahrzeugführer mehr Unfallsituationen als je zuvor.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die sollen fahren, wie es vorgeschrieben ist! Dann passiert gar nichts!)

Meine Damen und Herren, Gesetze müssen nachvollziehbar sein, und es sollte nicht so sein, Herr Walter, dass wir übermorgen einen Geßlerhut grüßen müssen. Wir wollen den mündigen Bürger und nicht Bürger, die überhaupt nicht mehr selbstverantwortlich handeln können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Wir brauchen auch in diesem Bereich politisches Verhandeln mit Augenmaß.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Fauser statt Raser!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Scheffold hat vorhin einen guten Satz gesagt,

(Abg. Deuschle REP: Einen?)

den ich unterstützen möchte: „Sachpolitik ist wichtiger als Schlagzeilen.“ Gerade beim Thema „Umwelt und Verkehr“ ist es leider so, dass Rhetorik und Rabulistik vielfach mehr Widerhall in den Medien finden als Sachpolitik und vorwärts bringende Politik.

Kollege Glück hat das Thema „Umwelt und Energie“ angeschnitten und erwähnt, dass die Landesregierung den Einsatz regenerativer Energien verdoppeln wird. Das ist wünschenswert. Aber über dem Thema „regenerative Energien“ hängt ein Damoklesschwert. Das ist zum einen die Liberalisierung des Strommarktes und zum anderen die durch EU-Rechtsprechung zu erwartende Einschränkung.

Gehen wir einmal die Liste der existierenden regenerativen Energien durch. Wasserkraft ist volkswirtschaftlich zu vergessen, sie ist nicht auszubauen. Windkraft wird für immer eine Nischenenergie sein. Die ökologischen Auswirkungen auf Flora und Fauna sind immer noch ungenügend untersucht. Die Auswirkungen künftiger Rechtsprechungen werden nicht positiv sein. Das Stromeinspeisungsgesetz ist die Grundlage für die Windkraftenergie, und da ist auch mit Widersprüchen aus der Europäischen Union zu rechnen.

Um das Thema Biomasse ist es in den letzten Monaten ruhiger geworden. In einer Anhörung dieses Landtags wurde Biomasse als ökologisch fragwürdig dargestellt, und die Ökobilanz der Biomasse ist ebenfalls unbefriedigend.

Die Photovoltaik wird selbst bei bester technischer Weiterentwicklung, die kommen wird, maximal 10 % unseres Energiebedarfs decken.

Jetzt frage ich die Damen und Herren von den Grünen – –

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Wir reden über Umwelt, Ökologie und Energieversorgung, Frau Kollegin.

Jetzt sage ich den Damen und Herren von den Grünen: Was jetzt bleibt, ist Ihr Agitationsthema Kerntechnik. Umwelttechnisch ist die Kernenergie durch die CO₂-Einsparung eine wichtige Energieform. Aber für Sie, die Grünen, und für die Kernkraftgegner ist die Kerntechnik ein Agitationsthema. Wenn der Kollege Caroli noch heute mit Tschernobyl argumentiert, zeigt das: Angst statt Hirn als Argumentation.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, ich unterstelle Herrn Minister Trittin vorsätzliche, wissentliche Falschaussage. Ich unterstelle auch dem Kollegen Brinkmann, dem Kollegen Kuhn und dem Kollegen Walter vorsätzliche und wissentliche

(Krisch)

Falschaussagen zum Thema Kerntechnik. Es gibt nur einen Grund, dass diese Unterstellung hinfällig wäre: Das wäre Unwissenheit der Herren. Wenn sie gegen die Kerntechnik argumentieren und unwissend sind, dann ist das noch schlimmer als Agitation.

Es gibt in der Kerntechnik eine neue Entwicklung, die Transmutationstechnologie. Ich muss kurz erwähnen, worum es dabei geht.

Bei der Kernspaltung entstehen strahlende Elemente. Sie sind deshalb strahlend, weil der Kern des Atoms instabil ist. Er hat etwas zu viel, und das, was er zu viel hat, strahlt er ab. Diese Strahlung bewirkt, dass das Element nach einiger Zeit stabil ist. Das kann Stunden dauern, das kann 100 000 Jahre dauern. Nun kam jemand auf die Idee und fragte: Was passiert, wenn ich in das Element etwas hineinstecke? Auch dann wird das Element stabilisiert. Das ist diese neue Transmutationstechnik.

Die Transmutationstechnik hat mehrere Effekte. Sie reduziert die gefährlichen Plutoniumabfälle. Die Transmutationstechnik bewirkt, dass statt mit Uran im Kernreaktor nur noch mit Thorium gearbeitet wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sind wir jetzt in einer Chemie- oder Physikvorlesung?)

Die Transmutationstechnik bewirkt, dass unsere Kernkraftwerke – Obrigheim oder Neckarwestheim – innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre auf eine neue Technik umgestellt werden könnten, wodurch das Thema Endlagerung hinfällig würde. Anstatt Endlager mit Einschlusszeiten von 100 000 Jahren, die nicht kontrollierbar sind – das muss jeder zugeben –, hätten wir Endlager mit Einschlusszeiten in der Größenordnung von 1 000 Jahren. In den jetzt vorgesehenen Endlagern, den Salzstöcken, ist eine Lagerung über einen Zeitraum von 1 000 Jahren wirtschaftlich und umweltpolitisch absolut vertretbar. Das heißt aber, wenn Tritium, wenn die Bundesregierung diese Technik verschweigt, dann ist das der Beweis für falsche Umweltpolitik und Energiepolitik.

Auch der Landesregierung ist ein Vorwurf zu machen. In Jülich, in Karlsruhe, bei Euratom wird an dieser Technik gearbeitet. Sie wäre für Deutschland ein neuer Exportschlager und würde zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Der Verkauf unserer Kraftwerke an das französische Staatsmonopol nimmt uns Möglichkeiten, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen, und verhindert, dass wir einen ganz wichtigen Exportmarkt in einer Größenordnung gewinnen, die weit höher läge, als es bei der Photovoltaik sein könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, einen kurzen Abstecher zum Thema Rabulistik und zu den Aussagen des Herrn Kollegen Walter.

Es gibt einen Antrag der Grünen, der im zuständigen Ausschuss abgelehnt wurde, nach dem der Zuschuss an den baden-württembergischen Luftfahrtverband gekürzt werden sollte. Es handelt sich um einen Zuschuss für einen Sport, der zum Beispiel Modellsport beinhaltet, ein ganz wichtiger Sport, der die Jugend geistig fördert, der handwerkliche

Fähigkeiten fördert. Während die Grünen hier eine Kürzung vornehmen wollten, erzählen sie auf der anderen Seite beim Landessportbund, wie sehr sie sich für den Sport einsetzen. Das ist Rabulistik und Heuchelei.

Das Thema Straßenbau hat die Kollegin Fauser schon angeschnitten. Ich muss das nicht wiederholen. Herr Göschel hat auf die Straßenschäden hingewiesen. Die Zeitungen berichten hierüber ausführlich. Aber ein Gesichtspunkt, Herr Stolz: Wenn Sie alte Schienenstrecken reaktivieren wollen, sollten Sie immer daran denken, dass das heutige Schienennetz 100 Jahre alt ist. Vor 100 Jahren waren die Wirtschaftszentren völlig andere. Wir müssen, wenn wir davon sprechen, Straßenverkehr auf die Schiene zu bringen, was wichtig ist, auch über neue Schienenstrecken sprechen. Nur die Reaktivierung alter Strecken ist falsch.

In diesem Zusammenhang: Baden-Württemberg läuft Gefahr, von den internationalen Hochgeschwindigkeitsverbindungen abgekoppelt zu werden. Wenn es die Strecke Paris – Köln – Berlin gibt, dann sind Stuttgart und Baden-Württemberg abgeschnitten. Deshalb halten wir es für wichtig, die TGV-ICE-Anbindung Freiburg – Straßburg – Basel auszubauen. Deshalb ist es auch wichtig, die Bahnstrecke Offenburg – Basel viergleisig auszubauen. Das hilft unserer Wirtschaft. Das hilft auch unserer Umwelt. Und das macht den Umbau „Verkehr von der Straße auf die Schiene“ möglich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich möchte diese Haushaltsrede in sieben kleine Abschnitte gliedern.

Ich will zunächst einmal mit einer Denkfigur beginnen, die ich hier im Laufe der Haushaltsdebatte vor zwei Tagen kennen gelernt habe. Diese Denkfigur heißt: „Dieses Land wird unter seinen Möglichkeiten regiert.“ Herr Maurer hat versucht, dies so als Schlagzeile rüberzubringen.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Schwach!)

In dieser Denkfigur steckt zunächst einmal: So schlecht kann es im Land gar nicht aussehen; als Opposition müssen wir bestimmte positive Entwicklungen mehr oder weniger zähneknirschend anerkennen; aber, gemessen an diesen Möglichkeiten, die das Land hat, könnte es viel besser sein, könnte es besser regiert werden. Dazu würde ich zunächst einmal ganz simpel den Hinweis darauf geben, dass man vielleicht Realitäten mit Realitäten vergleichen sollte. Deswegen ist ein Vergleich zwischen den Bundesländern, den Sie so wahnsinnig wenig schätzen, halt doch ein ganz wesentlicher Hinweis darauf, was in der Politik machbar ist. Diesen Vergleich halten wir aus.

Zum Dritten – das ist mir das Wichtigste –: Was Sie als „unter seinen Möglichkeiten“ bezeichnen, ist insofern das Ergebnis unserer Politik, als wir diese Möglichkeiten geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Ulrich Müller)

Das ist das Ergebnis langjähriger Politik. Es ist das Ergebnis zäher und pragmatischer Politik auf vielen Feldern über Jahrzehnte hinweg. Das sind die Möglichkeiten, von denen wir ausgehen können.

(Abg. Göschel SPD: Möglichkeiten geschaffen und nicht genutzt! Habe ich das richtig verstanden?)

Dieses Land ist nicht begabt beispielsweise durch Rohstoffreserven. Soweit es Reichtum entwickelt hat, haben wir den, was die öffentlichen Kassen anbelangt, ständig abzuliefern. Aber wir haben die besseren Konzepte. Das ist der Grund, weshalb wir bessere Möglichkeiten haben.

Jetzt will ich das am Beispiel unseres Ressorts – das war nur der allgemeine Vorspann – an zwei Punkten einmal deutlich machen.

Punkt Nummer 1: Umweltsituation. Wenn man Herrn Walter mit seinen etwas grobschlächtigen Äußerungen gehört hat, meint man, wir seien sozusagen das Schlusslicht in der Umweltpolitik, es sei überhaupt nichts los und bei uns sei die Situation ganz schlimm. Tatsache ist Folgendes: Wir haben einmal eine Übersicht darüber gemacht, wo wir bei den technisch messbaren Umweltqualitätszielen stehen, also in Bezug auf die Luftschadstoffe, auf CO₂, Abfallaufkommen, Abfallbeseitigungsanlagen, Flächenverbrauch, Wasserverbrauch, Grundwasserqualität, Grundwasserentnahmen. Wenn man diese Faktoren einfach einmal heranzieht und einen nationalen und internationalen Vergleich macht, stellt man fest – Sie mögen es beklagen, Sie mögen es verschweigen, Sie mögen es kritisieren oder nicht –, dass wir auch da auf Spitzenplätzen stehen,

(Abg. Drexler SPD: Aber beim Flächenverbrauch nicht!)

die wir mit der Schweiz und mit Österreich teilen. Und wir stehen auf Spitzenplätzen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Das ist die Realität der Umweltsituation in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Der Vergleich nach oben oder nach unten?)

– Herr Drexler, das ist ja wohl klar. Sonst würde ich es nicht erwähnen.

Zweiter Punkt: Öffentlicher Verkehr. Seit wir für den Schienenpersonennahverkehr zuständig sind, haben wir das Angebot – das ist jetzt erst einige Jahre her – um ein Drittel ausgeweitet, haben wir 17 % mehr Fahrgäste, haben wir einen nicht bundeseigenen Bahnanteil von 14 % und damit Optionen, Wahlmöglichkeiten. Wir haben den Integralen Taktfahrplan auf über 85 % der Bevölkerung erstreckt. Wir haben die Verbundförderung auf drei Viertel der Bevölkerung erstreckt. Wir investierten in den Jahren 1995 bis 1999 1,5 Milliarden DM in die Infrastruktur und über 1 Milliarde DM in die Fahrzeugförderung. Das alles sind Tatbestände, das sind Fakten. Damit können wir uns gegenüber jedem anderen Bundesland blicken lassen. Ich werde auch noch im Einzelnen schildern, mit welchen Instrumenten, mit welchen Konzepten das zu tun hat.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Das sind doch alles Bundesgelder!)

– Ja, aber die haben andere genauso. Deswegen sage ich gerade: Die anderen haben sie auch, aber sie haben nicht diese Erfolge – weil wir die besseren Rezepte haben. Genau das will ich damit schildern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zum Schluss dieser kleinen Bestandsaufnahme, dieser kleinen Schilderung will ich Ihnen etwas zum Stichwort Umweltplan sagen, den Sie mehrfach reklamiert haben. Er befindet sich zurzeit in der Ressortabstimmung. Ich nehme einmal an, dass wir ihn in dieser Legislaturperiode noch sauber hinkommen. Aber auch bei diesem Punkt muss man sagen: Wir werden dann das erste Bundesland sein – nicht das letzte –, das einen solchen Umweltplan hat. Wenn wir also von Land zu Land vergleichen, können wir uns auf vielen Gebieten blicken lassen.

Zweiter Gedankenblock: Ich will mit diesem Blick zurück und mit diesem Vergleich mit den Realitäten in anderen Ländern nicht sagen, meine Damen und Herren, dass damit das Ende der Umwelt- und Verkehrspolitik in Baden-Württemberg einzuleiten sei, weil hier alles schon in Ordnung sei. Meine Messlatte sind nicht unsere Erfolge; meine Messlatte sind – gerade in der Umweltpolitik – die globalen ökologischen Herausforderungen. Diese Messlatte liegt natürlich sehr viel höher.

Ich will mit großem Ernst und mit großer Eindringlichkeit sagen: Die globalen ökologischen Herausforderungen, denen wir als ein Industrieland, als ein wohlhabendes Land uns natürlich besonders zu stellen haben, verpflichten uns auf allen politischen Ebenen, von der europäischen bis zur kommunalen, und sie verpflichten auch alle politischen Kräfte.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! Aber sagen Sie das mal Ihrer Fraktion!)

Vor dem Hintergrund des Ressourcenverbrauchs, des Klimawechsels, des Eingriffs in die Biosphären und des Bevölkerungswachstums muss man sagen: Die Fragen, die sich uns gerade zu Beginn dieses Jahrhunderts stellen – in dem magischen Viereck zwischen Friedenspolitik, Entwicklungspolitik, Umweltpolitik und sozialer Gerechtigkeit –, wird die Bundesrepublik und wird auch das Bundesland Baden-Württemberg mit noch größerer Aufmerksamkeit verfolgen müssen, als es bisher der Fall war.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sprechen unter dem Stichwort Globalisierung eigentlich immer über die ökonomischen Fragen. Es gibt natürlich auch eine ökologische Dimension der Globalisierung. Diesen Herausforderungen sind wir alle miteinander noch nicht gerecht geworden. Ich sage auch mit großer Eindringlichkeit, dass die Umweltprobleme im Unterschied zu früher unanschaulicher geworden sind, weil sie im Weltmaßstab zu sehen sind, und dass sie auch bedrückender und unangenehmer werden, was die Zumutungen an den Lebensstil des Einzelnen anbelangt.

Deswegen, glaube ich, haben wir miteinander eine Aufgabe, die zunächst einmal darin besteht, den Verlust des Stellenwerts der Umweltpolitik – der landauf, landab, auf allen

(Minister Ulrich Müller)

Ebenen und in allen politischen Parteien zu beobachten ist; da sollten wir uns überhaupt nichts vormachen – zu bekämpfen, indem wir die wahre Bedeutung der Umweltdimension wieder deutlich machen. Diese Kommunikationsaufgabe ist übrigens eines der Leitmottos,

(Zuruf von der SPD: Motten!)

die wir in der Haushaltsveranschlagung haben. An einer ganzen Reihe von Stellen in diesem Haushalt haben wir versucht, im Bereich der Umweltkommunikation, Umweltbildung, Umweltaktionen und Umweltmodellvorhaben etwas voranzubringen, genau aus diesem Kommunikationsaspekt heraus: ob es die lokale Agenda 21 ist, wo Sie vorhin 1 Million DM vergessen haben, die wir natürlich noch zusätzlich auswerfen, ob es Wettbewerbe sind, Demonstrationsprojekte, Modellversuche, freiwilliges ökologisches Jahr, Umweltbildung oder was auch immer. Das ist eine gemeinsame Aufgabe. Ich glaube, wir sollten uns ihr über die Parteigrenzen hinweg stellen.

Dritter Gedankenblock: Wenn ich jetzt vom Verlust des Stellenwerts spreche, dann steckt darin ein Stück Selbstkritik. Aber darin steckt auch ein erhebliches Maß an Kritik, was die Haltung der Oppositionsparteien anbelangt.

Ich kritisiere nicht, meine Damen und Herren, dass Sie im Finanzausschuss und hier im Plenum keine sensationellen, weltbewegenden Alternativen gestellt haben. Wenn man Ihre Sprüche an dem misst, was Sie dann real an Anträgen gestellt haben, hält sich das in Grenzen. Ich kritisiere das nicht, weil ich es als eine Bestätigung unserer Linie ansehe.

Sehr viel eher kritisiere ich den Verlust an ökologischer Kompetenz seit dem Regierungswechsel in Bonn bzw. Berlin. Dieser Verlust an ökologischer Kompetenz ist wirklich mit Händen zu greifen. Ich will Ihnen das einmal daran deutlich machen, dass auf Bundesebene zunehmend davon gesprochen wird, man sollte auf Konzepte der alten Bundesregierung zurückgreifen. Zum Beispiel sagt Herr Loske, der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, man solle zum Umweltgesetzbuch vielleicht den Merkel-Entwurf hernehmen.

Ich kritisiere, dass beispielsweise das Thema Atomausstieg bei Ihnen alle Kräfte bindet. Noch dazu ist es natürlich die falsche Veranstaltung. Ich will das jetzt im Einzelnen gar nicht schildern. Es gibt sehr gute, auch ökologische Gründe, nicht für den Atomausstieg zu sein, ob das CO₂ ist, ob das die Frage ist, was an die Stelle tritt, ob das die Frage ist, dass wir die eigenen Kraftwerke abschalten und den Atomstrom dann von woanders her beziehen, wie auch immer.

Ich kritisiere, dass Sie auf Bundesebene bei dem Thema Ökosteuer einen Missbrauch des Begriffs Ökologie betreiben, dass Sie diesen Begriff dadurch entwerten, dass die Leute den Eindruck haben, Ökologie sei das, wo immer Geld für fremde Zwecke verlangt werde. Es ist ja das Merkwürdige an der Geschichte, dass sich die Leute nicht so sehr über die 6 Pfennig Mineralölsteuererhöhung je Liter beklagen, sondern dass sie sich betrogen vorkommen. Es ist Betrug, wenn Sie bei der Ökosteuer selbst hoffen müssen, dass Sie Ihre ökologischen Ziele nicht erreichen, weil Ihnen nämlich anschließend das Geld fehlen würde,

das Sie schon längst ausgegeben haben. Das ist doch ein innerer Widerspruch.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben es noch nicht begriffen!)

Im Übrigen will ich einmal sagen: Die Konzeptionslosigkeit der Ökopolitik auf Bundesebene ist mit Händen zu greifen. Und weil vorhin einmal gefragt wurde, was wir denn für Konzepte hätten, möchte ich Ihnen nur einmal die bundesbezogenen Vorstöße schildern, die wir in der letzten Zeit unternommen haben.

(Abg. Drexler SPD: Ozonordnung! Eine Katastrophe!)

Erster Punkt, das Zwölf-Punkte-Programm Ozon: O-Ton Baden-Württemberg: In allen zwölf Punkten von der Umweltministerkonferenz einstimmig angenommen.

Zweiter Punkt, Kraftstoffqualität: Sie hatten erhebliche Probleme und machen jetzt auf Bundesebene ein Minus gegenüber dem, was wir in der Bundesratsinitiative vorge schlagen haben.

(Abg. Drexler SPD: Wieso haben Sie das in den 15 Jahren nicht gemacht, in denen Sie in der Regierung waren?)

– Herr Drexler, jetzt seien Sie einmal ganz ruhig, sonst muss ich mir überlegen, ob ich Ihren Namen in Zukunft doch mit „x“ schreibe.

(Abg. Drexler SPD: Ich schreibe mich mit „x“!)

Zum dritten Punkt: Nehmen Sie beispielsweise den ganzen Bereich der Abfallpolitik, das, was wir gegenüber der Bundesregierung im Interesse der Sicherung der Qualität der Abfallentsorgung kritisieren, und zwar ganz konkret genau an zwei Stellen: Das betrifft die TA Siedlungsabfall auf der einen Seite, und das betrifft auf der anderen Seite die Auseinandersetzung, die wir mit dem heutigen Bundesumweltministerium in Bezug auf das Thema „Beseitigung und Verwertung“ haben. Da sind wir uns sozusagen auf der geschäftsmäßigen Ebene mit den Grünen einig, aber eben nicht mit dem Bundesumweltministerium.

Wir versuchen, die Qualität in der Abfallentsorgung zu sichern, indem wir die Beseitigungsanlagen gegenüber einer falschen Verwertung aufrechterhalten wollen. Und wir müssen das gegenüber dem Bundesumweltministerium tun.

Wir machen Vorschläge in Bezug auf marktwirtschaftliche Instrumente. Ich will das mit dem Quotenhandelsmodell jetzt im Einzelnen gar nicht schildern. Ich will auch nicht schildern, welche Veranstaltungen wir zum Thema „internationaler Zertifikatehandel“ machen. Aber Sie müssen auf Bundesebene feststellen, dass wir da Anstöße geben müssen, aber leider noch nicht erfolgreich waren, weil es eben an Konzepten fehlt.

Ich will zum Schluss dieser kleinen Aufzählung, weil Sie immer meinen, es sei nichts da – Sie nehmen es halt nicht wahr oder wollen es nicht wahrnehmen –, sagen: Was wir im Bereich der Umweltforschung tun, was wir im Bereich der Umweltverwaltung tun, was wir im Bereich des Vollzugs tun, lässt sich sehen.

(Minister Ulrich Müller)

Ich nenne nur ein einziges Beispiel, das Thema Altlastenerkundung. Hier haben wir den am weitesten fortgeschrittenen Zustand unter allen Bundesländern. Das Gemälde, dass wir unseren Aufgaben nicht gerecht würden, stimmt nicht. Ich suche den edlen Wettstreit mit Ihnen, was die besseren Ideen und die besseren Konzepte anbelangt.

Ich würde Sie gerne herausfordern, dass Sie sozusagen unser Kontrahent sind und etwas bieten. Aber wenn ich jetzt beispielsweise den Landesparteitag der Grünen nehme, der ja unter anderem dem Ziel gedient hat – für die Grünen, wohlgemerkt –, das Thema Ökologie wieder aufzuwerten und zu entdecken, und mir dann Ihre Beschlüsse auf dem Landesparteitag anschauere, können wir uns vielleicht auf die Formulierung einigen: Bäume haben Sie da auch keine ausgerissen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Dürftig! – Abg. Drexler SPD: Warum sollen denn die Grünen Bäume ausreißen?)

Vierter kleiner Abschnitt: Beim Übergang vom Thema Umweltpolitik zur Verkehrspolitik möchte ich mich dem Thema „öffentlicher Verkehr und Schienenverkehr“ zuwenden. Denn, meine Damen und Herren, das ist heute, glaube ich, noch gar nicht so deutlich herausgekommen:

(Zuruf von der SPD: Das muss auch nicht sein!)

Den wichtigsten und übrigens auch den teuersten und aufwendigsten Beitrag, den wir zur Umweltpolitik überhaupt leisten, leisten wir in der Verkehrspolitik durch die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Schienenverkehrs. Das ist vorhin schon einmal angesprochen worden.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Es sind über 2 Milliarden DM. Da geht es nicht um Pipifax, um irgendwelche kleinen Beträge für irgendwelche Teilmaßnahmen, sondern wir haben hier eine Schwerpunktsetzung vorgenommen.

Jetzt will ich das, was ich vorhin gesagt habe, noch einmal deutlich machen: Auch andere Bundesländer haben, weil das ja überwiegend Bundesgelder sind, Geld. Aber wir haben zusätzliche Instrumente, bei denen jeder sagen muss, dass wir aus dem Geld mehr gemacht haben als andere. Wir beziehen die Kommunen ein, wir kooperieren mit der DB, aber wir haben auch Alternativen zur DB, und zwar die meisten unter allen Bundesländern. Wir haben pragmatische Konzepte und ein Instrument mit der NVBW, der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, wir haben trotz Kürzungen nach wie vor die beste Busförderung unter allen Bundesländern. Wir haben eine hervorragende Verbundförderung. Wir haben auch eine hervorragende Förderung nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes und dabei die besondere „List“ angewandt, diese Mittel tabu zu stellen, weil wir das aus dem Finanzausgleichsgesetz finanzieren, im Unterschied zu anderen Bundesländern, die an dieser Stelle kürzen wollen. Wir wollen das nicht.

Wir stellen uns auf neue Herausforderungen ein. Es wird miteinander eine Aufgabe sein, uns den neuen Herausforderungen, die uns durch den Rechnungshof auferlegt wor-

den sind und die da heißen, dass wir auch im öffentlichen Verkehr Kosten und Nutzen immer wieder neu zu überlegen haben, zu stellen. Außerdem haben wir die neue Herausforderung der Liberalisierung, des Wegfalls von Quersubventionen. Das ist in der Tat ein Thema, das auf uns gekommen ist und das wir mit Sorge sehen.

Wenn ich bei der Sorge bin, dann will ich auch das ansprechen, was hier schon einmal kurz eine Rolle gespielt hat, nämlich die Äußerung von Herrn Mehdorn in Bezug auf die Reduzierungen des Fernverkehrs, beispielsweise im Interregiobereich, die möglicherweise auf unser Angebot durchschlagen können, weil uns dann Lücken in den Integralen Taktfahrplan gerissen werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist das Problem!)

Und wenn es so wäre, dass die DB tatsächlich 40 Millionen Zugkilometer von insgesamt 170 Millionen, die sie hat – das sind also 25 % und damit keine Kleinigkeit –, streicht, dann wäre das natürlich eine Katastrophe für unseren Integralen Taktfahrplan.

(Zustimmung des Abg. Dr. Birk CDU)

Ich merke das heute vorsorglich schon einmal ganz kritisch an.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber auch eine Folge der Bahnreform, die Sie mit zu verantworten haben! – Weitere Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja. – Im Übrigen habe ich Herrn Mehdorn als einen sehr interessanten, innovativen, tatkräftigen und originellen Gesprächspartner und jemanden, von dem wir auch Positives zu erwarten haben, kennen gelernt.

Jetzt komme ich auf einen anderen Aspekt des Schienenverkehrs zu sprechen, nämlich den Personenfernverkehr und unsere Rolle dabei. Das, was Herr Mehdorn mit dem Fernverkehrsring in der Bundesrepublik und den Knoten, die wir dann in bestimmten Zentren haben, vorgeschlagen hat, das ist die bundesweite Begründung für das, was wir im Land Baden-Württemberg mit den beiden Projekten Stuttgart 21 und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm schon seit Jahren vertreten. Das ist die bundesweite Begründung für das, was wir im Land als landespolitische Maßnahme seit fünf Jahren für richtig halten.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern haben wir natürlich jetzt einen hervorragenden Rückenwind für diese beiden Projekte, und dies zeigt, dass unser Konzept richtig war. Es wird zwar von Einzelnen in diesem Hause nach wie vor bestritten, aber es wird nicht vom Verkehrsunternehmen DB bestritten. Es wird auch nicht von allen bestritten, und wir waren uns auch stets sicher, dass wir hier richtig liegen.

Aber wir haben mittlerweile eine zusätzliche Begründung, und ich bin übrigens einigermaßen optimistisch, dass es uns gelingen wird, jetzt ganz konkret eine Vereinbarung mit der Deutschen Bahn in Sachen Stuttgart 21 hinzubekommen. Ich kann nur hoffen, dass wir auch eine entspre-

(Minister Ulrich Müller)

chende Vereinbarung mit der Bundesregierung zustande bekommen, was die Vorfinanzierung der Neubaustrecke anbelangt.

Jetzt muss ich einfach einmal sagen: Bei diesen beiden für das Land verkehrspolitisch, umweltpolitisch und wirtschaftspolitisch sowie strukturpolitisch wirklich herausragenden Verkehrsprojekten kämpfen wir seit Jahren, aber andere bekämpfen das. Das finde ich einfach nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Wer bekämpft denn da?)

Ich will es auch einmal zuspitzen und hier ganz gezielt etwas zu den Grünen sagen. Die Grünen bekämpfen dieses Projekt, sie sitzen im Aufsichtsrat der DB und verteuern das Projekt zulasten des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Von wem reden Sie denn?)

Denn da werden die Messlatten immer höher gelegt, und wir sollen anschließend alles bezahlen. Überlegen Sie sich einmal, welche landespolitische Verantwortung Sie haben.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kämpfen gegen die Grünen für ein Schienenprojekt! Wo hat es denn so etwas schon gegeben? Und wir kämpfen für die Interessen des Landes.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stolz?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Verkehrsminister, können Sie das, wenn Sie solch eine Behauptung aufstellen, dass wegen unserer Politik alles teurer werde, an einigen Punkten einmal konkretisieren?

(Lebhafte Unruhe)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Schauen Sie sich einmal die Messlatten an, die von Freunden bzw. Anhängern Ihrer politischen Richtung im Aufsichtsrat der DB uns gegenüber formuliert werden. Das sind anschließend die Hürden, über die wir wieder springen sollen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Baukostenrisiko! Ist doch in der Presse zu lesen! – Weitere Zurufe)

– Beispielsweise der Albert Schmidt, um es ganz konkret zu sagen. Was ich von Ihnen, die Sie hier im Lande in der Opposition sind und auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung stehen, erwarten würde, wäre, dass Sie Ihre

Solidarverantwortung gegenüber diesem Land Baden-Württemberg auch auf Bundesebene wahrnehmen würden

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Bravo! Sehr gut!)

und zusammen mit uns die landespolitischen Großprojekte durchsetzen würden. Was die SPD anbelangt, würde ich sagen: Die steht im Wesentlichen abseits.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Man hat schon Niveauvolles von Ihnen gehört!)

Sie ist nicht dagegen, aber so übermäßig dafür ist sie auch nicht.

Ich mache es Ihnen einmal konkret an einem Beispiel deutlich. Ich will Ihnen gerne bescheinigen, dass sich beispielsweise Herr Mosdorf für die Neubaustrecke, für Stuttgart 21 und die Messe bemüht, ob es erfolgreich ist oder nicht. Es fällt auf, dass sich einmal einer von der SPD bemüht. Wir sind ja dankbar dafür. Es ist die Ausnahme von der Regel, wie wir leider feststellen müssen.

(Abg. Brechtken SPD: Da waren Sie noch am Bodensee, da haben wir uns schon darum gekümmert, Herr Kollege! Da haben Sie noch gar nicht gewusst, was das ist! So ein Quatsch! – Zuruf: Da hat der noch gar nicht gewusst, wo die Messe liegt und der Bahnhof!)

– Okay. – Jetzt will ich Ihnen das aber an diesem Beispiel noch in einem Punkt konkreter machen. Herr Mosdorf stellt sich hin und sagt, er habe erreicht, dass das Echterdinger Ei mittlerweile bei den hochprioritären Maßnahmen sei. Es ist leider nicht so. Es wäre schön, er hätte es erreicht. Zu gleicher Zeit stellt sich Ihr Fraktionsvorsitzender Maurer in Heilbronn hin und sagt, weil wir – also die Landesregierung – das Echterdinger Ei in die hochprioritären Maßnahmen gebracht hätten, würde es keinen Ausbau der A 6 geben. Verstehen Sie, das ist die Art von Politik, wo ich das formuliere: „Sie stehen abseits.“ Das war doch noch eine freundliche Formulierung. Man könnte auch sagen: „Sie sagen es da so und dort anders.“

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Das Schwarze-Peter-Spiel haben doch Sie angefangen!)

Fünfter kleiner Abschnitt: Logischerweise kommen wir jetzt zu dem Thema Verkehrsfinanzierung. Meine Damen und Herren, das Thema Verkehrsfinanzierung hat eine fundamentale Bedeutung, weil wir hier ein Infrastrukturdefizit bekommen, das immer größer wird. Dieses Thema Verkehrsfinanzierung ist in erster Linie ein Bundesthema, weil dort die großen Dinge zu erledigen sind. Man kann all diejenigen, die landauf, landab Verkehrsprojekte haben, die durch den Bundeshaushalt über den Bundesverkehrswegeplan finanziert werden sollen, nur sagen: Wir sollten nicht versuchen, dass es einen Kampf der Projekte in der Warteschlange gibt, sondern dass es einen Kampf aller Projekte gegen die Warteschlange gibt. Deswegen brauchen wir insgesamt mehr Geld.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Da sind wir uns doch einig!)

(Minister Ulrich Müller)

– Alles recht und schön. – Jetzt sagen Sie, Sie hätten im Bundesverkehrswegeplan eine Unterfinanzierung vorgefunden. Meine Damen und Herren speziell von der SPD, Sie sagen, Sie hätten „eine Unterfinanzierung vorgefunden“. Das mag ja sein, und das haben wir in der letzten Legislaturperiode genauso beklagt.

(Abg. Brechtken SPD: Das mag ja sein! – Abg. Göschel SPD: Das ist mehr als ein Jahreshaushalt!)

Deswegen haben wir auch Vorschläge gemacht.

(Zuruf von der SPD)

– Das räume ich ja ein. – Deswegen haben wir zum Beispiel einen Vignetten-Vorschlag gemacht; genau aus diesem Grund. Aber wenn Sie das schon beklagen, dann dürfen Sie doch nicht selber hergehen und anschließend kürzen. Dann müssten Sie logischerweise erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Aber bei der Bundesverkehrspolitik können wir ein merkwürdiges Spiel auf unterschiedlichen Ebenen feststellen. Berlin schreibt uns vor, was wir zu tun haben, und streicht uns gnadenlos die Mittel zusammen. Auf Landesebene wird uns vorgehalten, wir hätten zu viele Wünsche, wir hätten zu viele Pläne, wir hätten zu viele Projekte, wir würden eine Spatenstichpolitik machen. Vor Ort heißt es dann – auch aus dem Munde von SPD-Abgeordneten –, dass natürlich die Projekte X und Y längst gemacht werden müssten, aber die Landesregierung die falschen Prioritäten gesetzt habe.

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Jetzt sage ich Ihnen: Jeder der Punkte ist falsch, aber die Kombination dieser Punkte zusammengenommen ist unehrlich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Glauben Sie bloß nicht, dass Ihnen die Bürger so einfach auf den Leim gehen.

Ich will Ihnen einmal schildern, was meine Vorstellung von einer Verkehrsfinanzierung wäre. Da braucht man bloß auf das Nachbarland Schweiz zu schauen. Wissen Sie, was die Schweiz gemacht hat? Sie hat einen ganz einfachen Weg beschritten. Sie hat erst einmal Projekte formuliert und gesagt: Liebe Bevölkerung – da kommt noch die direkte Demokratie dazu; das ist eine Besonderheit – –

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die wollen Sie doch gar nicht! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Die verhindert ihr doch!)

– Ganz ruhig, Herr Kretschmann, es ist alles okay. – Ich schildere nur eine bestimmte Reihenfolge, nämlich dass man in der Schweiz von den Projekten kommt und anschließend das Geld dafür sucht. Hier findet etwas anderes statt: Erst streicht man das Geld und anschließend die Projekte.

(Abg. Brinkmann SPD: Sie machen den ersten Spatenstich und suchen dann das Geld! – Abg. Drexler SPD: Sie machen den ersten Spatenstich und haben kein Geld!)

Das ist der Fehler, der gemacht wird. Sie würden mehr Geld mobilisieren – –

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Brechtken SPD)

– Ja, Sie kürzen. Ich komme gleich noch darauf zurück.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wollen wir endlich einmal wissen, wo der Geldscheißer steht! – Heiterkeit)

– Ja, ja.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen zunächst einmal ein Einverständnis in der Öffentlichkeit, welche Verkehrsprojekte wir überhaupt wollen, und dann findet sich vielleicht in der politischen Diskussion auch das Geld.

(Abg. Brechtken SPD: Macht einmal einen Vorschlag!)

– Jawohl, ich mache es ganz konkret.

Ich sage Ihnen erstens: Unterlassen Sie die Kürzungen im Bundesverkehrshaushalt.

(Abg. Brechtken SPD: Sie wollten uns doch gerade die Projekte sagen, die vordringlich sind! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zweitens: Unterlassen Sie die globale Minderausgabe, die Sie das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik auf diesem Gebiet in Milliardenhöhe vorgesehen haben.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wer hat die Milliardenschulden hinterlassen?)

Drittens: Sehen Sie vor, dass die Zweckbindung bei der elektronischen Maut für Lastkraftwagen tatsächlich auch der Verkehrsfinanzierung zugute kommt.

Viertens: Nehmen Sie wenigstens einen Teil der so genannten Ökosteuern, der Mineralölsteuererhöhung und verwenden Sie sie auch für die Verkehrsfinanzierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Es gibt wenig Passagen, bei denen man bei öffentlichen Erklärungen so viel Beifall bekommt, wie dann, wenn man sagt: Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass der Autofahrer auf der einen Seite abkassiert wird, dass also die Belastung steigt, und auf der anderen Seite die Ausgaben für den Verkehr gesenkt werden. Das passt nicht zusammen.

(Abg. Brinkmann SPD: Und bei den hohen Lohnzusatzkosten kriegen Sie auch Beifall?)

In diesem Kontext sage ich Ihnen: Man kann auch über zusätzliche Finanzquellen sprechen, und in diesem Kontext wird man auch über die Verteilung der Mittel zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland sprechen müssen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist alles nebulös!)

(Minister Ulrich Müller)

Jetzt könnte man sagen – das macht ja die SPD ganz gern –: Diese Reduzierung der Mittel hat halt leider sein müssen; wir mussten das auf dem Altar der Sparsamkeit, auf dem Altar des Vaterlands opfern. Ich sage etwas ganz anderes: Sie haben einen Koalitionspartner, der eine andere Verkehrspolitik machen will, der keinen Straßenbau will. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Brechtken und Brinkmann SPD)

Jetzt sage ich auch noch zu den Grünen etwas. Wenn Sie vonseiten der Grünen wenigstens, was die Schienenverkehrspolitik anbelangt, mehr Geld im Bundesverkehrswegethaushalt durchsetzen würden, könnte man darüber noch reden.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, ja, aber Herr Stolz, jetzt einmal ganz konkret: Die 5,4 Milliarden DM, von denen Herr Schlauch im November 1999 gesprochen hat, haben keine einzige Mark bewegt. Sie haben nur vorhandene Ausgaben anders deklariert. Das war ein Betrug an der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben keine Mark bewegt.

Damit zum sechsten kleinen Abschnitt, zum Straßenbau im Land:

(Zurufe von der SPD: Aha! – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Die Grünen haben beim Straßenbau Kürzungsvorschläge gemacht, und zwar für das Jahr 2000 im Wert von 130 Millionen DM und für das Jahr 2001 von 138 Millionen DM. Also müssten wir zum Schluss wahrscheinlich noch etwas zurückzahlen, damit wir überhaupt noch über die Runden kommen könnten. Die SPD macht den Vorschlag, um 20 Millionen DM zu erhöhen. Einverstanden. Aber ich muss Sie einmal darauf hinweisen, dass Sie im Jahre 1997 – nicht 1897, sondern 1997, also vor drei Jahren – Kürzungsvorschläge im Straßenbau von exakt – ich habe es dabei; wenn Sie es bestreiten, kann ich es Ihnen sofort vorlesen – 42 Millionen DM gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göschel?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Sofort. Ich stelle es nur dar.

Sie haben 1997 Kürzungsvorschläge in Höhe von 42 Millionen DM gemacht, und Sie haben für den Nachtrag 1999 eine Erhöhung von 11 Millionen DM beantragt, und jetzt haben Sie einen Erhöhungsantrag mit 20 Millionen DM. Das heißt, im Jahr 2002 und im Jahr 2003, beim nächsten Doppelhaushalt, sind Sie dann vielleicht glücklich so weit, wie wir 1997 schon waren. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Wer hat denn im Straßenbau gekürzt?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Göschel, bitte.

Abg. Göschel SPD: Herr Minister Müller, sollten Sie sich nicht darüber freuen, dass die SPD-Landtagsfraktion in dieser Frage sehr lernfähig war, . . .

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ja wohl.

Abg. Göschel SPD: . . . und kritisieren Sie uns eigentlich nur deshalb, weil wir schneller gelernt haben als Sie?

(Lachen bei der SPD)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Sie haben nicht schneller gelernt. Ich habe Ihnen gerade vorge-rechnet,

(Abg. Brechtken SPD: Sie haben doch die Straßenbaumittel gekürzt!)

dass Sie im Jahr 2002 oder 2003 erst so weit sind, wie wir schon 1997 waren. Ich freue mich über den Lernprozess, und ich begrüße das ja. Ich stelle – übrigens auch, was die Bundesverkehrspolitik anbelangt – fest, dass Sie langsam merken, dass Sie bei den Themen Straßenbau und Verkehrsfinanzierung mit dem Kopf an die Wand fahren und dass Sie sich deswegen wahrscheinlich irgendwann noch ändern werden. Ich finde das okay und gut, und ich habe dagegen überhaupt nichts.

Aber wenn Sie Erhöhungsvorschläge machen, schlage ich Ihnen vor: Machen Sie sie an der Stelle, wo sie wirklich etwas bringen, und das wäre nicht in Stuttgart, sondern in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen eine Erhöhung um 70 Millionen DM beim Landesstraßenbau, und wir machen eine Erhöhung durch Umschichtung innerhalb des GVFG von 30 Millionen DM. Das sind immerhin 100 Millionen DM mehr, die wir pro Jahr haben. Das ist ein Wort. Damit können wir noch nicht alles machen, aber einiges.

Konkret: Wir beginnen 95 Projekte im Wert von 250 Millionen DM. Vor allem ist mir dabei wichtig: Wir geben damit ein klares Signal ins Land hinaus, dass diejenigen, die im Moment nicht zum Zug gekommen sind, bei dieser Art von Verkehrspolitik in den Folgejahren eine Chance haben. Diese positive Perspektive ist ganz wichtig. Das ist ein großartiger Erfolg.

Wer die Projekte kritisiert, soll einmal konkret sagen, welche gestrichen werden sollen. Ich sage Ihnen als Umwelt- und Verkehrsminister auch: Bei keinem der Projekte habe ich ein schlechtes ökologisches Gewissen – überhaupt nicht. Viele der Maßnahmen dienen nicht nur dem Verkehr, sondern auch dem Bürger und der Umwelt.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Sie nehmen es aber dem öffentlichen Verkehr weg!)

Ich will diesen Abschnitt mit einer einfachen Bemerkung abschließen. Die Gesellschaft hat sich für das Auto entschieden. Das ist ein Grundtatbestand, den man sehen muss und den man anerkennen muss. Sie brauchen nur auf die Straßen zu schauen, dann wissen Sie, was dort läuft. Man

(Minister Ulrich Müller)

muss auch berücksichtigen: Ein Sechstel aller Arbeitsplätze hängt in irgendeiner Weise vom Auto ab. Deswegen brauchen wir auch Straßenbau. Aber daneben brauchen wir Alternativen zum Auto, und wir brauchen ein umweltverträglicheres Auto, als wir es heute haben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum siebten und letzten kleinen Abschnitt dessen, was ich sagen will. Es ist ja immerhin der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode, und wir stehen am Beginn eines neuen Jahrhunderts. Deswegen ist vielleicht ein selbstkritischer Blick auf die künftige Finanzausstattung speziell der Umweltpolitik nicht falsch. Der Blick darauf, mit welcher Finanzausstattung wir Umweltpolitik machen, gilt für den Bund, gilt für die anderen Bundesländer und gilt natürlich auch für Baden-Württemberg.

Wir haben im Haushalt 2000/2001 eine Reihe von Erhöhungen und kaum Kürzungen vorgenommen – das ist immerhin erfreulich –, Erhöhungen im öffentlichen Verkehr, Erhöhungen für den Straßenbau, Erhöhungen innerhalb des Kommunalen Investitionsfonds von immerhin 50 Millionen DM, mit dem wir Umweltschutz betreiben, und Erhöhungen bei unseren Umweltprogrammen von summa summarum 10 Millionen DM.

Aber damit bin ich nicht zufrieden, wenn ich mir vorstelle, welche Aufgaben vor uns stehen und wofür wir in der Zukunft Geld brauchen werden; ich kann sie aufzählen. Das gilt für den Bereich des Klimaschutzes, speziell – das wird oft übersehen – für den Wärmemarkt, das gilt für den Bereich des Hochwasserschutzes – nicht bei den Gewässern zweiter Ordnung, da sind wir ganz gut ausgestattet, aber bei denen erster Ordnung –, das gilt für die Sanierungskosten im Abwasserbereich, und das gilt für die Mittel, die wir qua SchALVO für den Grundwasserschutz zur Verfügung stellen wollen. Ich hoffe, das gelingt uns. Das war eine harte Operation, bei der übrigens die Opposition völlig abseits gestanden ist. Dieses Geschäft haben wir alleine erledigen dürfen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was soll denn das heißen?
Das ist ja unglaublich! – Abg. Brechtken SPD: Er will nicht mehr regieren!)

– Man könnte sich ja beteiligen und Vorschläge machen. Aber Sie warten nur immer ab und kritisieren dann das, was herauskommt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Haben Sie meinen Anruf erwartet, oder was? – Abg. Göschel SPD: Sollen wir denn mitregieren?)

– Ich würde Ihre Oppositionsrolle so verstehen, dass Sie vielleicht gelegentlich einmal Vorschläge machen. Das wäre nicht schlecht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bei den laufenden Geschäften? Wir werden uns in Kürze melden!)

Ich beziehe den Wunsch, mehr Geld zu bekommen, auch auf das Thema der privaten Altlastensanierung; da stimme ich dem zu, was vorhin gesagt worden ist. Er gilt auch für die Finanzaufwendungen im Blick auf ökologische Ausgleichsmaßnahmen, im Blick auf das unerledigte Umweltthema „Lärmschutz“ und im Blick auf die Themen „Güter

auf die Schiene“, Verkehrsleittechnik, Umwelttechnik, Förderung und Export.

Das sind die Aufgaben, die in der nächsten Legislaturperiode vor uns stehen und bei denen ein reiches Land mit viel Geld dazu beitragen muss, dass die Schäden und die Kosten, die es in der Umwelt verursacht, ein Stück weit ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, ich fasse in drei Sätzen zusammen.

Erstens: Wir machen eine pragmatische und effiziente Umwelt- und Verkehrspolitik, die den Vergleich mit jedem anderen Bundesland aushalten kann.

Zweitens: Wir üben uns ganz bewusst – das ist ein politischer Inhalt; das ist kein Zufall – in Partnerschaft gegenüber der Wirtschaft und gegenüber dem Bürger. Wir können Umweltschutz nicht gegen andere gesellschaftliche Kräfte durchsetzen, sondern nur mit ihnen zusammen.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Drittens: Ich wäre daran interessiert, dass wir in den Aufgaben, in dem Stellenwert der Umweltpolitik

(Abg. Dr. Caroli SPD: Er ist bei Ihnen niedrig, sehr niedrig! – Abg. Brechtken SPD: Der sagt noch einmal einen Satz!)

und in der künftigen Finanzausstattung der Umweltpolitik Gemeinsamkeiten finden, die es uns erlauben, einen größeren politischen Spielraum zu bekommen, um uns den künftigen Aufgaben gewachsen zu zeigen und ihnen zu entsprechen.

Ich bedanke mich vielmals.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Frau Abg. Günther hätte noch eine Nachfrage.

(Abg. Brechtken SPD: Nachher, beim Mittagessen! – Gegenruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Nein, jetzt! – Unruhe)

Bitte schön, Frau Günther.

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, wie passt Ihre Aussage im Umweltteil, wonach wir vor großen globalen Herausforderungen bei der Umweltpolitik und vor großen globalen Umweltproblemen stehen, mit Ihren Forderungen beim Landes- und Bundesstraßenbau zusammen? Oder anders gefragt: Wenn Sie das Geld fänden, um sämtliche Landes- und Bundesstraßen zu bauen, die Sie gern hätten, was für Auswirkungen hätte das auf die Umweltbelastung?

(Lebhafte Unruhe – Abg. Brechtken SPD: Oh Gott! Das dauert aber lange! – Abg. Ingrid Blank CDU: Der tagt bis morgen! Ich will das genau wissen! – Abg. Haasis CDU: Weniger Staus! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Umwelt- und Verkehrsminister die Gelegenheit zu geben, die Frage zu beantworten, damit wir dann in die Mittagspause eintreten können.

(Abg. Brechtken SPD: Er möge sie aber auch so beantworten!)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, ich habe den dezenten Hinweis verstanden.

(Heiterkeit)

Ich werde in einem Satz antworten.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Ich kenne in Baden-Württemberg keine Straße, bei der ich mich als Umweltminister genieren oder schämen würde oder bei der es mir peinlich wäre. Vielmehr dienen die meisten der Straßen, die wir brauchen, auch Umwelteffekten. Aber ich beschränke die Verkehrspolitik nicht auf den Straßenbau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Das war der beste Teil der Rede! – Abg. Dr. Caroli SPD: Wenn er das allein gesagt hätte, wäre es gut gewesen!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4810.

(Abg. Brechtken SPD: Da müssen wir ja schaffen!)

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-2. Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr Kapitel 1001 – Ministerium – zur Abstimmung auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Sie müssen abstimmen, meine Damen und Herren. So viel Bewegung muss sein. –

(Unruhe – Abg. Brechtken SPD: Jetzt ist es gut!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Da hätten wir vielleicht die Mehrheit gehabt!)

Ich rufe auf

Kapitel 1003

Verkehr

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/4841-3, 12/4841-10, 12/4841-1, 12/4841-4, 12/4841-5 und 12/4841-6.

(Abg. Brechtken SPD: Halt, langsam!)

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4841-10, und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-3, auf. Diese Anträge sind inhaltsgleich. Es geht hier um die Schuldendiensthilfe an den Flughafen Stuttgart. Ich lasse über beide Anträge zusammen abstimmen. Wer diesen Anträgen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Birk CDU hebt versehentlich die Hand. – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Birk hat zugestimmt! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Gegenprobe! –

(Abg. Göschel SPD: Wieso darf der zweimal abstimmen?)

Enthaltungen? – Die beiden Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4841-1 – Schuldendiensthilfe –, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-4, auf. Er betrifft nicht nur das Kapitel 1003 – Verkehr –, sondern auch das Kapitel 1004 – Straßenbau. Ich lasse über den Antrag insgesamt abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-5, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-6, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 1003 entsprechend der Beschlussvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1004
Straßenbau

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/4841-7 und 12/4841-11.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-7, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4841-11, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über das Kapitel 1004 – Straßenbau – in der Fassung der Beschlussvorlage. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1005
Wasser- und Abfallwirtschaft

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/4841-8 und 12/4841-9.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-8. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4841-9, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über das Kapitel 1005 – Wasser- und Abfallwirtschaft – in der Fassung der Beschlussvorlage. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1006
Gewerbeaufsicht

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1008
Landesamt für Straßenwesen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1010
Landesanstalt für Umweltschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1011
Gewässerdirektionen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4841-12. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über das Kapitel 1011 in der Fassung der Beschlussvorlage. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 10 abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:55 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir verschieben die Wiederaufnahme der Sitzung um fünf Minuten, weil der Finanzminister, der Vorsitzende des Finanzausschusses und noch einige Mitglieder des Finanzausschusses, die bei dieser Debatte ja anwesend sein sollten, noch mit der Einnahme des Mittagessens befasst sind.

(Heiterkeit)

Ich bitte Sie für die Verschiebung um Verständnis.

(Abg. Mappus CDU: Aber Herr Winckler ist da! – Unterbrechung der Sitzung: 14:46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:51 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Es ist erfreulich, dass der Herr Finanzminister und die Mitglieder des Finanzausschusses nunmehr gestärkt bereit sind. Allerdings sehe ich noch nicht alle Ausschussmitglieder.

(Abg. Herrmann CDU: Die wichtigen sind da!)

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 06: Finanzministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4806

Berichterstatter: Abg. Kiel

Buchstabe d:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4812

Berichterstatter: Abg. Winckler

Buchstabe e:

Staatshaushaltsgesetz 2000/01

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4813

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Scheffold

Buchstabe f:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1999 bis 2003 – Drucksache 12/4815

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Scheffold

Das Präsidium hat für die Beratung der aufgerufenen Tagesordnungspunkte eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei auch hier gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich gehe davon aus, dass keiner der Berichterstatter das Wort wünscht. Wir kommen damit zunächst zur Allgemeinen Aussprache über die Beratungspunkte unter den Buchstaben c bis f der Tagesordnung.

Herr Abg. Winckler, Sie haben das Wort.

Abg. Winckler CDU: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Das Haushaltskonzept der SPD-Fraktion wurde von ihrem Vormann als solide gepriesen. Mit dem Wort „solide“ wird – so jedenfalls besagen es deutsche Wörterbücher – eine als Tugend verstandene Verhaltensweise umschrieben. Bei der sozialdemokratischen Genossenschaft steht dieses Wort aber offensichtlich für ein Verhalten, das üblicherweise nicht positiv beurteilt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bewiesen hat sie dies im Laufe der Haushaltsplanberatungen wiederholt, ganz besonders bei der Beratung des Einzelplans 12 im Finanzausschuss. Was die Sozialdemokraten dort zum Teil beantragt haben, war, milde ausgedrückt, ausgesprochen unsolide. So wollten sie beispielsweise bereits feststehende Steuerausfälle von 438 Millionen DM

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr! Darauf habe ich auch hingewiesen!)

aufgrund zweier schon in Kraft getretener Bundesgesetze, nämlich des Familienförderungsgesetzes und des Steuerbereinigungsgesetzes 1999, nicht als Mindereinnahmen etatisiert wissen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und als Deckungsmittel einstellen! – Abg. Wieser CDU: Das ist ja unglaublich, Herr Kollege!)

Aber es kam noch schlimmer. Von den 438 Millionen DM Steuerausfällen sollten nach dem Willen der SPD 333 Millionen DM, also nicht zu erwartende Einnahmen, zur entsprechenden Verringerung der geplanten Nettokreditaufnahme verwendet werden.

(Abg. Döpfer CDU: Noch schlimmer!)

Möglich wäre dies nur, wenn es bei den Sozialdemokraten Wundertäter gäbe, die Steuerausfälle in Steuereinnahmen verwandeln könnten. Doch solche gibt es in den sozialdemokratischen Reihen nicht, dafür aber so genannte Finanzexperten, zu denen auch der Finanzausschussvorsitzende zählt, die öfter auf ziemlich absurde Ideen kommen.

(Abg. Wieser CDU: Der ist doch Professor!)

Gnädig gestimmt, gehe ich zugunsten mancher Sozialdemokraten davon aus, dass sie bei der Erörterung derartiger Ideen in ihrer Fraktion ihren Gehirnen eine Arbeitsniederlegung auferlegt hatten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU zur SPD: Dazu schweigt ihr! Das ist Zustimmung!)

Meine Damen und Herren, eine Finanzpolitik, die als seriös gelten will, muss erkennbare Risiken im Haushalt angemessen berücksichtigen. Absehbar ist gegenwärtig, dass es ab dem nächsten Jahr zu von uns gewollten deutlichen Steuerentlastungen und damit zu enormen Steuerausfällen kommen wird. Für diesen wahrscheinlichen Fall sind im Doppelhaushaltswurf 300 Millionen DM veranschlagt, die zusammen mit dem Haushaltsüberschuss 1999 zum teilweisen Ausgleich der reformbedingten Steuerausfälle bestimmt sind.

Obwohl auch die SPD eine große Steuerreform möchte, wollte sie keinerlei Kompensationsvorsorge treffen. Sie verlangte vielmehr, sowohl die Rücklagemittel von 300 Millionen DM als auch die nicht etatisierten Steuermehreinnahmen des vergangenen Jahres, die Teil des Haushaltsüberschusses 1999 sein werden, zur Senkung der vorgesehenen Nettokreditaufnahme zu nutzen. Hinter dieser verantwortungslosen Haltung verbirgt sich möglicherweise eine infame Strategie der sozialdemokratischen Genossenschaft, die wohl so aussehen könnte:

Jetzt soll, wie von der SPD beantragt, eine verhältnismäßig geringe Nettokreditaufnahme beschlossen werden, die wegen der Auswirkungen der Steuerreform 2001 Ende dieses Jahres im Rahmen eines Nachtragshaushalts – natürlich gegen die sozialdemokratischen Stimmen – beträchtlich erhöht werden müsste. Unter Hinweis auf diese Anhebung würden die Sozialdemokraten dann vermutlich, da sie sachpolitisch ja nichts Vernünftiges zu bieten haben,

(Widerspruch bei der SPD)

(Winckler)

im nächsten hiesigen Landtagswahlkampf die Regierungsparteien als Schuldenmacher verunglimpfen.

(Zuruf von der SPD: Das sagen wir doch jetzt schon!)

Die Gelegenheit dazu werden wir der SPD nicht geben.

Verehrte Damen, meine Herren, seit heute liegt ein neuer Änderungsantrag der Sozialdemokraten vor, dem zufolge die Nettokreditaufnahme in den Planjahren um 1 Milliarde DM verringert werden soll. In der Begründung steht zwar, wie sich die sozialdemokratische Genossenschaft die notwendige Deckung der ungedeckten 650 Millionen DM im Einzelnen vorstellt. Entsprechende Deckungsanträge fehlen jedoch zur jetzigen Lesung, obwohl sie erforderlich wären, nachdem sämtliche bisherigen Änderungsanträge der Sozialdemokraten im Finanzausschuss abgelehnt wurden. Daraus schließen wir, dass die SPD ihren Antrag ebenso ernst nimmt wie wir, nämlich nicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Doppelhaushaltsentwurf ist auch Vorsorge für eine etwaige lineare Erhöhung der Beamten- und Versorgungsbezüge um 1,5 % in diesem Jahr getroffen. Die sozialdemokratische Genossenschaft

(Abg. Brechtken SPD: Diese Form der Sprache ist aber ein bisschen belegt, Herr Kollege!)

will die diesbezüglichen Ansätze um 300 Millionen DM kürzen – mit Blick auf die bisherige Absicht der Bundesregierung, die Steigerung auf 0,6 % zu begrenzen.

Im Vermittlungsausschuss ist das entsprechende Gesetzesvorhaben der Bundesregierung mittlerweile endgültig gescheitert. Deswegen ist es nicht ausgeschlossen, dass sich, wie meistens in der Vergangenheit, die lineare Erhöhung am Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst orientieren wird. Entgegen der Absprache im Bündnis für Arbeit auf Bundesebene wurden im Tarifbereich von den Gewerkschaften Forderungen zwischen 5 % und 6 % angekündigt. Angesichts dieser Tatsachen ist die beehrte Kürzung unseriös, weil durch sie ein erhebliches Haushaltsrisiko geschaffen würde.

Verehrte Damen, meine Herren, mit ihrem äußerst windigen Haushaltskonzept hat die SPD-Fraktion erneut gezeigt, dass sie nicht einmal oppositionstauglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Das war ein Lob für die Grünen!)

Dies beruht darauf, dass sie von ihrem Vormann unter ihren Möglichkeiten geführt wird.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerhard Mayer-Vorfelder, den die Kultusministerin gestern als den „genialen“ Minister bezeichnete, hat am 15. Januar 2000 in den „Stuttgarter Nachrichten“ erklärt, man könnte den Sparkurs konsequen-

ter fortsetzen, jetzt sprudelten die Steuern wieder, und man habe Hemmungen, das Ziel einer Nullverschuldung zu verkünden.

Wenn zu meiner Zeit die Steuereinnahmen nicht so weggebrochen wären, hätten wir die Nullverschuldung erreicht. Ein Großteil der Steuermehreinnahmen müsste jetzt zur Absenkung der Neuverschuldung verwendet werden.

(Minister Dr. Repnik: Sie haben eine schöne neue Brille!)

– Sie haben auch eine schöne Brille, Herr Minister. Wo haben Sie die denn gekauft?

Ich zitiere weiter:

Unsere Auffassungen stimmten zum Schluss nicht mehr überein. Ich war für einen schärferen Sparkurs – Sparkurs.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Zurufe, u. a. des Ministers Dr. Repnik)

Er glaubte – wo ist er denn? –, dass der Sparkurs mehr schade als nutze. Er redete über den Ministerpräsidenten Teufel.

(Zurufe von der CDU)

– Sie werden mir wohl abnehmen, dass ich den Herrn Ministerpräsidenten nicht küssen würde.

(Zurufe: Wer weiß! – Weitere Zurufe)

Wo Gerhard Mayer-Vorfelder Recht hat, hat er Recht. Und er hat in diesem Zusammenhang Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie es noch einmal sehen wollen: Hier ist es. Ich lasse es allen noch einmal veröffentlichen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Kein Sparhaushalt!)

Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt. Er führt weiter auf dem Weg des Schuldenmachens. Ich füge hinzu: Sie versuchen wieder wie schon bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts mit Formulierungen wie „Konsolidierung“ und „weniger Schulden“ der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Ist nun die Erhöhung der Kreditaufnahme um 1,9 Milliarden DM und 1,8 Milliarden DM in den kommenden zwei Jahren eine Konsolidierung oder eine Neuverschuldung? Als ich zur Schule gegangen bin, war es noch eine Neuverschuldung, denn es sind mehr Schulden.

(Minister Dr. Repnik: Schon lange her! – Zuruf von der SPD: Und das ist noch nicht lange her!)

Auch zu der Zeit, als Mayer-Vorfelder noch Kultusminister war, waren Schulden Schulden. Er hat sich immer gegen diese komischen neuen Rechenarten gewandt, ich übrigens auch.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

(Moser)

Über diese Neuverschuldung erhöhen Sie den Schuldenstand und die Zinsbelastung für das Land. Man gewinnt den Eindruck, dass Sie diese Schulden eigentlich in der Absicht machen, sie nie zurückzuzahlen. Wir bewegen uns, wenn es nach Ihrer Regierung geht, auf die 64-Milliarden-DM-Grenze bei den Schulden zu. Diesen Kurs machen wir nicht mit. Wir machen ihn ganz einfach nicht mit. Ich wundere mich übrigens, dass Sie, Herr Kiel, ihn mitmachen. Sie waren früher auch immer unserer Meinung.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Da helfen auch keine Versprechungen, im Jahr 2006 oder 2007 oder noch später zur Nullneuverschuldung zu kommen. Wer heute Neuschulden verhindern kann – und dieses Mal könnten wir es – und es trotzdem nicht tut, der lässt den Karren weiter in die Schuldenfalle schlittern.

Dass Sie den Mut nicht haben, die Neuverschuldung nach unten zu drücken, zeigt sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung. Dort eröffnen Sie wieder einen neuen Schuldenkorridor, und ich habe bis heute noch nicht verstanden, warum Sie dies tun.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Im Jahr 2002 1,5 bis 2,3 Milliarden DM, im Jahr 2003 1,2 bis 2 Milliarden DM pro Jahr Neuverschuldung. Wie Sie später überhaupt davon herunterkommen wollen, verstehe ich nicht, und ich verstehe auch die Begründung nicht. Sie ist nämlich eine Begründung, die gegen Ihre eigenen Argumente spricht.

Wenn wir zu einer Steuerreform kommen und Unternehmen entlasten sowie Steuerschlupflöcher schließen – übrigens: wir haben jetzt schon die ersten Erfolge, was die Mehreinnahmen anbelangt –, dann würden nach der Argumentation der CDU und auch nach der Argumentation des Finanzministers die Steuern eher noch stärker steigen, als sie es bislang getan haben. Das heißt, auch das Absenken des Steuerniveaus wird zu einem Ausgleich bei den Einnahmen führen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Aber nicht sofort!)

Diese Argumentation ist aber plötzlich nicht mehr da, nur weil es Ihnen in den Kram hineinpasst, weiterhin den Schuldenkorridor zu öffnen.

Im Übrigen halte ich das auch psychologisch für das absolut Falsche, und ich glaube auch, dass wir uns als Parlament überlegen müssen, ob wir, obwohl wir in vielen Etatbereichen für eine Budgetierung sind, bei den Schulden eine so genannte Schuldenbudgetierung mitmachen. Wir werden nämlich immer weniger Möglichkeiten haben, in allen Einzelfällen zu kontrollieren, ob das Geld sinnvoll ausgegeben wird oder nicht, und wir werden als Parlament nur noch wenige Hebel haben, um die Regierung auf den richtigen Weg zu bringen. Zu den wenigen Möglichkeiten, die wir dazu haben werden, gehört die Schuldenbegrenzung und die Frage, ob jede Neuverschuldung jedes Mal – auch bei einem Nachtragshaushalt – hier im Parlament abgeholt werden muss.

Deshalb haben wir uns stringent und strikt dagegen gewandt, jetzt mit solchen Pauschalzahlen zu arbeiten, Rücklagen zu bilden, Schuldenspreizungen zu machen, überhöht

te Ansätze zu machen und stille Reserven zu bilden. Das hat sich bei diesen Haushaltsplanberatungen alles vermengt, und es gibt Leute, die gesagt haben: Ich blicke gar nicht mehr durch; denn ihr von der CDU bringt einen Haushalt ein, der schon dann, wenn er eingebracht ist, gar nicht mehr stimmt, weil Ausgaben der Kultusministerin gar nicht angesetzt sind. Da wird dann gesagt: Wir liefern euch die Finanzierung nach.

Dann entdecken Sie während der Beratungen selbst, dass Sie bei bestimmten Ansätzen die Mehreinnahmen etwas zu niedrig angesetzt haben. Als Sie gemerkt haben, dass Ihnen das Geld da nicht ausreichen würde, haben Sie plötzlich die zusätzlichen Einnahmen aus der Steuerschätzung, zum Teil aus der Novemberschätzung, erhöht und haben dadurch bestimmte Dinge finanziert.

(Abg. Hauk CDU: Aber Sie können ja nicht einmal zusammenrechnen! – Gegenruf des Abg. Capezuto SPD)

Es war ein großes Durcheinander, was an Zahlen geliefert worden ist, und damit haben Sie begründet, dass Sie eine neue Schuldenspreizung in der mittelfristigen Finanzplanung brauchen. Sie haben erklärt, dass nicht sicher sei, welche Einnahmen kämen, und dass man deswegen bei der ganzen Sache flexibel sein müsse.

Ich sage es noch einmal: Ich halte das psychologisch für den falschen Weg, weil man damit den Kampf, Neuverschuldung zu verhindern, aufgegeben hat. Das Geschwätz, es gehe um die Zukunft unserer Kinder und die Kinder müssten später die Lasten tragen usw., können wir alles vergessen, wenn wir jetzt, wo die Wirtschaft anspringt, wo die Bundesregierung eine ordentliche Politik macht, die Neuverschuldung nicht vermeiden.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Darauf habe ich gewartet! Wo ist denn der Herr Kollege Winckler? So, wie Sie vorhin zu uns geredet haben, kann ich nur sagen: So reden die – –

(Zurufe von der CDU: Wer?)

– Wollen Sie es wissen? – Sie reden wie die Vereinigung der Freunde der italienischen Oper. Wissen Sie, wer das ist? Das sind diejenigen, die mit Geld umgehen können, und diejenigen, die mit Schulden umgehen können.

(Abg. Deuschle REP: Sie meinen die Mafia?)

Ich wäre jetzt etwas vorsichtiger. In der jetzigen Situation wäre ich etwas vorsichtiger, und zwar schlicht und ergreifend deswegen, weil wir ja noch ein paar Institutionen brauchen, in die diese Bevölkerung noch Vertrauen hat.

(Abg. Wieser CDU: In die Opposition! – Weitere Zurufe)

– In die Opposition in Baden-Württemberg und in die Regierung in Berlin, die ebenfalls sozialdemokratisch und grün ist, hat die Bevölkerung von Baden-Württemberg schlicht und ergreifend mehr Vertrauen als zu Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(Moser)

Ich sage Ihnen auch, was die Frage der Schuldenbekämpfung anbelangt,

(Zuruf von der SPD: Wo er Macht hat, hat er Macht!)

sind wir zusammen mit den Grünen besser.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Eichel! 43 %!)

In Berlin gibt es einen Gerhard Schröder und einen Hans Eichel.

(Zuruf von der SPD: Gute Leute!)

Der ist auch besser als Sie, weil er nämlich wirklich einmal die Frage der Schulden in Angriff genommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen strategisch einen sehr großen Fehler. Es war mindestens 45 Jahre Mode und allgemeiner Zeitgeist – lieber Franz Wieser, hören Sie zu –, dass man über Schulden vorwärts marschiert und dass Schulden nichts Schlimmes sind und dass man weiter Schulden machen kann und dass das überhaupt keine Rolle spielt. Seit einigen Jahren hat die Mehrheit der Bevölkerung begriffen, dass wir bei den Schulden vorsichtig sein müssen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Da haben Sie eine große Verantwortung zu tragen, denn die Hauptschulden in der Bundesrepublik Deutschland hat die alte Regierung aus CDU und FDP gemacht.

Und Sie machen hier weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten die Chance gehabt, bei diesen Haushaltsplanberatungen diesen Weg nicht mitzugehen. Ich sage Ihnen, das hätte Ihnen mehr Anerkennung in der Bevölkerung gebracht, als wenn Sie wieder die Spenderhosen anziehen, Landesvermögen verkaufen und den Erlös in gemeinnützige Stiftungen oder GmbHs stecken, um damit irgendwelche Kleckerlesbeträge unter dem Volk zu verteilen. Das bringt doch auf lange Sicht nichts. Deswegen haben wir gesagt: Wir sind dafür, dass wir jetzt versuchen,

(Abg. Wieser CDU: Nichts zu tun!)

die Grenze zu ziehen und gegen Nullneuerschuldung zu gehen.

Herr Winckler, selbst wenn es manchmal etwas schwierig ist –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unsolide! Lauter Rechenfehler!)

– Hören Sie doch mit dem „unsolide“ auf. Das einzige Unsolide, das wir in Baden-Württemberg tun können, ist, dass wir mehr Schulden machen. Das ist doch das einzige Unsolide bei der ganzen Geschichte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich mache noch zwei, drei Bemerkungen, weil es auch um die Innenverwaltung und um andere Dinge geht. Wir haben bei den Haushaltsplanberatungen festgestellt, dass Fettpolster angesetzt werden bei der Asylunterbringung, bei den Gutachten, bei den Untersuchungen, bei den Fernmeldegebühren, bei den Bewirtschaftungen und, und, und.

(Abg. Wieser CDU: Sie wollen doch alle Asylanten hereinholen!)

Überall habt ihr euch dick gemacht und hattet nicht den Mut, der Regierung das wegzustreichen. Mayer-Vorfelder habt ihr immer etwas weggestrichen. Auch die eigene Fraktion hat ihm immer wieder gezeigt, wer der eigentliche Meister ist. Minister Stratthaus kann sich die Hände reiben, weil ihr ihm nichts weggestrichen habt.

Stichwort Steuergerechtigkeit: Wir haben gesagt: Hört endlich auf, beim Personal in den Finanzämtern zu streichen,

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommen die Erhöhungen!)

weil Finanzverwaltung Einnahmenverwaltung ist und weil das ein wichtiger Teil ist. Alle sagen: Mayer-Vorfelder hat uns immer noch etwas gegeben, er hat für uns gekämpft.

Die Innenverwaltung hat nicht das Gefühl, dass jetzt zu ihr gestanden wird.

(Abg. Hauk CDU: Das sind ja ganz neue Töne!)

– Ich bin gut befreundet mit Gerhard Mayer-Vorfelder.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt es, Hans!)

Ich kannte Gerhard Mayer-Vorfelder schon, als Sie noch gar nicht wussten, dass man auf dem Sportplatz Runden drehen kann.

(Zuruf von der SPD: Männerfreundschaft!)

Jetzt gehen Sie einmal hin und fragen Sie, was die Steuerfahndung noch macht. Sie ist immer noch mit den Fällen von vor sechs, sieben, acht Jahren – Luxemburg, Bankentrug usw. – beschäftigt. Fragen Sie einmal nach, was in der ganz normalen Veranlagungsverwaltung inzwischen an Belastungen da ist. Deswegen haben wir gesagt: Hört auf mit dem Streichen beim Personal in diesem Bereich, und ihr erzielt Mehreinnahmen! Wir stehen dazu und bleiben dabei. Die eigentlich großen Betrügereien, die zurzeit bei der Mehrwertsteuer oder sonst wo gemacht werden, können Sie ja gar nicht mehr verfolgen.

Also: Das hat mit Steuergerechtigkeit und mit Gerechtigkeit insgesamt zu tun. Ein Staat ohne Steuergerechtigkeit ist eine große Räuberbande. Das wissen Sie. Das ist nicht von mir, sondern viel älter.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Augustinus!)

– Augustinus, genau. Sie kennen ihn sehr gut, Herr Kuhn. Sie sind auch katholisch; das freut mich.

(Heiterkeit – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

(Moser)

Ich möchte auch noch eine Bemerkung zur Verwaltungsreform machen, die nicht vorankommt. Wir haben an einem Punkt versucht, voranzukommen, nämlich in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Flurbereinigung und Vermessungsverwaltung. Der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Döring hat gesagt: „Ein interessanter Ansatz; den möchte ich weiterverfolgen.“ Aber im Landwirtschaftsministerium hat der Ministerialdirektor – wohlgermerkt der Ministerialdirektor – gesagt: „Nein, das machen wir nicht.“ Ja, wer regiert denn eigentlich hier im Land? Wenn wir uns mit solchen Punkten beschäftigen, werden wir feststellen, dass wir viel Doppelarbeit machen und immer noch eine zu teure Verwaltung haben. Da können wir auch sparen.

Ich hebe mir jetzt noch vier Minuten Redezeit für die zweite Runde auf. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So ganz leicht fällt es mir jetzt nicht, mit „spezialdemokratischen“ Genossen und mit Freunden der italienischen Oper zu diskutieren – und jetzt kommen auch noch die Augustinus-Schulkameraden dazu.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Damit einen Haushalt und die Finanzen des Haushalts zu diskutieren wird nicht ganz einfach.

(Abg. Moser SPD: Sie können ja die Heilige Elisabeth nehmen! – Weitere Zurufe, u. a.: Die Johanna von den Schwarzen!)

Aber ich bemühe mich, das relativ sachlich zu tun.

Der vorgelegte Haushalt ist nämlich nach denen, die ich hier schon erlebt habe, tatsächlich der schwierigste, den wir je diskutiert haben, zumindest während meiner Zeit. Das klingt seltsam angesichts der Tatsache, dass ihm gute Steuereinnahmen aus dem Jahr 1999 zugrunde liegen. Aber gerade wegen der positiven Steuereingänge ist es für die Regierung und die Regierungsfaktionen offensichtlich sehr schwer geworden, weiter solide Finanzpolitik zu betreiben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Man kann sich nämlich nicht mehr hinter den roten Zahlen und den Steuermindereinnahmen verstecken. Ich erinnere Sie an die Anhörungen zum Haushaltsstrukturgesetz, als wir überlegt haben, das Blindengeld zu streichen,

(Abg. Wieser CDU: Das interessiert mich jetzt! – Abg. Hauk CDU: Ja, ja, was sagen Sie zum Blindengeld?)

oder als wir die Feuerwehrezuschüsse kürzen mussten. Damals war die Situation doch sehr angespannt, weil die Kürzungen, die wir zum Teil mitgetragen haben, Ihnen von

den Regierungsfaktionen und uns von den Oppositionsfaktionen sehr schwer gefallen sind. Aber unter dem Druck der wegbrechenden Steuereinnahmen war Sparpolitik offensichtlich möglich.

Wenn ich beim Haushalt 2000/2001 die Einzelpläne anschau, stelle ich fest, dass die Wünsche der Ministerien und der Minister, wahrscheinlich auch im Hinblick auf das Wahljahr 2001, wieder bedient werden. Viele Titel in den Einzelplänen stehen unter der Maßgabe, dort die globale Minderausgabe erwirtschaften zu müssen. Deshalb wurde die Veranschlagung entsprechend hoch gewählt, also nicht so, wie sie sein soll, und dann muss man halt nicht sehen, wo man sich's rausschwitzt, sondern es wird einfach höher etatisiert. Die globale Minderausgabe ist ja nicht ein Instrument, das wir als Grüne besonders toll finden. Wir freuen uns deshalb, dass sie auf 100 Millionen DM reduziert ist. In der Zwischenzeit wird aber so etatisiert, dass man das Gefühl hat, dass die Luft, die in den einzelnen Titeln ist, weit mehr Substanz hat als das, was 100 Millionen DM ausmacht. Da werden nämlich noch höhere Polster angelegt vor lauter Angst, dass die Ansätze nicht ausreichen. Aber der Sparwille ist nicht mehr zu erkennen, und die klaren Vorgaben und Leitlinien der Regierung sind einfach nicht mehr die, die ein solider Sparhaushalt braucht.

Im Sommer des vergangenen Jahres hatte man dann den Eindruck – besonders von der FDP/DVP –, dass die Sparbemühungen vergrößert würden und der eiserne Wille vorhanden sei, keine Schulden mehr zu tolerieren

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ganz kurze Halbwertszeit!)

und über kurze Jahresfristen keine zusätzlichen Schulden mehr aufzunehmen, also keine Neuverschuldung mehr einzugehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie kennen den vorge-schlagenen Zeitplan!)

– Ich sage: in kurzen Jahresfristen. Ich habe mich sehr genau ausgedrückt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 2006!)

Nun fügte ein gutes Schicksal, dass die Steuerquellen besser sprudelten,

(Zuruf des Abg. König REP)

als man das erwarten konnte. Die Bürgerinnen und Bürger konnten nun erwarten, dass mit der Reduzierung der immer neuen und höheren Verschuldung Ernst gemacht wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das machen wir ja auch!)

Aber in den Ausschussberatungen hat sich gezeigt, wo das Sparziel bei den Regierungsfaktionen rangiert, nämlich höchstens im Mittelfeld des Ziele-Rankings. Die nächste Wahl ist einfach viel zu nahe, als dass das Sparen als oberstes Ziel angegangen wird.

In den Ausschussberatungen haben Sie nicht einmal den unbedingten Willen bekundet, die zusätzlichen Einnahmen für die Reduzierung der Schulden einzusetzen, und unse-

(Marianne Erdrich-Sommer)

rem Antrag nicht zugestimmt. Herr Winckler, der Antrag lag vor, die Überschüsse aus 1999 grundsätzlich zur Schuldentilgung zu verwenden. Auch Sie haben da nicht zugestimmt, wenn ich mich recht erinnere.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Also dürfen Sie so etwas hier auch nicht behaupten.

Das meinte ich eingangs mit den Schwierigkeiten bei diesem Haushalt. Die Versuchungen der guten Einnahmen sind verlockend, und Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben diesen Verlockungen nicht widerstanden.

Die zweite Chance, Konsolidierung anzustreben und damit das Ziel einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung wahr zu machen, sind die Erlöse aus dem EnBW-Verkauf. Abgesehen von der Fehlentscheidung bei der Auswahl des Käufers ist die Verwendung der Erlöse nicht dem Sparziel gewidmet. Die Regierung nutzt die Chance nicht, mit den 2 Milliarden DM mit Steuerzahlung oder den 4 Milliarden DM mit Eichel'scher Steuerreform den Schuldenstand abzubauen.

Ich weise auf Ihre Stiftungslösung und die Bedingungen für die Verwendung der Mittel hin, die Sie der Opposition im Übrigen nur sehr vage vorgestellt haben. Sie sagen zwar immer, die Mittel würden für Investitionen benutzt. Dazu haben Sie aber offiziell noch keine Stellungnahme abgegeben. Wir warten deshalb gespannt darauf, was Sie mit den Stiftungsgeldern nun tatsächlich vorhaben. Tun Sie bitte nicht immer so, als ob wir das alles schon riechen könnten!

Mir ist auf jeden Fall eines klar: Die Konstruktion, die Sie da anstreben, ist sehr riskant, weil steuerrechtlich hoch sensibel. Bei den Risiken der Stiftungslösung und den Nebenwirkungen auf den Haushalt kann ich Ihnen nur mit der Werbung der Pharmaindustrie raten: Lesen Sie bitte den Beipackzettel des Finanzamts, oder fragen Sie die Steuerexperten des Finanzministeriums! Denn dort wird entschieden, was geht und was nicht geht, und nicht im Landtag von Baden-Württemberg, wohin die Entscheidung eigentlich gehört.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und des Abg. Moser SPD)

Wir begrüßen, dass im Haushalt 300 Millionen DM jährlich von den Mehreinnahmen nicht ausgegeben werden und deshalb keine so hohen zusätzlichen Kredite aufgenommen werden müssen.

(Abg. Hauk CDU: Der erste zaghafte Versuch eines Lobes!)

Das ist eine Entwicklung in die richtige Richtung. Aber es könnte auch so sein, dass im Jahr 2000 keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen, nämlich dann, wenn, wie von uns vorgeschlagen, die gesamten Einnahmen und Erlöse zur Schuldentilgung eingesetzt werden würden.

(Abg. Moser SPD, Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Staiger SPD: Sehr gut!)

Das sparte dann nämlich 120 Millionen DM jährlich, und zwar in jedem Folgejahr. Im Gegensatz zur SPD wollen wir die Zinseinsparungen dann auch tatsächlich immer weiter zur Konsolidierung des Haushalts einsetzen und nicht für neue Ausgaben in den Folgejahren verplanen.

(Abg. Moser SPD: Darüber reden wir, wenn wir miteinander an der Regierung sind!)

Meine Damen und Herren, wir halten – ebenfalls anders als die SPD – eine Vorsorge für die Mindereinnahmen aus beschlossenen Gesetzen für zwingend erforderlich. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Parteien im Bund und im Land waren sich einig, dass die Steuern gesenkt werden müssen. Über das Wie gab es Streit, über das Ob nicht.

(Abg. Wieser CDU: Und die Ökosteuer? Was machen Sie mit der Ökosteuer?)

– Über das Wie gab es Streit, über das Ob nicht.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Doch, bei der SPD!)

Nun macht die Bundesregierung das, was alle wollten: Sie senkt die Steuersätze im Einkommen- und im Unternehmensteuerbereich.

(Abg. Hauk CDU: Aber alles wird durch die Ökosteuer aufgeessen! – Widerspruch bei der SPD)

– Ach, Herr Hauk, es gibt Zwischenrufe, die einfach von großer Unkenntnis der Größenordnungen zeugen, um die wir hier streiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Puchta SPD: Diese Zwischenrufe gehören in den Wald! Die kann man im Wald machen!)

Ich darf es Ihnen noch einmal sagen:

(Zuruf von der SPD zu Abg. Hauk CDU: Sie erschrecken damit die Rehe! – Abg. Capezzuto SPD: Da fallen die restlichen Bäume um!)

Die Bundesregierung macht jetzt das, was Ihre Partei, meine Partei und die SPD wollten: Sie senkt sowohl im Einkommensteuerbereich als auch im Unternehmensteuerbereich die Steuersätze. Das heißt doch dann –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber nicht so schnell und nicht so stark wie notwendig!)

– Ich habe gerade gesagt: Man kann über das Wie streiten – das haben wir getan –, aber nicht über das Ob. Deshalb wollen wir auch Vorsorge dafür treffen, dass halt weniger hereinkommt. Da sind wir mit den Regierungsfractionen absolut einig. Dass die SPD ihren Antrag jetzt revidiert hat und auch korrigiert hat, zeigt doch, dass vernünftige und sachliche Auseinandersetzungen im Finanzausschuss durchaus noch Wirkung zeigen und ernst genommen werden, zumindest bei den Oppositionsfractionen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Bei Ihnen von den Regierungsfractionen habe ich da weniger Bewegung erlebt.

(Marianne Erdrich-Sommer)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Puchta SPD und Anemie Renz Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, mit den vorsorglich ausgewiesenen Beträgen, die der Finanzminister und die Regierung hier eingestellt haben, sind wir eher im unteren Bereich. Möglicherweise werden höhere Steuermindereinnahmen auf uns zukommen, wenn ich die Zahlen richtig verfolge.

Der Weg, den Sie in der mittelfristigen Finanzplanung aufgrund dieser Vorsorge gehen, nämlich die Spreizung zwischen dem höchsten bzw. niedrigsten Level der Verschuldung, die Sie anstreben, ist vermint. Gerade die MiFrifi hat nämlich viel mit Psychologie zu tun. In der Spreizung steckt eben nicht nur eine Botschaft, sondern darin stecken zwei Botschaften.

Die eine Botschaft ist: Die Lasten aus der Steuerreform und die positiven Wirkungen, die man ja erwartet, bei denen man aber noch nicht genau abschätzen kann, wann sie kommen, sind nicht genau kalkulierbar. Deshalb die Spreizung. Das ist die eine Botschaft. Diese ist auch in Ordnung.

Aber es steckt eine zweite Botschaft darin, um die ich mir wirklich Sorgen mache. Diese Botschaft heißt nämlich: Wenn es geht, dann machen wir weniger Schulden, und wenn es nicht geht, dann halt nicht. Das ist Finanzpolitik, die keine konsolidierten Haushalte nach sich zieht, weil dort die Tür zum Nichtsparen eben auch schon wieder ein Stück weit offen ist, meine Damen und Herren.

(Abg. Moser SPD: Genau das ist der Punkt!)

Deshalb glaube ich, Sie müssen die Botschaft in der mittelfristigen Finanzplanung eindeutig zum Ausdruck bringen und mit einer Zahl sagen, was Sie wirklich wollen, damit der feste Wille des Sparens auch dort immer wieder manifestiert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Durch die Steuerentlastungsmaßnahmen muss die Einnahmeerwartung verifiziert und dann nach den Grundsätzen der Wahrheit und der Klarheit in der mittelfristigen Finanzplanung festgestellt werden. Die Spreizung ist meines Erachtens die Schuldenfalle der nächsten Jahre.

Nicht nur die Ausgabenverwaltung, sondern auch die Einnahmeverwaltung müssen wir im Auge behalten. Im Einzelplan 06 hat die Steuerverwaltung ihren Platz. Sie ist die Einnahmeverwaltung und als solche für die rechtzeitige und gerechte Steuererhebung zuständig. In den Finanzämtern ist jedoch der Personalstand für diese Aufgabe bedenklich knapp, und jetzt wird hier auch noch Personal gestrichen. Da gibt es tatsächlich Handlungsbedarf. Ich erwarte vom Finanzministerium klare Aussagen darüber, wann ein Entlastungseffekt aufgrund der DV-Unterstützung eintritt und wie bis dorthin die Arbeit in den Finanzämtern weiter gut bewältigt werden soll. Auch wie sich die Personalreduzierungsquote aufgrund der neuen Steuerungsinstrumente dann bei den Finanzämtern niederschlägt, muss im Rahmen dieses Programms genau diskutiert werden.

Der nächste Punkt: Die Beamtenbesoldung wird mit einer Erhöhung aus den Tarifverhandlungen um 1,5 % eingestellt. Der Bund will um die Inflationsrate von 0,6 % erhöhen. Das ist meines Erachtens wünschenswert und richtig in Zeiten, in denen ich Haushalte und Personalkosten konsolidieren möchte. Was das Finanzministerium etatisiert, verstehe ich nicht. Entweder ist der feste Wille des etatisiert, was in den Verhandlungen erreicht werden soll, und ich manifestiere meinen politischen Willen zum Sparen. Dann müsste der Finanzminister auch 0,6 % etatisieren. Oder er nimmt die Grundsätze von Wahrheit und Klarheit, und das gefällt Ihnen besser. Aber wie Sie dann auf 1,5 % kommen, weiß ich nicht genau; denn die ÖTV fordert 5 % bis 6 %, und die Verhandlungsergebnisse werden doch wohl auf einen Kompromiss zwischen 2,5 % und 3,5 % hinauslaufen. Ich habe den Eindruck, die 1,5 % sind das Pflästerchen für den Beamtenbund. Aber so, wie ich ihn kennen gelernt habe, gibt er sich mit den 1,5 % in Ihrer Etatisierung nicht zufrieden und fängt das Heulen und Zähneklappern auch bei 1,5 % an.

(Abg. Wieser CDU: Da sind die Grünen-Funktionäre drin! – Gegenruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Aber auch CDU-Größen! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Tiefschwarz!)

Aber Sie geben mit diesem Ansatz eine Botschaft, die ich problematisch finde. Sie sagen nämlich: Mit uns kann man über Besoldungserhöhungen reden. Das ist die eigentliche Abkehr von der bisherigen, zugegeben harten Linie des Sparens.

Jetzt möchte ich gerne noch etwas zum SPD-Antrag zu den Schülerbeförderungskosten sagen.

(Abg. Moser SPD: Sehr gut! Ich antworte Ihnen nachher!)

Die Proteste gegen die Schülerbeförderungskosten habe ich – wie Sie alle wahrscheinlich auch – noch heftig im Ohr.

(Abg. Zeller SPD: Die waren berechtigt!)

Die Eltern waren ja sehr aufgebracht, und das zu Recht.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Vorsicht! Der Vizepräsident sitzt hinter Ihnen!)

Wer für eine Entlastung der Familien eintritt, wie es die CDU ja tut oder zumindest sagt, dass sie es tut,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Tut! Das war kein Versprecher!)

wer Familien mit Kindern stärken will, wie ich das in Ihren Papieren nachlese,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unbedingt!)

der muss die Lasten der Familien bei den Schülerbeförderungskosten verringern. Anders geht es gar nicht, denn das sind ungeheure Lasten.

Allerdings muss sich der Landtag über ein neues Verteilungsinstrument Gedanken machen. Die alten Ungerechtigkeiten beim Bedienen der Landkreise sollten nicht auf hohem Niveau fortgeschrieben werden.

(Marianne Erdrich-Sommer)

Meine Damen und Herren, die SPD fordert 100 Millionen DM für diese Erhöhung. Wir haben unser Finanzkonzept dem eisernen Sparen verschrieben und sehr viele Sparvorschläge gemacht. Wir können aus unserem Konzept nicht von jetzt auf nachher 100 Millionen DM herauschwitzen, und wir wollen Ihnen zeigen, dass es uns tatsächlich Ernst damit ist, echte Sparhaushalte vorzulegen. Deshalb – und nur aus diesem Grund, weil wir keine entsprechende Deckung und kein Finanzkonzept haben – werden wir dem SPD-Antrag nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten.

(Abg. Moser SPD: Wir werden uns revanchieren!)

Sachlich halten wir ihn für richtig mit der Einschränkung, dass wir uns über ein neues Verteilungssystem unterhalten müssen.

Beim Staatshaushaltsgesetz sind mir zwei, zugegebenermaßen nicht im Zentrum des Gesetzes stehende Bereiche sehr wichtig. Das Erste sind die Privatschulen. Dass bei den Schulen in freier Trägerschaft die Kürzungen zurückgenommen worden sind, halte ich für einen sehr guten und wichtigen Schritt. Er erhält die Vielfalt der Schullandschaft. Es war wichtig, diese Kürzungen zurückzunehmen, die einige Schulen an den Rand ihrer pädagogischen Existenz gebracht hatten.

Der zweite Punkt ist der Erziehungsurlaub für die Polizistinnen und Polizisten. Dass es nicht gelungen ist, den Erziehungsurlaub im Polizeibereich im Staatshaushaltsgesetz festzuschreiben, finde ich bedauerlich. Wer Frauen auf Stellen ausbildet, die nicht mit Arbeitskräften vom freien Markt wieder besetzt werden können, muss sich doch darüber Gedanken machen, wie bei einer Schwangerschaft und einem anschließenden Erziehungsurlaub die Aufgaben der betreffenden Person erfüllt werden sollen. Man kann die Stelle doch nicht einfach unbesetzt lassen. Wie diese Probleme im Polizeibereich gelöst werden, zeigen die Überstundenberge, die die Polizistenkollegen dann vor sich herschieben. Das, meine Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis für eine moderne Verwaltung. Ich hoffe, dass Sie dafür sehr schnell eine Lösung finden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Kluck FDP/DVP: Die Lösung kommt noch, das wissen Sie doch! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ihr habt doch jetzt ewig Zeit gehabt!)

Einen anderen wichtigen Bereich, die neuen Steuerungsinstrumente, werde ich jetzt nicht ansprechen, weil wir über dieses Thema in den nächsten Monaten und Jahren hier sehr viel diskutieren werden. Es verdient jedenfalls große Aufmerksamkeit.

Ich komme zum Schluss. Solide Finanzen sind die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete Politik, die gesellschaftliche Veränderungen mitgestaltet. Mit den vorgelegten Finanzvorschlägen hat die Regierung die Möglichkeit zur Rückführung der Verschuldung nicht genutzt, und sie hat der Versuchung der besseren Einnahmesituation nicht widerstanden. Das ist der Grundfehler dieser Haushaltsfinanzierung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum eigentlich, so frage ich mich, sind wir – Koalition einerseits und Opposition andererseits, insbesondere die SPD – nicht ein wenig aufrichtiger zueinander?

(Abg. Moser SPD: Wir sind aufrichtig zu Ihnen!)

Fest steht doch erstens: Die Finanzpolitik in Baden-Württemberg ist gut geordnet.

Zweitens: Die Steuermindereinnahmen im Jahr 1998 haben zu gewaltigen, aber sich lohnenden Kraftanstrengungen beim Kürzen der Ausgaben geführt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Zu kurzfristig!)

Drittens: Die Steuermehreinnahmen im letzten Jahr sowie die zu erwartenden Steuermehreinnahmen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren – so hoffen wir doch – werden von uns zu einer deutlichen Minderung der Nettoneuverschuldung genutzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Schön wärs!)

Viertens: Die Lehrerversorgung zur Bewältigung einer wichtigen, unnachholbaren Zukunftsaufgabe, nämlich einer guten Ausbildung unserer Kinder, kann sofort entscheidend verbessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Fünftens: Die Vorsorge – die Vorsorge!; da bin ich mit Ihnen, Frau Erdrich-Sommer, einig – für die zu erwartenden Steuerausfälle durch die auch von uns in der Tendenz als richtig angesehene Berliner Steuerreform ist getroffen worden. Das ist in Ordnung.

Fazit: Auch dieser Doppelhaushalt ist ein Sparhaushalt, weil vielen durchaus berechtigten Wünschen, deren Erfüllung heute aber nicht unbedingt notwendig ist, nicht nachgegeben wurde.

Natürlich, Herr Kollege Mayer-Vorfelder – dazu komme ich gleich noch –, kann man das ein wenig anders sehen. Aber ich glaube, du hast vorhin rote Ohren bekommen. Denn als du Finanzminister warst, hast du von dieser Seite nie so viel Lob erhalten, sondern immer nur Prügel.

(Abg. Brechtken SPD: Das stimmt nicht! Das war differenzierter!)

Der Doppelhaushalt ist ein zukunftsorientierter Haushalt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Denn für nachfolgende Generationen wird das Wichtigste, was wir ihnen geben können, nämlich eine gute Ausbildung, getan.

(Kiel)

Der Doppelhaushalt ist außerdem vorsichtig kalkuliert, so dass beim Nachtragshaushalt die Chance gegeben ist – und sie ist gar nicht so klein –, auch in diesem Jahr eine geringere Nettoneuverschuldung zu erreichen, als sie jetzt veranschlagt ist. Dies ist, meine ich, in diesem Haushalt sicherlich so zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Wir reden über Pläne!)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, verkennen nicht: Der Haushalt hätte, wenn es hätte sein müssen, auch mit einer noch geringeren Nettoneuverschuldung aufgestellt werden können. Sie, die Oppositionsfraktionen, insbesondere die SPD, sollten nicht wider besseres Wissen behaupten, das Sparen hätten wir ad acta gelegt.

Natürlich: Die Opposition wollte einen anderen Haushaltsentwurf. Aber eine grundsätzlich andere Richtung ist für uns nicht erkennbar gewesen. Die Hauptunterschiede liegen eben in der Semantik.

(Abg. Dr. Puchta SPD: EnBW, Herr Kollege!)

Die FDP/DVP-Fraktion will eine klare Marschrichtung hin zu einer Nullnettoneuverschuldung

(Abg. Moser SPD: Wann?)

– das ist vorhin schon gesagt worden: 2006 –, um dann mit dem eigentlichen Schuldenabbau beginnen zu können, ohne jetzt Mehrausgaben, die nun möglich sind, dort, wo sie notwendig sind, aus reiner Ideologie zu unterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es! Genau! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Mit ihrer Sparpolitik sind FDP/DVP und CDU auf dem richtigen Weg.

(Abg. Moser SPD: Wo laufen sie denn?)

Wenn die erforderliche Ausgabendisziplin weiterhin eingehalten wird – dafür steht die FDP/DVP –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir auch!)

und die Steuereinnahmen ordentlich sind, kann in wenigen Jahren mit der eigentlichen Schuldenreduzierung begonnen werden.

(Lachen des Abg. Dr. Puchta SPD)

Da der kassenmäßige Abschluss des Jahres 1999 eine um 812 Millionen DM geringere Kreditaufnahme ausweist, kann unter Umständen eine Streichung nicht benötigter Kreditermächtigungen noch in diesem Jahr beim Nachtragshaushalt möglich werden. Dies ist offen. Wir werden sehen, in welcher Weise man diese Möglichkeiten auch nutzt.

Daraus ergibt sich: Der Doppelhaushalt ist ein Haushalt der Vernunft, der auch gegenüber den nachfolgenden Generationen bestehen kann.

Vonseiten der SPD ist kritisiert worden, dass Rückstellungen für die zu erwartenden Steuerausfälle durch die Berli-

ner Steuerreform vorgesehen sind. Obwohl wir gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung bereits eine um 300 Millionen DM geringere Nettoneuverschuldung angenommen haben, will die SPD trotz von ihr beantragter erheblicher Mehrausgaben die Nettoneuverschuldung noch weiter senken.

(Abg. Moser SPD: Nichts gelesen!)

Wenn ich mir überlege, was bei der Beratung der Einzelpläne alles vorgetragen worden ist, von wem auch immer – insbesondere Herr Dr. Müller ist mir da beim Sozialhaushalt noch in lebhafter Erinnerung –, muss ich einfach sagen:

(Abg. Moser SPD: Ein sehr guter Mann!)

Das ist eine Antinomie, wie sie im Buche steht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Forderungen der SPD sind schlicht unsolide. Diese Forderungen schieben nach altem sozialistischen Brauch Unangenehmes in die Zukunft, und sie stehen auch im Gegensatz zu den Äußerungen der SPD vom Jahr 1997. Manchmal ist es ja gut, nachzulesen, was vor gar nicht allzu langer Zeit in diesem hohen Hause als Glaubensbekenntnis von den Sozialdemokraten vorgetragen wurde. Als wir am 12. November 1997 das Haushaltsstrukturgesetz 1998 beraten haben, erklärte der Sprecher der SPD, die CDU-FDP/DVP-Koalition betreibe – und das sei das Neue in diesem Hause – keine solide Finanzpolitik. Und über die Bonner Finanzpolitik von damals wurde mit großer Häme hergezogen. Da wurde von Nichteinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden DM durch die Abschaffung der Vermögensteuer fabuliert. Mit Stolz wurde verkündet, dass die SPD mit Fug und Recht eine Steuerreform verhindert habe,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben! – Abg. Pfister FDP/DVP: Klar!)

die weitere 30 Milliarden bis 40 Milliarden DM Steuermindereinnahmen für den Staat gebracht hätte. Und schließlich wurde von der SPD lauthals verkündet, man müsse Steuermindereinnahmen in vollem Umfang gegenfinanzieren. Das können Sie nachlesen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich selbst wurde gefragt – ich zitiere –: „Können Sie mir kurz andeuten, wie Sie 30 Milliarden DM Steuermindereinnahmen – im Land 2,5 bis 3 Milliarden DM – finanziert hätten?“ Meine Antwort damals wie heute: „Es geht darum, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wieder mehr investiert wird, dass es weniger Arbeitslose gibt und dass dadurch auf einem niedrigeren Steuerniveau höhere Steuereinnahmen eingehen.“ Damals wurde ich von der SPD verlacht. Heute wird diese Auffassung von der SPD als logische Konsequenz und als eigene Erkenntnis verkündet.

(Abg. Göbel CDU: Man könnte fast vermuten, die waren lernfähig!)

Dabei gilt damals wie heute: In einer Übergangszeit – das ist auch eine Antwort auf das, was vorhin gesagt worden ist –, bis die Unternehmensteuerreform greift, werden gerin-

(Kiel)

gere Steuereinnahmen zu verkraften sein. Für diese Situation Vorsorge zu treffen ist heute nötig und im Rahmen des Haushalts möglich. Deshalb ist es gemacht worden,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

im Übrigen erfreulicherweise – das muss noch hinzugefügt werden –, ohne über die in der mittelfristigen Finanzplanung festgelegten Kreditaufnahmen hinausgehen zu müssen. Übrigens machen wir das offenbar als einziges Bundesland.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, als einziges Bundesland!)

Solider kann man es doch wohl nicht machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer diese notwendige Vorsorge mit dem Hinweis, die Nettoneuverschuldung müsse noch drastischer, als wir es bereits getan haben, gesenkt werden, als schlechte und unsolide Finanzpolitik geißelt, hat entweder vergessen, was er früher kritisiert hat, oder redet wider besseres Wissen. Und das ist einfach unredlich. Denn klug genug sind Sie, um die meisten der Ihnen vorgetragenen Zusammenhänge nachvollziehen zu können. Mit Dummheit, was verzeihlich wäre, können Sie den Vorwurf der Unredlichkeit also nicht abtun. Denn dumm seid ihr ja schließlich nicht. Das kann ich bestätigen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Danke!)

Nach dem Kassenergebnis 1999 und den Kriterien des Doppelhaushalts rückt die Möglichkeit eines Verfassungsverbots zusätzlicher Verschuldung – ich füge hinzu: bei notwendigen Ausnahmen in kritischen Situationen – in erreichbare Nähe. Wer ein Ziel vor Augen hat, muss den Weg zum Ziel von Hindernissen frei machen. Das wollen wir Liberalen.

Die Vorschläge der SPD, erhebliche Mehrausgaben – ich habe vorhin schon darauf hingewiesen – mit einer um über 1 Milliarde DM geringeren Nettoneuverschuldung zu verbinden, sind unseriös. Unredlich ist vor allem der Antrag, in dem begehrt wird, die Auswirkungen der bereits in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen auf den Landeshaushalt nicht zu berücksichtigen. Herr Winckler hat es vorhin gesagt: Das ist einfach nicht in Ordnung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist eine Frechheit!)

Unredlich – ich weiß, was das Wort heißt – ist es deshalb, weil die SPD im Finanzausschuss von mir und anderen ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sie im Haushalt Mittel nicht verankert wissen wolle, die aber aufgrund neuer Gesetze der Berliner Regierung bei uns anfallen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich! 600 Millionen DM!)

Ich habe die SPD deshalb gebeten, ihren unseriösen Antrag zurückzunehmen. Sie tat es nicht. Das ist und bleibt bis zur

Rücknahme dieses unsinnigen Antrags unredlich; dafür gebührt die rote Karte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Wir haben ihn nicht mehr vorgelegt!)

– Dann ist es in Ordnung. Dann nehme ich das auch zurück. Wenn Sie davon Abstand nehmen und sagen, dieser Antrag war von Anfang an unsinnig, dann sind wir d'accord, Herr Moser. Wenn ich das so verstehen kann, wie Sie es gerade gesagt haben, bin ich bereit, nicht mehr von „unredlich“ zu reden – aber nur dann.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Maurer hat erklärt, die Wertigkeit des Haushalts stimme nicht. Er hat dies unter anderem mit unserer Ablehnung der Schaffung einer weiteren halben Stelle für die Landeszentrale für politische Bildung begründet. Ich möchte an diesem Beispiel, das hier so intensiv vorgetragen worden ist, den Unterschied deutlich machen. Diese halbe Stelle sollte nämlich vor allem für zweimal jährlich auftretende Spitzenbelastungen geschaffen werden, die auch nach der Auffassung des Rechnungshofs durch geeignete andere Maßnahmen ohne Weiteres abgedeckt werden könnten.

Daraus ersieht man: Die SPD hat eine andere Wertvorstellung als wir. Sie ruft auch bei nur selten vorkommenden Spitzenbelastungen sofort nach weiteren Stellen. Wir wollen mehr Flexibilität, mehr Eigenverantwortung bei der Lösung von kurzzeitigen Belastungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unsere Pflicht, im Rahmen der Haushalts- und Finanzpolitik nicht nur das Land selbst, sondern genauso auch die Finanzausstattung der Kommunen im Blickpunkt zu haben. Deshalb will ich dazu ein paar Worte sagen.

Mit dem novellierten Finanzausgleichsgesetz verbessert sich die Finanzausstattung der Kommunen in den kommenden drei Jahren um 500 Millionen DM jährlich, wie es seit längerem mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart ist. Darauf haben sie auch Anspruch.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Zudem profitieren die Kommunen von steigenden Steuereinnahmen sowohl direkt als auch über den Finanzausgleich. Die Kürzung in Höhe von 80 Millionen DM durch das Haushaltsstrukturgesetz von 1998/99 wird nicht fortgeführt. Die Mittel stehen damit wieder der Stadterneuerung zur Verfügung und sind ein Äquivalent für die berechtigten Kürzungen im sozialen Mietwohnungsbau. Denn diese Gelder sind dort viel besser eingesetzt.

Wir haben entschieden, die Kosten für die unbegleiteten Flüchtlingskinder nicht an die Landeswohlfahrtsverbände weiterzureichen, sondern durch das Land zu übernehmen. Auch das entlastet die Kommunen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die meisten kommunalen Haushalte werden 1999 deutlich besser abschließen als geplant. Die Abschlüsse kommen ja demnächst. Die Kreisumlagesätze werden in diesem Jahr

(Kiel)

auf breiter Front sinken. Die Handlungsspielräume der Kommunen wachsen, ihre Investitionskraft wird deutlich gestärkt. Als wir uns stark gemacht haben, den Streit zwischen dem Land und den Kommunen über die Finanzausstattung mit guten Ergebnissen zu beenden, haben viele daran gezweifelt. Heute können wir feststellen: Wir haben unser Wort gehalten.

Noch ein Wort zu den Grünen. Liebe Frau Erdrich-Sommer, Sie sprachen davon, die Koalition habe „kleine Wahlgeschenk Körbchen“ in den Haushalt eingebaut. Ich habe mich gefragt, was das sein könnte. Ich hoffe, Sie meinen nicht die 1 Million DM für die Frauenhäuser. Nein, im Ernst: Ich weiß, dass Sie zu Recht erreichen wollen, dass dieses Geld zusätzlich zu den kommunalen Mitteln eingesetzt wird, und das ist in Ordnung. Aber wo sehen Sie denn dann die Wahlgeschenke im Haushalt verborgen? Vielleicht flüstern Sie mir das einmal ins Ohr.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Schließlich noch einige Hinweise zum Einzelplan 06. Es ist eine Tatsache, dass der notwendige Personalabbau auch die Steuerverwaltung nicht ungeschoren lassen kann. Dies ist aber umso schwieriger zu vollziehen, je mehr die Komplizierung des Steuerrechts, Herr Pfister, fortschreitet. Der Durchbruch zu einer nachhaltigen Vereinfachung des Steuerrechts, die doch auch Bestandteil einer großen Steuerreform sein müsste, ist bisher noch nicht in Sicht. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Dennoch ist es gelungen, die Steuerfahndung und die Betriebsprüfung deutlich zu verstärken. Die Zahl der geprüften Betriebe hat sich kräftig erhöht. Dass dabei auch erhebliche Mehrergebnisse erzielt worden sind – ich hoffe, es gehen nicht alle in den Länderfinanzausgleich –, sei nur am Rande erwähnt. Wichtig ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, dass der Steuerverwaltung gerade in diesen Bereichen die Kräfte zur Verfügung stehen, die sie zur ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Aufgaben braucht. Die Verstärkung von Betriebsprüfung und Steuerfahndung wird deshalb planmäßig fortgesetzt. Nicht außer Betracht darf dabei bleiben, dass künftig freilich mehr Aufstiegsmöglichkeiten in diesem Bereich eröffnet werden müssen. Darauf ist, glaube ich, auch im Gespräch in der Koalition einzugehen.

Ich fasse zusammen: Dieser Doppelhaushalt ist gesellschaftlich deshalb breit konsensfähig, weil er eine ausgewogene, ja geradezu optimale Mischung von investiven und konsumtiven Ausgabeblöcken repräsentiert. Die Koalition aus Liberalen und Christdemokraten legt also ein meisterliches Werk vor.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Huchler.

Abg. Huchler REP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In den zurückliegenden Wochen wurde der Landeshaushalt für die Jahre 2000 und 2001 im Finanzausschuss intensiv behandelt. Trotz der wiederholten Erklärung der Landesregierung, Baden-Württemberg sei ein wirtschaftlich starkes Land, stellen wir Republikaner fest, dass die Landesregierungen der letzten 40 Jahre unser Land in eine finanzielle Schieflage gebracht haben.

(Beifall bei den Republikanern – Widerspruch bei der CDU)

Der Schuldenstand des Landes wird nach Ablauf des Jahres 2001 bei 60 Milliarden DM liegen. Allein für Zinsen müssen im Jahr 2001 3,5 bis 4 Milliarden DM aufgebracht werden. Dazu kommen ständig steigende Pensionslasten, zunehmende Ausgaben für Leasingraten und privat finanzierten Straßenbau, die die zukünftigen Haushalte immer mehr belasten. Ein Unternehmen, das eine Gesamthöhe an Schulden wie das Land Baden-Württemberg hat, nämlich in der Höhe des Jahresumsatzes, ist pleite.

(Beifall bei den Republikanern)

Für uns Republikaner sind Schulden in dieser Höhe gegenüber nachfolgenden Haushalten und Generationen nicht verantwortbar. Ich frage Sie: Wie sollen nachfolgende Landtage diese Schuldenberge jemals abtragen und gleichzeitig die Probleme ihrer Zeit meistern? Das ist doch unmöglich. Sie werden gezwungen sein, ihre Haushalte weiterhin mit Schulden zu finanzieren oder an der Inflations- und Steuerschraube zu drehen. Die Zeche bezahlt dann wieder der kleine Mann, der Arbeiter, der Handwerker und der Bauer.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Hohe Schulden sind das Grundübel jeder Volkswirtschaft. Die Asienkrise und die Brasilienkrise haben ihren Ursprung in einer überhöhten Verschuldung.

Wir Republikaner haben zum Haushalt 2000/2001 zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, die Einsparvorschläge von mehr als 1 Milliarde DM enthielten. Leider wurden unsere Anträge von den anderen Fraktionen dieses Hauses mit einer seltenen Übereinstimmung abgelehnt, obwohl ich behaupten möchte, dass einige ganz gute Vorschläge dabei waren.

(Zuruf von der SPD: So, welche denn?)

Ich habe leider erkennen müssen, dass Haushaltsanträge in diesem Landtag nicht nach ihrer Sachlichkeit, sondern rein parteipolitisch behandelt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Sämtliche Republikaneranträge wurden von Ihnen, meine Damen und Herren, abgelehnt, und zwar nicht deshalb, weil sie schlecht gewesen wären, sondern deshalb, weil sie von den Republikanern stammten.

So kommt es sogar vor, dass ein Republikanerantrag abgelehnt wird, der denselben Inhalt hat wie ein Antrag einer anderen Fraktion dieses Hauses. An diesem Beispiel wird

(Huchler)

deutlich, dass in diesem Haus ein Konsens besteht, sämtliche Anträge der Republikaner abzulehnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Damit stellen Sie sich aber selbst ein Armutszeugnis aus.

(Abg. Deuschle REP: Das ist richtig! – Abg. Krisch REP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss machte im Mai des letzten Jahres eine Studienreise nach Schweden und Irland. Schweden hatte vor 1995 ähnliche Verschuldungsprobleme wie Deutschland und Baden-Württemberg. Im schwedischen Reichstag gab es eine Absprache unter allen Fraktionen, die Staatsausgaben in Zukunft bei 2 % unter den Einnahmen zu deckeln. Der zweiprozentige Überschuss wird dort zur Schuldentilgung und für dringende Investitionen verwendet. Jegliche Kreditaufnahme ist verboten. Diese Selbsteinschränkung wird von einer sozialistischen Regierung und von allen Fraktionen im schwedischen Reichstag getragen. Das Ergebnis ist, dass in Schweden seit 1995 sinkende Arbeitslosenzahlen und steigende Investitionen zu verzeichnen sind.

Wir Republikaner haben im Jahr 1999, also lange bevor die FDP/DVP unseren Vorschlag aufgegriffen hat und als ihren verkaufen wollte – Herr Kiel, gell? –, einen Gesetzentwurf eingebracht, der zum Ziel hatte, dass ab dem Jahr 2006 nur noch Haushalte ohne Nettoneuverschuldung zu verabschieden seien. Wir wollten erreichen, dass diese Schuldenbegrenzung in der Landesverfassung festgeschrieben wird. Wir Republikaner sind der Meinung: Über ein so wichtiges Ziel sollte parteiübergreifend Konsens erzielt werden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Bravo!)

Es ist, wie wir meinen, eine der wichtigsten Aufgaben eines Parlaments, die Finanzierung des Landeshaushalts auf eine solide und zukunftsfähige Basis zu stellen. Sie, meine Damen und Herren, sprechen sich ständig öffentlich für eine Konsolidierung des Haushalts und einen Abbau der Schulden aus. Wenn es aber ernst wird und Ihnen ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird, lehnen Sie ihn kurzerhand ab.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Krisch REP: So ist es! – Zuruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben es nicht einmal für nötig gehalten, im Finanzausschuss ernsthaft darüber nachzudenken oder mit uns darüber zu diskutieren, ob die Neuverschuldung verboten werden soll oder nicht. Für die selbst ernannten demokratischen Parteien ist die Ausgrenzung der Republikaner wichtiger als das Schuldenproblem von Baden-Württemberg. Das ist traurig, aber wahr.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wer in Baden-Württemberg und in Gesamtdeutschland den Lebensstandard der Bevölkerung sichern will, muss weitsichtige Entscheidungen in der

Finanz- und Wirtschaftspolitik treffen. Wir Republikaner betrachten den Verkauf des Landesanteils an der Energie Baden-Württemberg als einen riesengroßen Fehler. Baden-Württemberg verliert durch den Verkauf seines Aktienpakets Einfluss auf Arbeitsplätze und weit reichende energiepolitische Entscheidungen. Dem französischen Staatsmonopolisten geht es einzig und allein um Marktanteile und Forschungsergebnisse. Für unser Land ist zu befürchten, dass Arbeitsplätze wie so oft nach Firmenkäufen nach einigen Jahren ins Ausland verlagert oder gänzlich gestrichen werden.

(Abg. Deuschle REP: Alcatel!)

Deshalb plädieren wir dafür, Landesvermögen zu behalten. Denn dieses wurde von Generationen vor uns mühsam erwirtschaftet. Wir haben nicht das Recht, den Erlös heute und jetzt kurzfristig zu verbrauchen.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch wenn der Erlös aus dem Verkauf des Landesanteils an der EnBW jetzt in eine gemeinnützige Gesellschaft fließt, so ist dies noch lange kein Garant, dass dieses Vermögen als Ganzes erhalten bleibt und nutzbringend für unser Land eingesetzt werden kann. Wir Republikaner werden deshalb die weitere Verwendung des Geldes kritisch beobachten.

Durch den Euro ist dieses Vermögen einer ständigen hohen Inflation ausgesetzt. Es ist zu befürchten, dass ein Währungsschnitt dieses Vermögen weitgehend entwerten kann. Was uns der Euro noch alles beschert, das steht in den Sternen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt ist wahrlich kein Sparhaushalt. Die Steuereinnahmen sind momentan als recht zufriedenstellend zu bezeichnen. Während die vergangenen Jahre durch schmerzliche Finanzlücken geprägt waren, verfügen wir heute über ein Einnahmevermögen, das es uns möglich machen würde, die jährliche Neuverschuldung bedeutend geringer ausfallen zu lassen. Die letztjährige mittelfristige Finanzplanung ging noch von wesentlich geringeren Steuereinnahmen aus. Deshalb hätten wir schon erwartet, dass die Chance jetzt genutzt und der Weg zu einer geringeren Verschuldung ernsthaft beschritten wird.

Wenn ich mir jetzt die neue mittelfristige Finanzplanung anschau, muss ich feststellen, dass sich die Landesregierung schon wieder die Möglichkeit offen hält, auch in den kommenden Haushaltsjahren beträchtliche Neuschulden aufzunehmen. Da wird ein Schuldenkorridor ausgewiesen, sodass damit zu rechnen ist, dass die Neuverschuldung eher zu- als abnehmen wird.

Zudem hat uns die Vergangenheit gezeigt, dass die Angaben in der mittelfristigen Finanzplanung von der Landesregierung keineswegs als verbindlich angesehen werden. Vielmehr werden immer neue Ausreden und zusätzliche Gründe gefunden, um die Neuverschuldung doch immer höher ausfallen zu lassen als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

(Huchler)

Im vorliegenden Haushalt ist stille Beteiligung an der Landesbank der Grund für eine höhere Schuldenaufnahme. Es spielt nach unserer Meinung keine Rolle, ob die zusätzlichen Schulden für eine finanziell lukrative Beteiligung benötigt werden. Tatsache ist und bleibt, die Schulden werden dementsprechend erhöht, und dies ist nicht in Ordnung. Wir haben von der Regierung verlangt, die Summe, die zum Erwerb der stillen Beteiligung benötigt wurde, durch Einsparungen im Gesamthaushalt aufzubringen. Dies wäre sehr wohl möglich gewesen, denn der vorliegende Haushalt enthält noch genügend Spielraum, um weitere Einsparungen vorzunehmen.

(Beifall bei den Republikanern)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass ohne eine gesetzliche Bindung das Ziel der Nullverschuldung nicht zu erreichen ist.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch, an dieser Stelle kurz auf die gesamte deutsche Politik einzugehen. Ich habe nämlich den Eindruck, dass mit der deutschen Politik manches nicht in Ordnung ist.

(Abg. Göbel CDU: Jetzt wird der Landtag aufgewertet!)

So bin ich der Meinung, dass unserem Sozialsystem immer mehr die finanzielle Basis entzogen wird und unser Sozialstaat langsam, aber sicher zerstört wird. Die Lohnnebenkosten sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Gegenüber unseren Hauptkonkurrenzländern USA, Japan, Frankreich und England hat die deutsche Wirtschaft einen Wettbewerbsnachteil von 30 % und gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarländern um das Acht- bis Zehnfache. Steuern, Gebühren, Abgaben und Reglementierungen der Behörden müssen auf einen europäischen Mittelwert gebracht werden. Die gesamten Staatsausgaben müssen auf den Prüfstand. Die Wirtschaft muss entlastet und darf nicht noch mehr belastet werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn der Mittelstand Arbeitsplätze schaffen soll, darf er nicht zum Zahlmeister rot-grüner Umverteilungspolitik werden.

Beispiel Ökosteuern: Meine Dieselrechnung ist gegenüber dem 31. März 1999 um sage und schreibe 42 % gestiegen.

(Zurufe der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen und Teßmer SPD)

Gas- und Heizkosten verteuern sich ständig. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber unseren Nachbarländern schwindet immer mehr. Die Betriebe werden gezwungen, noch mehr zu rationalisieren, und automatisieren auf Kosten von Arbeitsplätzen. Die Landesregierung schadet unserem Land, wenn sie trotz dreiprozentigem Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 2,5 Milliarden DM und im Jahr 2001 1,8 Milliarden DM Schulden aufnimmt. Bei solch positiven Rahmenbedingungen müssen deutlich weniger Schulden aufgenommen werden.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Deutschland zahlt in die EU-Kasse 22 Milliarden DM mehr ein, als es zurückerstattet bekommt, Frankreich 1,5 Milliarden DM, England 3,5 Milliarden DM. Wenn man den EU-Beitrag in Europa nach Bevölkerungszahlen und Wirtschaftskraft erheben würde, was gerecht wäre, müsste Frankreich 7 Milliarden DM, England 8 Milliarden DM und Deutschland 12 Milliarden DM netto in die EU-Kasse zahlen. Da wird deutlich, wie deutsche Vertreter von französischen und englischen ständig über den Tisch gezogen werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Gespart wird ausschließlich am eigenen Volk. Die Kindergelderhöhung um 20 DM wurde schon vor zwei Jahren durch die Kürzung der Landeszuschüsse zu den Schülerförderungskosten mehr als ausgeglichen. Beförderung bei der Polizei wurde durch die Rücknahme der Bekleidungskostenerstattungen und Ausbildungsvergütungen ausgeglichen. Der Wasserpfennig vermindert die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber aus- und inländischen Unternehmen.

(Abg. Rau CDU: Auch beim Sprudel! – Abg. Göbel CDU: Trinken Sie auch so viel Wasser?)

Über deutsche Straßen rollt der gesamte europäische Verkehr ohne jegliche finanzielle Entschädigung. Wir Republikaner fordern schon seit Jahren, die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und stattdessen eine Straßenbenutzungsgebühr einzuführen.

(Beifall bei den Republikanern)

Eine Straßenbenutzungsgebühr wird in ganz Europa erhoben, nur nicht in Deutschland. Die Kosten übernimmt wieder der deutsche Steuerzahler. Wo bleibt da die Erfüllung des Amtseides, Schaden vom Volk abzuwenden, und wo bleibt die Wahrung der deutschen Interessen?

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den Worten der Redner der Opposition zuhört, gewinnt man den Eindruck, an allem Elend dieser Welt sei nur die CDU des Landes Baden-Württemberg schuld.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Daran ist etwas! – Abg. Moser SPD: Das ist kein Eindruck, sondern das ist die Wahrheit!)

Deshalb habe ich mir gerade im Hinblick auf die Situation der öffentlichen Staatsfinanzen ein Zitat besorgt, das lautet:

Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden.

(Abg. Huchler REP: Genau!)

Die Leute sollen wieder lernen, zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.

(Abg. Moser SPD: Matthias Claudius, oder was?)

(Dr. Stefan Scheffold)

– Das ist nicht Matthias Claudius, sondern noch ein bisschen weiter zurück, Herr Kollege. Das ist Cicero.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation der öffentlichen Finanzen und des Staates beschäftigt die Menschheit schon seit einer ganzen Reihe von Jahren. Das ist kein Sonderzustand, der nur das Land Baden-Württemberg betrifft.

Sie, Herr Kollege Moser, haben völlig zutreffend und zu Recht darauf hingewiesen,

(Abg. Moser SPD: Das freut mich!)

dass die Rahmenbedingungen von der Bundespolitik gesetzt werden, und Sie haben sich erlaubt, darauf hinzuweisen, dass dort eine „ordentliche Politik“ gemacht werde.

(Abg. Moser SPD: Ja! Das ist die Wahrheit!)

Herr Kollege Moser, ich sage jetzt nicht, was die CDU dazu zu sagen hat. Dazu haben wir ja vorhin schon Zwischenrufe gehört. Lassen Sie mich einfach zitieren: Das sei eine Politik zwischen Hoffen und Bangen, eine Politik auf dünnem Eis unter großem Reformdruck, der politische Kurs der roten Bundesregierung sei unklar und greife zu kurz . . . Ich könnte noch mehr zitieren.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Moser SPD: Wer war das?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war der Sachverständigenrat, der diese harschen und deutlichen Worte gefunden hat. Ich glaube, das bedarf keiner Ergänzungen. Wir von der CDU müssen gar nicht mehr kritisieren, sondern das ist klar und deutlich. Das ist eine objektive Wertung. Damit müssen Sie sich leider abfinden.

(Zurufe der Abg. Oelmayer und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Abg. Moser SPD: Warum halten Sie sich dann nicht an Mayer-Vorfelder?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn Sie den Zinsbeschluss, den die Europäische Zentralbank gestern gefasst hat,

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

gehört haben und die Kommentare dazu heute in den Zeitungen lesen, stellen Sie fest, dass auch dies als eine herbe Kritik an der Wirtschaftspolitik nicht nur der Bundesregierung, sondern auch anderer Länder, aber eben auch an dieser Bundesregierung bewertet wird, weil Deutschland nun einmal nachgewiesenermaßen das wirtschaftsstärkste Land in der Europäischen Union ist und wir deswegen eine ganz erhebliche Verantwortung tragen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Heute heißt es in der „Frankfurter Allgemeinen“:

Die Schwäche des Euro hat eindeutig politische Gründe. Die unerledigten oder schlecht erledigten Aufgaben der Wirtschaftspolitik in einer Reihe von Mitgliedsstaaten der Eurozone belasten den Standort Euroland.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat das gesagt?)

Auch das zum Thema Bundespolitik.

(Abg. Moser SPD: Warum haben Sie den Haushalt überhaupt in Euro ausgedruckt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben dann davon gesprochen, dass Sie in Bonn eine so hervorragende Steuerreform gemacht hätten. Ich sage Ihnen dazu: Die CDU/CSU-Fraktion hat Vorschläge gemacht. Wir würden mehr, schneller und vor allem alle entlasten, und wir würden insbesondere den Mittelstand mehr entlasten.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Capezzuto SPD – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist die Tatsache. Darauf würde es ankommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Ihr Problem! 10 % Spitzensteuersatz weniger sind 30 Milliarden!)

Aber lassen Sie mich auf die Landespolitik zurückkommen. Kollege Puchta ist ja nicht einmal mehr da. Ich will es trotzdem nicht unerwähnt lassen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ins Wochenende gegangen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn es wichtig ist, geben wir es ihm weiter!)

Ich halte es für keinen guten Vorgang, dass er als Vorsitzender des Finanzausschusses eine Presseerklärung abgegeben und dabei nicht neutral berichtet hat.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich würde ihm schon empfehlen, dann wenigstens an der Sitzung hier im Plenum teilzunehmen und sich vielleicht auch in geeigneter Form für das zu entschuldigen, was er gemacht hat. Ich halte das für einen völlig unerträglichen Zustand.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß eigentlich gar nicht, warum wir uns über das Thema Konsolidierung immer so streiten müssen. Da sind doch eigentlich die nackten Fakten ganz klar auf dem Tisch. Im Land Baden-Württemberg war 1998 die Nettokreditaufnahme geringer als im Jahr 1988. Dazwischen lagen die deutsche Wiedervereinigung und eine Wirtschaftskrise.

(Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Das zeigt doch ganz deutlich, wie wir in diesen zehn Jahren konsolidiert haben.

Ich kann Ihnen auch andere Zahlen nennen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Es ist doch nicht konsolidiert, wenn ich jedes Jahr Schulden aufnehme! Das tut mir wirklich Leid!)

(Dr. Stefan Scheffold)

– Entschuldigung, Frau Kollegin Erdrich-Sommer! Es ist eine Frage, ob ich mehr oder weniger neue Schulden aufnehme, und wir nehmen doch in diesem Jahr weniger neue Schulden auf.

(Abg. Moser SPD: Weniger mehr Schulden! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das sind doch zusätzliche Schulden!)

Wir werden im nächsten Jahr noch weniger neue Schulden aufnehmen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Zusätzlich jedes Jahr und dabei Verkauf von Landesvermögen, Mensch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne Ihnen noch ein paar Fakten. Ich weiß gar nicht, warum wir uns so streiten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn Sie so einen Käse erzählen!)

Über mathematische Dinge kann man sich nicht streiten.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Die Belastungen, die wir in den zehn Jahren seit 1990 insgesamt zu tragen hatten – hören Sie gut zu, Herr Oelmayer! –, lagen bei 24,5 Milliarden DM. Davon haben wir 21,5 Milliarden DM durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen und nur 2,8 Milliarden DM durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen. Das sind eindeutige Zahlen, meine Damen und Herren, die beweisen, dass wir hier im Land einen ganz klaren Konsolidierungskurs gefahren sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. König REP)

Im Übrigen gab es – auch darauf ist schon mehrfach hingewiesen worden – dieser Tage eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, die ganz klar aussagt: In Baden-Württemberg wurde in diesen zehn Jahren der finanzpolitisch beste Kurs aller Bundesländer gefahren, und zwar nicht mit einem hauchdünnen Abstand, sondern mit einem sehr deutlichen Abstand. Von daher glauben wir, durchaus berechtigt zu sein, zu sagen: Hier in Baden-Württemberg werden die Landesfinanzen konsolidiert, wir fahren einen finanzpolitisch guten Kurs.

Aber entscheidend ist ja gar nicht, Frau Kollegin und Herr Kollege Moser, dass man immer nur die Schulden zurückfährt. Kein Unternehmen, das Schulden hat, fährt nur die Schulden zurück.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das wollen wir auch nicht!)

Ein Unternehmen wird danach trachten, in neue Technologien und Zukunftsbranchen zu investieren.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Solarenergie zum Beispiel! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Genau das tun wir in Baden-Württemberg. Es wäre die größte Dummheit, würden wir nur Schulden tilgen, meine Damen und Herren. Wichtig ist, dass wir in Zukunftstechnologien investieren, dass wir Wachstumskräfte anregen

(Abg. Ingrid Blank CDU: Richtig!)

und dass wir Investitionen tätigen, mit denen wir in der Zukunft mehr Geld verdienen. Genau das tun wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Der von uns vorgelegte Haushalt, meine Damen und Herren, ist ein Haushalt, der auf Bildung setzt, der auf Forschung und Entwicklung setzt, der auf die Verkehrswege setzt und der auf Familie und innere Sicherheit setzt.

Sie haben heute bereits mehrfach die Liberalisierung des Energiemarkts und den Verkauf der EnBW angesprochen, Herr Kollege Oelmayer.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen den Erlös für die Schuldentilgung einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei gibt es eine ganze Reihe von Handicaps. Zum einen müssten Sie die Stiftung, in der sich die Mittel bereits befinden, rückabwickeln. Sie nehmen also die wahre Lage gar nicht zur Kenntnis.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Es geht aber noch!)

Sie nehmen auch nicht zur Kenntnis, dass Sie dann erhebliche Steuerzahlungen hätten und davon das meiste an die anderen Bundesländer und an den Bund abführen müssten. Nur 10 % würden bei uns verbleiben, der Rest würde an andere gehen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch nicht!)

– Natürlich stimmt es, Frau Kollegin.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht nur 10 %!)

– 10 % bleiben im Land.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: 10 % der Steuer, aber nicht 10 % von allem!)

Entscheidend ist: Wir machen mit dem Verkauf der Anteile an der EnBW nicht Kasse, und wir stopfen keine Haushaltslöcher,

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

sondern wir investieren in die Zukunft unseres Landes,

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

(Dr. Stefan Scheffold)

und wir versuchen, unsere finanzielle Situation dadurch zu verbessern,

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

dass wir Zukunftsaufgaben lösen. Das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch nicht so, Herr Kollege Kuhn, dass wir damit keinen Erfolg hätten. Wir haben in der Vergangenheit in Forschung und Entwicklung investiert, und wir werden das in der Zukunft tun. Wir tun es mit gutem Erfolg.

Die Europäische Union hat die Situation der Hochtechnologiearbeitsplätze in 250 Regionen der Europäischen Union untersucht. Wer liegt auf Platz 1? Das ist Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn Sie eine Stufe heruntergehen und die Regierungsbezirke in die Untersuchung einbeziehen, liegen auf Platz 1 Stuttgart und auf Platz 2 der Regierungsbezirk Karlsruhe.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die vier Regierungsbezirke, die wir in Baden-Württemberg haben, liegen alle unter den ersten 15 der 250 Regionen in Europa. Meine Damen und Herren, das spricht Bände und macht die Erfolge sichtbar.

Sie sprechen immer so viel davon, dass Sie die Nettokreditaufnahme auf null zurückführen wollen. Davon reden viele. Der Kollege des Herrn Finanzministers aus Rheinland-Pfalz spricht auch immer davon. Jetzt muss man sich aber natürlich auch einmal ansehen, wie realistisch das ist, was er dort sagt. Rheinland-Pfalz hat einen Haushalt, der ungefähr das Volumen von einem Drittel unseres Haushalts umfasst, und die Nettokreditaufnahme dort ist genauso hoch wie unsere. Von daher können Sie nachrechnen, wie wenig realistisch das ist.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Herr Kollege Moser, die SPD und die Grünen haben ja bei den Haushaltsdebatten unseren Anträgen weitgehend zugestimmt. Zusätzlich haben Sie mehr Lehrer, mehr für Polizei, Justiz und Hochschule gefordert. Ja, Sie sagen sogar, Sie wollten mehr Steuerbeamte.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Und gleichzeitig die Nettokreditaufnahme runter! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Alles wollen Sie mehr, aber gleichzeitig wollen Sie erreichen, dass die Nettokreditaufnahme auf null zurückgeführt wird.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist völlig unrealistisch. Wir haben diesen Haushalt so angelegt, dass wir in Zukunftstechnologien investieren werden. Wir haben vor, eine Zukunftsoffensive zu starten, die eine Stif-

tung initiieren wird, von der wir noch jahrelang und jahrzehntelang profitieren werden.

(Zuruf des Abg. Huchler REP)

Wir sind auf einem guten Weg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Stratthaus: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich in den letzten drei Tagen die Mühe gemacht hat – ich möchte fast sagen: der Tortur unterzogen hat –, diese Haushaltsberatungen zu verfolgen, der war doch sehr überrascht. Ich höre von der Opposition bei jeder Gelegenheit, es müsse mehr gespart werden. Das war bei der Grundsatzdebatte der Fall und war heute der Fall. Dazwischen lagen elf Haushalte, die alle davon gespickt waren: mehr, mehr, immer mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke an den Innenhaushalt, an den Sozialhaushalt, an die Universitäten. In jedem Fall wollte die Opposition mehr, und jetzt behauptet sie, wir müssten mehr sparen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen anderes! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich muss Ihnen sagen – ich werde Ihnen schon die Zahlen bringen –: Was Sie hier zeigen, das ist nicht die einfache, sondern die galoppierende Haushaltsschizophrenie. Anders ist das nicht mehr zu erklären. Dabei ist das, was die Opposition vorgebracht hat, verschieden schwer zu widerlegen. Denn das, was die Grünen gebracht haben, war politisch falsch. Was die SPD gebracht hat, war politisch falsch und mathematisch falsch. Ihr könnt nicht mal rechnen. Ich werde das gleich beweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Noch eines, meine Damen und Herren: Was Herr Maurer am ersten Tag gebracht hat, war gnadenlos populistisch.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Und schwach! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Und falsch!)

So kann nur jemand reden, der genau weiß, dass er nie beim Wort genommen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

So kann nur jemand reden, der genau weiß, dass er von der Regierungsmacht genauso weit entfernt ist wie seine Worte von der Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Und das ist weit! – Abg. Capezzuto SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

(Minister Stratthaus)

Meine Damen und Herren, unser Haushalt ist solide und zukunftsorientiert. Die Zahlen und auch die Ländervergleiche beweisen das. Ich weiß, Sie wollen die Ländervergleiche nicht hören. Aber Sie müssen sie halt hören. Mit irgendetwas müssen wir uns vergleichen. Im Verhältnis zu allen anderen Ländern sind wir auch finanzpolitisch fast an jeder Stelle an der Spitze. Es ist schon einige Male auf die wissenschaftliche Untersuchung hingewiesen worden, auf dieses Ranking, bei dem wir in vier oder sogar in sieben Fällen – Es wurden sieben verschiedene Kriterien angelegt. Wir waren fast jedes Mal die Nummer 1, und zwar nicht mit kleinem, sondern mit riesengroßem Abstand.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Ich will jetzt fairerweise auch gleich etwas dazu sagen. Das betraf in erster Linie die Politik zwischen 1991 und 1998. Das war die Politik, die mein Vorgänger Mayer-Vorfelder hier zu vertreten hat. Das ist überhaupt keine Frage. Dass Mayer-Vorfelder ein exzellenter Finanzminister war, habe ich nie bezweifelt, wohl aber Sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!
– Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU –
Gegenrufe von der SPD)

Sie haben nämlich seine Qualitäten erst heute entdeckt. Am 15. Mai 1998 haben Sie hier vorn gesagt: „Herr Mayer-Vorfelder, kehren Sie doch endlich zu einer ehrlichen Haushaltspolitik zurück.“

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie haben im Jahre 1998 gesagt: „Sie verschieben alles auf die Zukunft.“ Sie haben davon gesprochen, dass er unseriös sei. Sie haben davon gesprochen, dass nach ihm die Sintflut komme. Das alles haben Sie gesagt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Haben Sie Probleme damit?)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Zeit, wenn ich nicht mehr Finanzminister bin. Dann werde ich nämlich auch von Ihnen gelobt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Moser, der heute Herrn Mayer-Vorfelder so gelobt hat, hat ihn, wie dem Protokoll zu entnehmen ist, einen „Vabanquespieler“ genannt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war er früher mal! –
Abg. Moser SPD: Der hat schon ganz andere Sachen gemacht! Vabanque war noch das kleinste!)

Meine Damen und Herren, Sie können Ihre Heuchelei nicht auf die Spitze treiben. Sie dürfen sicher sein, wir werden das nachschlagen.

Nun noch eines: Sie reden immer wieder davon, dass Sie die Verschuldung zurückführen wollten. Aber Ihre Vorschläge führen zu mehr Verschuldung. Vor allem Sie, meine Damen und Herren von der SPD, reden von den Schulden wie ein anonymes Alkoholikermoments vom Schnaps.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

– Das hat mir niemand aufgeschrieben. Das ist mein ganz persönlicher Eindruck aus den letzten drei Tagen.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie waren gar nicht alle drei Tage da!)

– Doch, ich war die ganze Zeit da.

Einige Behauptungen, die Sie aufstellen, und einige so genannte Konzepte müssen doch einmal näher beleuchtet werden. Zum Beispiel hat Herr Puchta gesagt, die Ausgaben der Regierung sei nicht zu bremsen gewesen. Wo haben wir mehr ausgegeben gegenüber den vorherigen Haushalten? Bei Lehrern, bei Privatschulen, bei der Polizei, bei Straßen, beim Sondermüll und bei den Orkanschäden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und bei den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses!)

Das war also unsere „Ausgabenwut“. Die SPD war dagegen, sie hat aber in jedem Fall dafür gestimmt. Mit anderen Worten: Als es darum ging, für irgendjemanden etwas Gutes zu tun, haben die Damen und Herren zugestimmt.

(Abg. Schöffler SPD: Bei der Wahrheit bleiben!)

In jedem Fall haben Sie dem zugestimmt, was Sie heute unsere Ausgabenwut nennen.

Sie haben gesagt, wir hätten den strikten Sparkurs verlassen. Ich habe auch das einmal untersucht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir setzen da mehr auf unabhängige Prüfer!)

Es ist in der Tat strikt gespart worden. Wir haben beim Haushalt 1997 einen sehr strikten Sparkurs gehabt. Damals gab es ein Haushaltsstrukturgesetz, in dem die Regierung vorgeschlagen hatte, 520 Millionen DM zu sparen. Hat die SPD mitgespart? Nein, das hat sie nicht. Sie hat damals alle Sparvorschläge abgelehnt. Die Grünen haben wenigstens die Hälfte mitgetragen und nur die Hälfte abgelehnt. Die SPD feiert heute einen Sparkurs, den sie seinerzeit vehement bekämpft hat. Auch das ist ein Zeichen der fortschreitenden Schizophrenie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu den Konzepten. Dazu muss ich sagen: Was die Grünen vorschlagen, darüber kann man sich streiten. Ich halte es politisch für falsch, es ist aber realistisch. Sie wollen bei den Straßen sparen, bei der Rückzahlung Sondermüll, beim Flughafen. Darüber kann man reden. Das meiste halte ich für politisch falsch, aber darüber kann man reden.

(Abg. Capezzuto SPD: Seit drei Jahren reden wir darüber!)

Wo aber spart die SPD?

(Zurufe von der CDU: Jetzt!)

(Minister Stratthaus)

– Jetzt kommts.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber alle nennen!)

Ursprünglich habe ich gedacht, Ihre Vorschläge seien unseriös. Aber das sind sie nicht, sie sind nicht ernst gemeint.

(Oh-Rufe von der SPD)

Denn so dumm können Sie nicht sein.

Zunächst wollen Sie Vermögen verkaufen und bereits rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres die Zinsen dafür zur Finanzierung einsetzen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Was wollen Sie verkaufen? Die GVS. Wenn wir die GVS verkaufen, müssen Sie wissen, dass es da einen Gesellschaftsvertrag gibt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wenn wir sie verkaufen, bekommen wir nur den Bilanzwert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Diese Anteile sind 200 bis 400 Millionen DM wert, der Bilanzwert beträgt 50 Millionen. Wenn wir verkaufen, verschenken Sie wieder einmal zwischen 150 und 350 Millionen DM.

(Abg. Göbel CDU: Das tun sie gern! – Abg. Döpper CDU: Was solls?)

– Was solls also? Das können wir gar nicht verkaufen.

(Abg. Capezzuto SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Was noch viel toller ist, meine Damen und Herren: Sie verkaufen die Sächsische Aufbaubank. Die gehört uns aber gar nicht. Die Sächsische Aufbaubank gehört nämlich der Landeskreditbank, und Sie verkaufen sie einfach.

Der Höhepunkt ist, dass Sie die BW-Bank verkaufen wollen, und zwar nicht irgendwann, sondern Sie haben sie bereits vor acht Wochen verkauft. Denn ab dem 1. Januar kassieren Sie bereits die Zinsen für den Verkaufspreis, meine Damen und Herren.

Wenn man einen Bankanteil verkaufen wollte, ist das doch eine so wichtige Sache, dass darüber diskutiert werden muss: über den Bankenstandort, über Baden-Württemberg, was das für uns bedeutet, an wen das geht. Sie wollen offensichtlich das Vermögen verschleudern, um Kasse zu machen. Das ist Ihre Politik, und so etwas ist extrem unseriös.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben in der Landesregierung ein gutes Vorbild! – Abg. Capezzuto SPD: Sie lehnen ja die Diskussion ab!)

– Nein, nein. Noch einmal: Die GVS verschleudern Sie, die Sächsische Aufbaubank gehört uns nicht, und bei der BW-Bank haben Sie keine Konzeption. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU)

Das Nächste: Sie wollen die Rücklagen für die Steuerreform auflösen. Da muss ich auf einen kleinen Dissens mit meinem Freund Kiel hinweisen. Er hat gesagt, die Steuerreform sei richtig. Ich gebe ihm Recht. In der Richtung ist sie richtig, weil sie von Steuern entlastet. Aber so, wie sie geplant ist, ist sie eine einzige Missgeburt, eine Katastrophe. Denn diese Steuerreform belastet die kleinen Unternehmen und bevorzugt die großen.

(Beifall der Abg. Rückert und Dr. Vetter CDU – Abg. Rückert CDU: Ja!)

Jetzt werden Sie fragen, warum. Ganz klar: weil das unselige Angedenken an Lafontaine immer noch im Finanzministerium herumspukt.

Der Witz ist doch der: Sie von der SPD wissen genau, dass Sie etwas tun müssen, damit die Wirtschaft entlastet wird. Okay, das haben Sie kapiert. Deswegen wird der Körperschaftsteuersatz gesenkt. Aber aus ideologischen Gründen können Sie es nicht zulassen, dass der Spitzensteuersatz gesenkt wird. Deswegen wird diese theoretische Unterscheidung zwischen Unternehmen und Unternehmer getroffen. Sie geben dann dem Schuhmachermeister die Gelegenheit, sich wie eine Aktiengesellschaft behandeln zu lassen. Das wird der Schuhmachermeister natürlich nicht in Anspruch nehmen können.

(Abg. Wintruff SPD: Es gibt in Baden-Württemberg nur noch drei Auszubildende für das Schuhmacherhandwerk!)

– Ihnen liegen diese drei nicht am Herzen, aber uns. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Aber noch einmal: Dann ist es nicht der Schuhmachermeister, sondern der Bäckermeister, der kleine Selbstständige. Die Steuerreform, die Sie vorhaben, ist eine Steuerreform für das Großkapital und gegen den Mittelstand. Das muss ich Ihnen eindeutig sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und gegen die Freiberufler!)

Meine Damen und Herren, zum nächsten Punkt. Sie setzen eine niedrige Besoldung an und nennen das Sparen. Wir sind der Meinung: Sparen bedeutet, dass man Geld, das man hat, nicht ausgibt und nicht einfach eine erhoffte geringere Ausgabe ansetzt, von der Sie gar nicht wissen, ob sie so eintritt.

Dazu möchte ich Ihnen noch sagen: Ich bin nicht der Meinung, dass wir die Beamten nur mit einer Steigerung ihrer Besoldung um 0,6 % an der Einkommenserhöhung teilnehmen lassen sollten.

(Abg. Moser SPD: Aber die Rentner!)

– Auch nicht. – Wenn Gewerkschaften, die Ihnen sehr nahe stehen, für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft 5 % mehr fordern, sehe ich nicht ein, warum die Beamten mit einer Erhöhung um 0,6 % zufrieden sein sollten.

(Minister Stratthaus)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

So etwas machen wir nicht mit.

Das Nächste von Ihrer Schizophrenie. Sie erzählen uns laufend, Sie wären beim Verkauf der EnBW-Anteile des Landes bereit, Steuern zu zahlen, um dann Schulden zu tilgen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist eine ganz neue Einsicht von Ihrer Seite. Das Land verkauft jetzt zum dritten Mal – EnBW, LEG und Gebäudeversicherung – ein größeres Vermögen. Die LEG und die EnBW sind steuerverstrickt. Der Erlös aus dem Verkauf der Gebäudeversicherung ist brutto gleich netto in den Landeshaushalt geflossen. Damals hätte man das Geld nehmen und auf einen Schlag die entsprechenden Schulden tilgen können. Das hat man nicht getan, obwohl damals der Wirtschaftsminister Spöri geheißt hat.

(Abg. Brechtken SPD: Damals haben wir auch
Schulden abgebaut, lieber Mann!)

Ich frage mich, warum wir – von uns wird heute verlangt, wir sollten auf 1,9 Milliarden DM verzichten, wir sollten Steuern zahlen – jetzt Schulden tilgen sollten, während man damals, als man keinen Pfennig Steuern hätte zahlen müssen, die Schulden nicht getilgt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Brechtken SPD: Das ist intellektuell
auch nicht ganz sauber!)

– Herr Brechtken, Ihre Einwürfe sind immer lümmelhaft.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

– Ja, doch. Ein Wort wie „Sie sind nicht ganz sauber“ geht gegen die Würde dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der
FDP/DVP und der Republikaner – Abg. Veronika
Netzhammer CDU: Die Lümmel von der ersten
Bank! – Abg. Brechtken SPD: Das war nicht mein
Zwischenruf, Herr Kollege! Jetzt sollten Sie sich
bei mir entschuldigen!)

Meine Damen und Herren, wir sparen und investieren. – Wenn der Zwischenruf nicht von Ihnen war – er kam –, dann entschuldige ich mich bei Ihnen. Dann gilt das, was ich zu Ihnen gesagt habe, für den, der den Zwischenruf gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.
Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Herr
Finanzminister, würden Sie zur Kenntnis nehmen,
dass der Zwischenruf nicht von mir war! Mein
Zwischenruf war der, dass die Frage dieser Mehr-
ausgaben von 1 Milliarde DM damals im Zusam-
menhang mit der Gebäudebrandversicherung vor
dem Hintergrund zu sehen ist, dass die damalige
Landesregierung im Rahmen ihrer mittelfristigen
Finanzplanung über 4 Milliarden DM weniger Net-
toneuverschuldung aufgenommen hat im Laufe der
vier Jahre ihrer Regierungszeit! – Unruhe)

– Herr Brechtken, erstens war das nicht Ihr Zwischenruf. Das haben Sie vorhin gesagt.

Zweitens ist doch die Frage: Haben Sie im Jahr des Zuflusses dieses Geldes das Geld benutzt, um Schulden zu tilgen? Die Antwort ist: Nein. Dass Sie in die mittelfristige Finanzplanung irgendetwas geschrieben haben, was dann ganz anders gekommen ist, ist sowieso eine andere Sache.

Nun, meine Damen und Herren, wir sparen in diesem Haushalt, und wir investieren und lassen uns weder das Land noch diesen Haushalt schlecht reden. Wir investieren. Das ist vorhin ausgeführt worden. Es wäre natürlich schön, wenn wir allmählich ein Finanzausgleichsgesetz bekämen, bei dem wir von unseren Investitionen auch die Früchte ernten könnten. Leider gehen die zum großen Teil an andere Länder. Wir sparen und investieren. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, wo unsere Schwerpunkte liegen.

Wir werden mehr Lehrer einstellen. Wir haben eine Verbesserung bei der Polizei und beim Straßenbau.

Jetzt noch einmal zu den Lehrern. Das war ja auch eine große Diskussion. Es ist zwar nicht mein Gebiet, aber ich muss dazu doch noch einmal eine Zahl sagen. Wir, meine Damen und Herren, haben von allen westlichen Flächenländern die beste Relation zwischen Lehrern und Schülern. Ich muss noch einmal sagen: Wir haben von allen westlichen Flächenländern die beste Relation. Bessere Relationen haben die Stadtstaaten. Bessere Relationen haben manche östlichen Länder. Aber von den westlichen Ländern haben wir die beste Relation.

Dazu kommt noch etwas Weiteres.

(Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Dadurch, dass wir immer eine vernünftige Schulpolitik gemacht haben,

(Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident!)

sind unsere Ressourcen auch effektiver eingesetzt worden als in vielen anderen Ländern, wo sehr viel durch unsinnige Experimente verloren gegangen ist.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Abg. Wintruff SPD: Herr Finanzminister, ist es nicht logisch, dass sich, wenn wir beispielsweise im Verhältnis der Bundesländer den Grundschulern die wenigsten Stunden erteilen, die Relation automatisch günstiger für uns verschiebt? Warum geben wir den Grundschulern die schlechteste Unterrichtserteilung – Stunden pro Woche – im gesamten Bundesgebiet? Wenn Sie das verbessern und auf Normalniveau gehen würden, wäre doch Ihre Behauptung sofort erledigt.

Finanzminister Stratthaus: Herr Wintruff, wenn Sie gestern aufgepasst hätten, hätten Sie schon gestern die Antwort bekommen. Aber zunächst einmal wieder rein mathematisch: Sie haben eben von den Stunden, die die Schüler

(Minister Stratthaus)

erteilt bekommen, gesprochen. Das hat doch mit dem überhaupt nichts zu tun.

(Widerspruch bei der SPD – Große Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten – Abg. Wintruff SPD: Selbstverständlich!)

– Das hat doch mit dem rein rechnerisch nichts zu tun.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich etwas zurückzuhalten. Der Minister wird weiter seine Ausführungen machen. Wenn Sie weitere Zwischenfragen haben, melden Sie sich bitte ordnungsgemäß zu Wort.

Finanzminister Stratthaus: Meine Damen und Herren von der Opposition, ich verstehe ja, dass Sie von diesen Zahlen betroffen sind. Das verstehe ich. Das Gute dabei ist, dass wir heute schon die besten Zahlen haben

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Der Unter- richtserfolg ist nicht nur von der Zahl der Stunden abhängig!)

und auch noch eine Verbesserung der Lehrerversorgung vornehmen. Wir werden dann nämlich in einiger Zeit die allerbesten Zahlen haben.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Diese Zahlen sind nicht von – –

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Finanzminister Stratthaus: Nein.

Diese Zahlen sind nicht von mir, sondern das sind offizielle Zahlen der Kultusministerkonferenz, Zahlen, bei denen Sie davon ausgehen können, dass sie stimmen.

Meine Damen und Herren, noch einige wenige Sätze zum Abschluss. Es ist viel über die Nettoneuverschuldung gesprochen worden. Ich darf Ihnen vielleicht mein Prinzip bei der Aufstellung dieses Haushalts erläutern. Für uns geht eindeutig – ich erkläre das gleich noch – die Seriosität vor der Schau. Es wird von vielen Ländern vieles angekündigt. Es wird vieles großmäulig angekündigt. Wenn Sie die Jahresabrechnungen sehen, ist festzustellen, dass wir in den vergangenen Jahren immer besser lagen, als der Haushaltsplan vorgab. Das ist ganz wichtig. Ausgaben, von denen wir fürchten müssen, dass sie kommen, werden von uns veranschlagt. Einnahmen, von denen wir nicht wissen, ob sie sicher kommen, werden nicht veranschlagt. Dies ist ein klares Prinzip der kaufmännischen Vorsicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP)

Bei diesem Prinzip werde ich auch bleiben.

Das Nächste: Ich darf auch darauf hinweisen, dass wir Rücklagen für die Steuerreform gebildet haben. Diese Rücklagen werden nicht ausreichen; denn das, was Eichel vorgeschlagen hat, wird uns 1,9 Milliarden DM kosten.

Vorhin ist ein Zwischenruf gekommen, das Konzept der CDU koste insgesamt 8 Milliarden DM mehr. So groß sind die Unterschiede nicht. Die Regierung will mit 42 Milliarden DM entlasten, das Konzept der CDU mit 50 Milliarden DM. Die Behauptung, die Herr Kuhn dazwischengerufen hat, es gebe 30 Milliarden DM Unterschied, stimmt einfach nicht. Wir werden uns darüber noch einmal unterhalten müssen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen nur zeigen, wie wir eine seriöse Politik machen. Wir haben im letzten Jahr in zweistelliger Millionenhöhe Geld ausgegeben, um über Derivate die niedrigen Zinsen, die im Jahr 1999 herrschten, für die Jahre 2000 bis 2007 zu sichern. Natürlich hätten wir das nicht machen müssen. Dann hätten wir 20, 30, 40 Millionen DM mehr. Aber so haben wir uns gegen das Risiko der Zinsänderung gewappnet. Wir werden unsere Schulden in Zukunft günstiger als die meisten anderen Länder verzinsen können.

Meine Damen und Herren, wir kündigen nicht an, sondern wir handeln. Ich sage Ihnen eines: Wenn in dieser Bundesrepublik in absehbarer Zeit zwei Länder die Nettouverschuldung erreichen werden, dann wird Baden-Württemberg eines davon sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr richtig! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sehr gut!)

Das Land Baden-Württemberg wird mit diesem Haushalt seinen Spitzenplatz in der Zukunftssicherung und in der Finanzpolitik weiter ausbauen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Muss das sein?)

Abg. Moser SPD: Das muss jetzt einmal sein, Frau Netzhammer.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister, seien Sie doch bitte nicht so empfindlich. Wenn Sie hier „lummelhaft“, „schizophren“, „dumm“, „anonyme Alkoholiker“, „großmäulig“ und anderes sagen, dann müssen Sie auch einmal einstecken, wenn einer von uns eine Bemerkung macht. Auch da war Ihr Vorgänger besser: Er hat gut ausgeteilt, aber auch gut eingesteckt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Weil Sie immer nur die halbe Wahrheit sagen und behaupten, wir wollten immer nur ausgeben, möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Wir haben Ihnen klipp und klar gesagt, was wir in diesen zwei Jahren wollen. Unsere Anträge in der zweiten Lesung zur Verringerung der Landesschulden belaufen sich auf eine Reduzierung der Altschulden in Höhe von rund 3,5 Milliarden DM – Landesvermögensverkauf – sowie auf eine Verringerung der Nettoneuverschul-

(Moser)

dung in den Jahren 2000 und 2001 in Höhe von rund 1 Milliarde DM. Insgesamt wollen wir um 4,5 Milliarden DM reduzieren.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Na also!)

Gleichzeitig sagen wir Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren – und das ist die wichtige Seite –: Unsere Konzeption sieht vor, auf der einen Seite zu sparen und auf der anderen Seite zu streichen – wir haben den Mut, zu streichen –

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Bei wem? Bei der Schülerbeförderung?)

und umzuschichten. Wir schichten weniger um, als wir streichen. Deswegen könnten wir noch Schulden zurückzahlen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zur Schülerbeförderung, liebe Frau Netzhammer.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir wollten Beispiele zum Streichen hören!)

Das ist ein tolles Thema. Fragen Sie einmal, wie viel pro Monat bezahlt wird: 50, 60, 70 DM pro Monat und Kind werden für die Schülerbeförderung bezahlt.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das haben wir ja nicht bestritten! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Das war eine gute Vorlage, Frau Netzhammer!)

Wir wollen die Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart streichen. Ich nenne Ihnen die Zahlen: 1998 7,3 Millionen Fluggäste, 1999 7,7 Millionen, 2000 8 Millionen.

(Abg. Göbel CDU: Also war es notwendig, den Flughafen auszubauen! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

2015 wollen sie etwa 12 Millionen Fluggäste erreichen. Wenn Sie es umrechnen, subventionieren Sie mit Ihrer Schuldendiensthilfe für den Flugplatz jeden Fluggast mit 6,20 DM. Gleichzeitig verlangen Sie von den Eltern, dass sie für ihre Kinder 50, 60 oder 70 DM im Monat bezahlen. Das ist doch keine Familienpolitik, die Sie machen. Packen Sie ein!

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt, der Schuldenabbau und die Steuerreform, lieber Herr Kiel und lieber Herr Finanzminister: Nach den neuen Zahlen der Novemberschätzung haben wir in zwei Monaten über 180 Millionen DM mehr an Steuereinnahmen, als die Ansätze vorsehen. Wenn Sie das hochrechnen, haben Sie höchstwahrscheinlich wesentlich mehr Neueinnahmen an Steuern als den Betrag, den Sie als Reserve zurückgelegt haben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Okay, dann bauen wir Schulden ab!)

Eine Reserve, die man zurücklegt, obwohl man weiß, dass man mehr Geld einnimmt, ist keine Reserve. Es ist unver-

antwortlich, dieses Geld nicht zur Schuldentilgung zu verwenden. Das Ganze ist unverantwortlich, und dabei bleiben wir.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Konzeption ist durchgerechnet. Wir hatten den Mut, zu streichen. Wir sind auch bereit, eine harte Lohnrunde zu fahren. Es ist ja hochinteressant, dass Sie inzwischen auch diesen Weg verlassen. Der größte Brocken im Landeshaushalt, nämlich die Personalkosten, wird von Ihnen zusätzlich erhöht. Sie sind nachher dann diejenigen, die hier hinstehen und heulen, es sei alles so teuer.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– Liebe Frau Netzhammer, dadurch, dass Sie so laut schreien, wird das Ganze nicht besser.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Zuruf von der SPD: Muss das sein?)

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil Sie gerade gesagt haben, Sie hätten die Sache so toll durchgerechnet, habe ich mir das noch einmal geben lassen. Ich nehme nur einen einzelnen Punkt heraus, nämlich die Forderung, mehr Steuerprüfer einzustellen. Diesen Antrag haben Sie im Finanzausschuss gestellt. Heute fehlt dieser Antrag. Aber im Staatshaushaltsgesetz setzen Sie die Einnahmen durch die Steuerprüfer bereits wieder zur Deckung an. Das ist Ihre Logik und Ihre Sachlichkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 06 – Finanzministerium

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4806. Den vorliegenden Entschließungsantrag werde ich beim einschlägigen Kapitel aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Vielen Dank. Das Erstere war die Mehrheit. Kapitel 0601 ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Kapitel 0602 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest: Bei einer großen Anzahl von Enthaltungen – –

(Unruhe – Widerspruch, u. a. des Abg. Zeller SPD)

– Entschuldigung, dort hinten sitzen Abgeordnete, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben. Die sehe ich von hier. Die sehen Sie, Herr Zeller, nicht.

Ich stelle ausdrücklich fest: Bei Gegenstimmen und Enthaltungen ist das Kapitel 0607 mehrheitlich angenommen.

(Abg. Moser SPD: Herr Präsident, ich bitte Sie, die Abstimmung zu wiederholen! – Gegenruf des Abg. Keitel CDU: Wenn ihr schlaft! – Oh-Rufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole die Abstimmung. Ich lasse über Kapitel 0607 – Statistisches Landesamt – noch einmal abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank, das war einstimmig. Das Kapitel ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das Kapitel 0608 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0609

Landesvermögens- und Bauabteilungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Bei einer Gegenstimme, einigen Enthaltungen und einigen Nichtbeteiligungen an der Abstimmung ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0610

Zentrum für Informationsverarbeitung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer

enthält sich? – Meine Damen und Herren, das Kapitel 0610 ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0611

Landesoberkassen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 0614

Staatliche Hochbauämter (Bund)

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Auch dieses Kapitel ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe auf

Kapitel 0615

Staatliche Vermögens- und Hochbauämter

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel 0615 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0617

Fachhochschule Ludwigsburg – Hochschule für Finanzen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Bevor ich das

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

zur Abstimmung aufrufe, stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4842, ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Straub CDU hebt versehentlich die Hand. – Heiterkeit – Abg. Deuschle REP: Gut, Herr Präsident! – Weitere Zurufe)

Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wir stimmen jetzt über Kapitel 0620 ab. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0620 ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Ziffer 13 der Beschlussempfehlung auf, den Wirtschaftsplänen der Landesbetriebe im Sinne von § 26 LHO zuzustimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Wirtschaftspläne sind einstimmig angenommen.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4812. Die vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201

Steuern

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das Kapitel 1201 ist mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4843-1. Wer dem Antrag der Fraktion Die Republikaner zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 1202. Wer dem Kapitel 1202 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das Kapitel 1202 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer dem Kapitel 1204 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-6. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 1205. Wer dem Kapitel 1205 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen und Nichtbeteiligung einiger Abgeordneter an der Abstimmung ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 12/4843-7 und 12/4843-8, und die Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 12/4843-3 und 12/4843-4.

Wer dem Antrag Drucksache 12/4843-7 der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-8, abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4843-3, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4843-4, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 1206 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem Kapitel 1206 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel 1206 ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Meine Damen und Herren, wer dem Kapitel 1208 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen

(Stellv. Präsident Weiser)

Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel 1208 ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1209

Staatsvermögen

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-9. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über das Kapitel 1209 ab. Wer dem Kapitel 1209 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel 1209 ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1210

Versorgung

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-10. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Kapitel 1210 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Bei Enthaltungen und zahlreichen Gegenstimmen ist das Kapitel 1210 verabschiedet.

Ich rufe auf

Kapitel 1212

Sammelansätze

und dazu folgende Anträge: Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-11, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-12, Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4843-2, und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4843-5.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-11, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4843-12. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4843-2. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4843-5.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 1212. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 1212 ist damit verabschiedet.

Ich rufe auf

Kapitel 1220

Zukunftsoffensive Junge Generation

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1230

Neue Steuerungsinstrumente

Wer dem Kapitel 1230 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Zeller SPD: Worum geht es da? Was ist das?)

– Es geht um neue Steuerungsinstrumente.

(Abg. Moser SPD: Dem stimmen wir doch zu!)

Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen.

Wir kommen zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2000/01

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Könnten Sie einen Moment warten? Ich finde mein Haushaltsgesetz gerade nicht! – Gegenruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU: Zustimmung, einfach zustimmen! – Abg. Göbel CDU: Wer zahlt denn die Überstunden? – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe es! – Abg. Brechtken SPD: Wir können! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Danke schön, Herr Präsident! – Heiterkeit – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch ein paar Minuten um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitten. Es ist durchaus möglich, dass jemand einmal seine Unterlagen sucht. So ist es schon vielen gegangen. Deswegen wollen wir das auch tolerieren.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, Grundlage der Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4813, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Paragraphen aufrufen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

§ 1

Wer dem § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. § 1 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 2

Wer dem § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. § 2 ist mehrheitlich verabschiedet.

Ich rufe auf

§ 3

und dazu den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4844-1. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer nunmehr dem § 3 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Meine Damen und Herren, § 3 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 4

und dazu die Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4844-2. Wer der Ziffer 1 dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Zeller SPD: Da könnt ihr zustimmen!)

Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Die Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/4844-2 ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Ich würde mich gern enthalten!)

– Bitte?

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Ich würde mich gern enthalten! – Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP: Da kann ja jeder kommen!)

Bei einer Enthaltung ist Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/4844-2 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über § 4. Wer § 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. § 4 ist mehrheitlich verabschiedet.

(Zurufe von der SPD: Enthaltung!)

– Bitte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die wollen sich enthalten! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich möchte jetzt einmal Folgendes feststellen: Ich übersehe das Plenum von hier aus bestens. Es haben alle abgestimmt, dafür oder dagegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Bitte?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie das dem Herrn Pfister! – Heiterkeit – Abg. Fleischer CDU: Jetzt mach weiter! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Machen wir weiter! – Abg. Nagel SPD: Das war der Ersatz-Bill-Clinton! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren,

§ 5

ist aufgerufen und dazu der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/4844-3. Wer dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Bei einer Enthaltung und einigen – –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wintruff: Zwei! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Sind Sie jetzt präsent?

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Herr Wintruff, Sie haben einige Male überhaupt nicht abgestimmt.

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt nicht! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, der Antrag der Koalitionsfraktionen ist angenommen.

Ich rufe § 5 zur Abstimmung auf. Wer § 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen ist § 5 verabschiedet.

Ich rufe auf

§ 6

Wer § 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 6 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 7

Wer § 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Paragraph ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe auf

§ 8

Wer § 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Paragraph ist einstimmig verabschiedet.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

§ 9

Wer § 9 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch § 9 ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe auf

§ 10

Wer § 10 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch § 10 ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe auf

§ 11

Wer § 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – § 11 ist bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit verabschiedet.

(Abg. Moser SPD: 12, 13, 14!)

– Sind Sie damit einverstanden, dass ich die

§§ 12, 13 und 14

gemeinsam zur Abstimmung stelle?

(Allgemeine Zustimmung)

– Dies ist der Fall. Wer diesen drei Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

§ 15

und dazu die Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4844-2. Wer der Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Letztere war die Mehrheit. Der Ziffer 2 des Antrags ist – –

(Abg. Nagel SPD: Die Enthaltungen waren nicht die Mehrheit!)

– Entschuldigung. Die Gegenstimmen waren die Mehrheit

(Abg. Nagel SPD: Das Letztere waren die Enthaltungen!)

bei einigen Stimmenthaltungen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Können wir uns darauf verlassen, Herr Präsident?)

Ich lasse nun über § 15 abstimmen. Wer § 15 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Ge-

genprobe, wer stimmt dagegen? – Danke. § 15 ist mehrheitlich angenommen.

(Abg. Moser SPD: 16 und 17 zusammen!)

Ich rufe die

§§ 16 und 17

auf. Wer den beiden Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Den beiden Paragraphen ist zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung

(Abg. Rapp REP: § 18, Herr Präsident!)

des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01) abgeschlossen. Ich darf noch auf die Anlagen hinweisen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung.

(Widerspruch)

– Entschuldigung. Wir haben noch den Buchstaben f:

(Abg. Drautz FDP/DVP: Zurück! – Abg. Pfister FDP/DVP: Die Sitzung ist noch nicht geschlossen! – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte, noch einen Moment Ruhe zu bewahren. Wir haben noch abzustimmen über die

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1999 bis 2003

Wer der mittelfristigen Finanzplanung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Abg. Birzele SPD: Nein! Nur zur Kenntnis! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Der Kenntnisnahme stimme ich zu!)

– Entschuldigung. Wer der Kenntnisnahme zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Sie haben von der mittelfristigen Finanzplanung Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, ich darf damit feststellen, dass wir am Ende der heutigen Sitzung sind, und

(Abg. Heiler SPD: Wer stimmt zu?)

darf Ihnen herzlich für die intensive Beratung danken.

Das Präsidium hat die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 9. Februar 2000, 10:00 Uhr festgelegt. Die Tagesordnung geht Ihnen rechtzeitig zu.

Nochmals herzlichen Dank, einen schönen Abend und ein schönes Wochenende! Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Schluss: 17:13 Uhr